

Ercheint täglich außer Montags. Abonnementspreis für Berlin...

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Petitionelle oder deren Raum 40 Pf.

Zerensprecher: Amt 6, Nr. 4106

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 10. Januar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Die Auflösung der politischen Parteien.

Man erinnert sich des bekannten Wortes des Herrn Miquel, der damals noch nicht Staatsminister war...

Die sozialdemokratische Presse hatte diesen Gedanken schon Jahre vorher wiederholt ausgesprochen und begründet.

Die Wichtigkeit dieser Auffassung wird durch einen Ueberblick über die Parteienzustände aller Kulturstaaten...

In den Vereinigten Staaten von Amerika, in England, in Frankreich — um uns auf die politische und ökonomisch höchstentwickelten Großstaaten zu beschränken...

In den Vereinigten Staaten bildeten sich, auf dem Boden der ökonomischen Verhältnisse, zwei große Parteien heraus, welche ein volles Menschenalter lang um die Herrschaft gerungen...

blutigsten Kämpfen aufeinander plachten. Die Demokraten, welche ihren Namen davon herleiteten, daß sie — ähnlich den Sonderbündlern in der vormärzlichen Schweiz — die absolute Souveränität der Einzelstaaten...

Im Augenblick, wo die amerikanischen Arbeiter, Kleinbürger und Kleinrentner, die von Republikanern und Demokraten mit rührender Unparteilichkeit bestohlen...

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in England. Die zwei „historischen“ Parteien der Tories und Whigs sind bloß noch dem Namen nach vorhanden.

einen künstlichen Gegensatz zu erzeugen, der indes auch schon längst abgestorben ist. Zwischen Whigs und Tories besteht gegenwärtig genau ebenso viel und ebenso wenig Unterschied, wie zwischen den amerikanischen Demokraten und Republikanern.

Das gleiche Schauspiel in Frankreich! Die alten Götter, Götzen und Parteien nehmen „französischen Abschied“ — und drücken sich in aller Ruhe von der Bühne — oder werden von ihr weggedrückt.

Der dräuende Sozialismus hat aber nicht bloß die zankenden Monarchisten-Parteien zusammengeführt, er hat die Monarchisten auch zur Republik geführt.

Feuilleton.

Wachdruck verboten.

18

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

„Nein, aber was giebt's denn, Krauslöpschen? Bist Du nicht bei Trost? Was? Na, was ist's denn, mein kleines Herz?“

„Du — Du — Du... bist böse auf mich!“ schluchzte Fanny.

„Aber Kind, was bildest Du Dir nur ein? Du solltest doch wissen, daß wir nun so gute Freunde sind wie früher! Wenn Du es nur nicht wieder thust, so erinnert die Mama sich gar nicht mehr!“

„Nein!“ schluchzte Fanny. „Du bist böse auf mich, Mama; alle sind böse auf mich; der liebe Gott ist auch böse auf mich; Ihr seid Alle miteinander böse auf mich!“

„Was für ein Unsiem, Kind; so, jetzt schweig“ nur lächelnd still und bete Dein Vater unser. Wenn Du brav zu Gott betest, so weißt Du, wird Alles gut. Also: Vater unser —“

„Vater unser — ah, hu, hu...“

— der Du bist im —“

— der Du — ah, hu, hu, hu!“ —

Es dauerte lang, bis Fanny diese Nacht einschlief.

Eigentümliches Kind, dieser Krauslöps!“

Im Mühlberg'schen Hotel wurde eines Abends Frau Holmsen ein Kristianenser vorgestellt — Agent Solum, der ihr von der „Waldnymph“ zu erzählen wußte.

„Ja wohl,“ sagte er mit seinem ruhigen Lächeln — „genießt Alles wahr, was Sie von ihr gehört haben — alles Schlichte, natürlich. — Wie, bitte? Bildung? Sie ist wie ein ganz gewöhnlicher Diensthote.“

„Sie hat also einen reichen Onkel in Amerika gehabt?“

„O nein; sie hat sich reich getrunken, kann man sagen.“

„Nun, das ist doch etwas Neues! Erklären Sie mir das, Herr Solum.“

„Mit Vergnügen, gnädige Frau. Sie diente eine Reihe von Jahren bei einer reichen Wittve, welche trank; dann tranken die Beiden miteinander, bis sie die allerbesten Freundinnen geworden, und als die alte Wittve dann eines Tages starb, war Jungfer Aberg die Erbin!“

„Das muß ich gestehen... solch ein Glück zu haben!“ Es lag ein Beiklang von Neid in Frau Holmsen's Stimme.

„... Verheirathet?“ Solum zuckte ein wenig seine kräftigen Achseln. „wer hätte wohl solch einen Kobold haben mögen?“

„Nun, wenn sie reich war?“

„Nein, sehen Sie, sie war allzu... Und dann so vertrunken, und mit einem Ruf —; man erzählt sich, wenn sie die alte Wittve Abends unter den Tisch getrunken, habe sie dann in der Küche draußen mit deren Jägern weitergejubelt.“

„Nun, das war etwas für ihn!“

„Ah, Sie meinen für Ihren... Na, er ist übrigens nicht der einzige, wenn das Sie trösten kann; er ist sogar mit einem Professor in Schwägerchaft geraten. — Aber,“

fügte Solum mit seinem gleichförmigen Lächeln bei, „dafür ist auch der Großnecht sein Schwager.“

Frau Holmsen war ganz entsetzt. So viel hatten nicht einmal die Nähmädchen bei den Schwestern Neblum gewußt. Und die Kinder! „Das kann doch nicht alles wahr sein, Herr Solum?“

Jedoch Solum kannte die Verhältnisse ganz genau.

„Ich spekulire seit einiger Zeit in Holz und aus dieser Ursache habe ich mich ziemlich viel auf Elmerud herumgetrieben... Ich versichere Sie, dort draußen werden die Verdienste der Jungfer Aberg nicht geheim gehalten!“

— Arme Kinder! Arme Kinder! —

„Daß so etwas möglich war! Daß man in einem christlichen Lande solches Anwesen duldet! Pflanzte man derartige Frauenzimmer nicht in's Zuchthaus zu stecken? Was? Frau Holmsen war ganz aufgeregt.“

Solum zuckte die Achseln.

„Wenn keine Kinder da sind —“, sagte er, „außerdem, wenn man so im Geld sitzt wie sie... man sein eigener Herr und unabhängig ist... so kümmert es ja gar Niemand, was man ganz privat thut, nicht? — Uebrigens würde sich natürlich eine gebildete Dame nicht so betragen!“

Frau Holmsen schlug plötzlich die Augen nieder; Solums ruhiger, forschender Blick hatte sie ein wenig verwirrt gemacht.

Der Agent war diesen Abend Frau Mühlberg's Gast; er war „wie ein Kind vom Hause“, noch aus der Zeit her, da er als Handelsreisender herumgezogen. Auch Frau Holmsen wurde eingeladen. Es wurde ein wirklich gemüthlicher Abend. Solum war einer der angenehmsten Menschen, die Frau Holmsen jemals getroffen, zugleich heiter

Kapitalismus oder Sozialismus?

— der einzigen berechtigten ernsthaften Frage am Schluss des 19. Jahrhunderts.

Von der deutschen Parteimajore brauchen wir nicht zu reden. Wir haben eine konservative Partei, die zu neun Zehnteln aus Regierungspuppen besteht, — ein Zentrum, das nur eine Gelegenheitspartei ist, — zwei reine Bourgeoisparteien, von denen die eine programmlos im Regierens, die andere gleichfalls programmlos im Oppositions-Fahrwasser herumlavirt — nicht eine einzige der alten kapitalistischen Parteien, die ein Programm hat — ein bürgerlich-kerikal-feudaler Mischmasch, dessen innerste und im Innersten einheitliche Natur sich durch die kostbare Thatsache offenbart, daß der Führer der bürgerlichen Opposition für den gesammten Mischmasch einen gemeinsamen Katechismus der Sozialreaktion hat schreiben müssen und, an einem Arm einen Pfaffen, am anderen einen Junker zum lustigen Windmühlkampf auszieht, welcher sich da benamset: Bekämpfung der Sozialdemokratie — das ist das deutsche Partei-Tobu-Wabohu!

Scherz bei Seite.

So viel komische und kleinliche Momente dieser Auflösungsprozeß der alten Parteien uns darbieten mag, er ist ein Teil eines großen, weltgeschichtlichen Auflösungs- und Entwicklungsprozesses. Denn in der Auflösung der alten Parteien spiegelt sich nur wieder die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistischen Weltordnung.

Briefe aus England.

London, 2. Januar 1891.

England ist unbedingt das Versuchsland der Bourgeoiswirtschaft, wie es im Buche steht. Hier ist die Bourgeoisie zuerst zur Herrschaft gelangt, hier hat sie sich ökonomisch und politisch in großartiger Weise entfaltet, und hier ist sie zuerst vor die Nothwendigkeit gestellt worden, mit der als naturnothwendige Folge ihrer Wirtschaftsweise sich entwickelnden Arbeiterbewegung sich abzufinden, dem Widerstand der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung die Spitze abzubringen. Hier hat sie zuerst erkannt, daß es vor allem darauf ankommt, jede systematische Unterdrückung, jede grundsätzliche Kritik der gesellschaftlichen Zustände zu vermeiden und hat daher, nachdem sich die plumpe Unterdrückung als unbrauchbar herausgestellt, zuerst die Aera der „praktischen Lösungen“ inaugurirt. Die insulare Lage Englands, sein mächtiger Kolonialbesitz, die industrielle Rückständigkeit seiner Konkurrenten auf dem Festlande und die sich daraus ergebende Herrschaftstellung seiner Industrien auf dem Weltmarkte kamen ihr dabei in hervorragendem Maße zu Gute. Sie konnte sich ihre Veruche etwas kosten lassen, und hat es zu Zeiten auch gethan. England hat zuerst eine Fabrik-Gesetzgebung geschaffen und ist in dieser Hinsicht noch heute allen Industriestaaten voran. Englands Fabrikanten haben zuerst sich dazu bequemt, die Gewerkschaftsbewegung anzuerkennen und sich mit derselben auf einen guten Fuß zu stellen. England bietet denjenigen seiner Arbeiter, die auswandern wollen, mehr und auskömmlichere Möglichkeiten, als irgend ein anderes Land, und was in England für Wohlthätigkeitswerke ausgegeben, oder sagen wir lieber aufgebracht wird, läßt dasjenige, was auf dem Festland in dieser Hinsicht geleistet wird, weit hinter sich. Wo immer eine schwächere Stelle am Gesellschaftskörper sich zeigt, da ist man mit Heilspflastern bei der Hand, aber — nur, soweit das Geschwür offen liegt. Jedes tiefere Eingehen auf die Ursachen, die das Geschwür hervorbringt, gilt als „unpraktischer“ Doktrinarismus. In wirtschaftlichen Dingen giebt es nur lokale oder zeitliche Krankheiten, aber keine allgemein konstitutionellen, erklärte der „gesunde Menschenverstand“ der Bourgeoisie, wozu also unsern Kopf anstrengen? Nehmen wir die Dinge, wie sie vor unseren Augen liegen, helfen wir, soweit wir können, d. h. soweit es mit den Bedingungen unserer Existenz vereinbar, und für den Rest lassen wir den lieben Gott sorgen. Die Arbeiter sperren sich eine Zeit lang gegen solches Reasonnement, als sie sich aber überzeugt hatten, daß es ihnen noch an der Kraft fehle, die Bourgeoisie zu einem andern zu nöthigen, fingen auch sie an, „nur praktisch“ zu werden und sich in ihren Bestrebungen auf die nächstliegenden Angelegenheiten zu beschränken. Allmähig wurde der „gesunde Menschenverstand“, der alles Theoretischen verpönt, und nicht weiter sieht als von heut auf morgen, auch bei ihnen zum Dogma. So fiel hat sich dasselbe eingeerren, daß selbst heute, wo unter dem Druck sich

immer mehr zuspitzender Konkurrenz der inzwischen herangewachsenen Industriestaaten des Kontinents und Amerikas sich die sozialistische Erkenntnis von der Ungültigkeit aller Heruntersetzungen, die nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem an seiner Wurzel treffen, so zu sagen von selbst aufdränge, trotzdem in den Reihen vorgeschrittener Arbeiter immer wieder die Weigerung ausbricht, es mit Palliativmitteln zu versuchen, die im günstigen Falle irgend eine aufbrechende Wunde zeitweilig stillen, aber den Kern des Uebels, unter dem die Arbeiterklasse leidet, ganz unberührt lassen.

Ich habe bereits in meinen früheren Briefen auf die prekäre Lage hingewiesen, in der sich die berühmteste der „neuen Unionen“, die Doder-Union, befindet. Inzwischen haben sich die Verhältnisse auf den Docks immer mehr verschlechtert. Nicht nur schmilzt der Bestand der Union immer mehr zusammen, auch der größte Theil ihrer Mitglieder ist arbeitslos oder nur auf einige Tage in der Woche beschäftigt. Darüber ist der Winter hereingezogen und obendrein ein so kalter Winter, wie man ihn hier seit langen Jahren nicht gehabt. Obendrein scheint sich auch in andern, bisher prosperierenden Geschäftszweigen theilweiser Rückgang einzustellen, so daß die Zustände im East-End wieder so schlimm sind, wie sie nur je waren. Die Zeitungen berichten über Fälle geradezu herzzerreißenden Elends, die Berichte der Armenverwaltungen bestätigen, daß die Noth vielfach schrecklich ist, an den Dockthoren spielt sich bereits wieder das alte Schauspiel ab, daß Tausende sich drängen, um Arbeitsmarken zu erhalten — kurz, es ist nur zu begreiflich, daß gerade den Leitern der Doder-Union, die doch von allen neuen Unionen sich den alten Gewerkschaften am meisten genähert und u. A. bei der Maidemonstration 1890 mit den Gegnern des gesetzlichen Achtstundentages fraternisirt hat, daß gerade den Leitern dieser Organisation sich das Gerücht abtrug: so kann es nicht fortgehen; die bloße gewerkschaftliche Organisation bringt uns nicht zum Ziel, sie hilft uns nicht über den Berg, es müssen auch noch andere Mittel ins Werk gesetzt werden, die Arbeiter gegen die Folgen des heutigen Wirtschaftssystems zu schützen. So weit, so gut, und auch darüber, daß zunächst alle verfügbaren Mittel der Gemeinden und Bezirksverwaltungen nun aufgegeben werden sollen, um der gegenwärtigen Noth zu steuern, ist kein Wort zu verlieren. Was aber geradezu unerträglich wäre, wenn es nicht in den obenentwickelten Ursachen seine Erklärung fände, das ist die Aufrichtung der Forderung von Municipal-Verksstätten, mit der der Präsident der Doder-Union, Tom Mann, unterstützt vom Londoner Trades-Council, jetzt vor die Öffentlichkeit tritt.

Tom Mann will, daß die Gemeindevorstände einzurichten sollen, in denen alle zeitweilig arbeitslosen Beschäftigten fassen, anstatt auf Armenunterstützung angewiesen zu sein. In diesen Werkstätten sollen zunächst die notwendigen Unterhaltsmittel (Nahrung, Kleidung u. s.) für die darin Beschäftigten hergestellt, was darüber hinaus produziert wird, mit andern Gemeindevorständen ausgetauscht und der Rest auf dem offenen Markt zu „anständigen Preisen“ verkauft werden. Daneben soll auch in Verbindung mit jeder Gemeindevorstand eine Waisenanstalt eingerichtet werden, die, wenn für wünschbar befunden, sich beim Publikum um Aufträge bewerben soll.

Man muß diesen Plan nur einmal durchlesen, um seine absolute Ungültigkeit, um seinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, zu erkennen. Woher diese Gemeindevorstände gerade, wenn allgemeine Arbeitslosigkeit eintritt, d. h. bei absoluter Ueberproduktion, den Absatz für ihre Produkte finden soll, das ist ein Problem, worüber sich der gute Tom Mann wohl selbst im Unklaren ist. Die Nahrungs- und Genussmittel, deren die in ihnen Beschäftigten bedürfen, selbst herstellen. Ein schöner Gedanke, schade nur, daß für das, was 1000 Proletariat bedürfen, keine 100 Arbeiter nötig sind, zumal das Korn zum Brot doch nicht erst gefeet, das Vieh, dessen Fleisch gebraucht wird, doch nicht erst geschachtet werden soll. Kurzum, ein utopischer Gedanke, wie er kleinbürgerlicher und — kleinstädtiger nicht gedacht werden kann.

Es hat sich an dem Brief, in dem Tom Mann Ende voriger Woche im „Daily Chronicle“ seine Ideen zuerst darlegte, eine Polemik zwischen ihm und John Burns geknüpft, an der sich auch Gummigame Graham theilnahmte, aber den Gegenstand der Polemik bildete weniger diese Municipalwerkstätten-Idee — mit Bezug auf die Burns nur sagte, daß er zwar gegen Municipalwerkstätten in der geeigneten Form nichts habe, dieselben aber in der unbeholfenen Form, in der sie im Trades-Council zur Sprache gebracht worden seien, für „hoffnungslos unpraktisch“ halte — als die Frage der politischen Aktion der Arbeiterklasse. Burns wies darauf hin, wie den Gemeinden und Grasschaftsräthen überall die Hände gebunden seien, und daß die Arbeiter darnach trachten müßten, in größerer Stärke im Parlament vertreten zu sein, um durch gehörigen Druck auf dieses alle Befehle zu erlangen, deren sie zur Förderung ihres Wohls bedürfen, zunächst den gesetzlichen Achtstundentag und daneben auch die Erweiterung der Rechte der Lokalvertretungen, damit die Arbeiter auch dort mehr für ihre Interessen wirken können als jetzt. Er habe im Londoner Grasschaftsrath alles mögliche aufgeboten, um Maßregeln im Interesse der Arbeiter durchzusetzen, sei aber überall an der Frage der mangelnden Kompetenz gescheitert. Es helfe nichts, man

müsse sehen, die parlamentarische Maschine zu erobern. Im gleichen Sinne sprach sich Gummigame Graham aus.

Man erwiderte Burns ziemlich pikirt, brachte aber nicht vor als etliche Redensarten über die Gefahren der Korruption im Parlament. Man müsse von draußen, unter den Wählern selbst, auf dasselbe wirken. Als ob die Wirkung nicht um so größer wäre, wenn den bürgerlichen Kandidaten überall proletarische entgegneten. Aber die halb anarchoistische Furcht vor dem Parlamentarismus entspricht der kleinbürgerlichen Idee der Municipalwerkstätten. Gaben sich doch, wie ich schon früher theilte, auch die Anarchisten jetzt dem „Municipal-Sozialismus“ ergeben. Nicht, daß Tom Mann unter die Anarchisten gegangen wäre. Aber er befindet sich in derselben Ideenrichtung, was beiläufig bei vielen Anhängern der alten Gewerkschaften ebenfalls der Fall.

Die Noth im East-End hat den Booth'schen Rettungsplan wieder in den Vordergrund gebracht, von dem der Kampf im irischen Lager eine Zeit lang das Interesse des Publikums abgelenkt hatte. Herr Booth hat natürlich sofort ein Hilfskomitee gegründet, um der Welt zu zeigen, daß er der rechte Mann ist, den Leidenden zu helfen und das Gewissen der bürgerlichen Gesellschaft zu beschwichtigen. Der Präsident des „Kommissionen“ Frank Smith von der Zeitung des „Sozialreform“-Flügels der Heilsarmee hat indes geäußert, daß auch in dieser nicht alles Liebe ist, was Hallelojah singt. Smith beschwert sich, er habe von dem General trotz wiederholter dringender Anfragen keinen befriedigenden Bescheid darüber erhalten können, ob die für die sozialen Zwecke eingehenden Gelder getrennt von den übrigen Mitteln der Heilsarmee verwaltet werden und die soziale Abtheilung ein selbstständiges Departement bilden soll oder nicht. Daraufhin sei er so dranzu salirt worden, daß er schließlich nicht anders getonnt habe, als abzutanken. Er sei für Disziplin, aber nicht für Despotismus. Die Antwort aus dem Hauptquartier der Heilsarmee auf die Smith'sche Veröfentlichung lautete, Smith habe seine Stellung nicht verstanden, aber die Finanzen würde getrennt Rechnung geführt werden, aber die Leitung müsse einheitlich sein, und im Uebrigen „sic volo, sic jubeo.“

Die Heilsarmee wird an diesem Zwischenfall nicht zu Grunde gehen, obwohl Smith, der sehr tüchtig gewesen sein soll, viele Freunde in der Armee hat, von denen Einige ebenfalls ausgetreten sind. Aber ein bedeutendes Zeichen ist es doch, daß, noch ehe die Summe zusammen ist, welche die „Alliengegesellschaft Booth, Booth und Booth“ — wie neulich die „People's Press“ den Booth'schen Generalstab wüßig persiflirte — in den Stand setzen soll, das „verunkelte Heubüschel“ der heutigen Gesellschaft, aus dem Sumpf des Elends emporzuheben, schon der innere Zwist ausbricht. Was soll da erst werden, wenn das Werk im Gange ist und der so schön ausgeheckte Plan irgendwo einen Haken findet?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Januar.

Der strenge Winter ist zu einer europäischen Kalamität geworden, die für die überwältigende Ueberzahl der Menschen alle politischen Fragen und namentlich auch die Fragen der sog. hohen Politik in den Hintergrund drängt. Was kümmern die schönsten diplomatischen Seiltänzer und Taschenspieler-Kunststücke einen Mann, der vor Hunger und Kälte zitternd sich und seine Familie gegen die Schrecknisse dieses Winters zu verteidigen hat?

Von allen Seiten laufen herzerreißende Nachrichten ein. In London, wo seit dem 5. Dezember ununterbrochene Kälte herrscht — was in diesem Jahrhundert vorher erst einmal dort vorgekommen ist — sind Hunderttausende von Arbeitern infolge der Bitterung brotlos, und der Nothstand ist um so größer, „as man“ in England mit seinem milden Golfstrom-Klima auf stark Kälte ebenso wenig vorbereitet ist wie in den sibirischen Ländern, wo der Winter gleichfalls in unerhört heftiger Weise auftritt und die Menschen fast ohne Schutz der sibirischen Bitterung preisgegeben sind. Aus Spanien, Portugal und Italien dieselben Diabosposten: das Volk hungert und friert.

So hat der strenge Winter in Nord und Süd, in Ost und West die entsehrlichsten Zustände geschaffen und ein gemeinsames Band des Elends um das arbeitende Volk geschlossen.

Ueberall finden Demonstrationen der Arbeitslosen statt, so in London, in Köln, in Wien und neuerdings in Mailand. Aus letzterem Orte schreibt man:

Vor dem Gebäude des Arbeiter-Diskomitees in Mailand versammelte beschäftigungslose Arbeiter verlangten heute Nachmittag Unterstützung. Da dieselbe nicht gewährt

und solide, unterhaltend und ernst. Es schien ihr auch, als mache er ihr ein wenig den Hof. Verheirathet war er natürlich. Aber die arme Martha — Solum schüttelte den Kopf und sah ehemannsmäßig betrübt aus — sie wüßte wohl nicht all, fürchte ich!

„Ist sie leidend?“

„Ja, die Brust.“

„Ach, die Arme! Da ist wohl wenig Hoffnung.“

„Gewiß; sie macht es schwerlich lang.“

Fast das Alleragenehmste an Solum war sein großes Interesse für Kinder. Man kam auf Janny zu reden und da mußte Frau Holmsen den ganzen Abend von ihr erzählen. Frau Wühlberg leistete Hilfe. „Erinnern sie sich an . . . erinnern Sie sich wie . . .“

„Erinnern Sie sich, wie sie im Fenster lag und Friß, der mitten in der Straße stand und hinaufgrüßte, Kuhhände zuwarf? . . . natürlich verliebt in mich!“ sagte sie zwischen jedem Kuh, „natürlich verliebt in mich!“

„Hahahaha!“

„Oder wenn dieser dicke Kandidat Lehmann zu Hause ist, — dieser Halbblödsinnige, welcher im Gehen mit den Schultern zuckt und sich gleichsam schiebt; Janny glaubt, daß er Ungeziefer hat und schleicht ihm auf der Straße nach und sagt so laut, daß er es fast hören kann: „Soll ich Dia Fldhe fangen? soll ich Dia Fldhe fangen?““

„Hahahaha!“

„Oder an ihrem Geburtstag, als Frau Dahl ihr die neuen Schuhe sandte . . .“

„Ja, da war sie auch köstlich. Es war des Morgens, ehe sie noch aufgestanden; da kamen diese Schuhe. Ich sage zu ihr: „Nun mußt Du aufstehen und hübsch danken!“ sage ich. „Nein,“ sagt der Krauskopf, „ich mag nicht danken. Du wirst son sehen, Du mußt für die Suhe nähen, Mama!“

„Daha, hat man je so etwas von einem Kind erlebt?“

„Sie hat wahrscheinlich gehört, daß Frau Dahl so ein Bißchen . . . genau ist. . . . Erinnern Sie sich an ihre doppelten Gesellschaften, Frau Wühlberg?“

„Und ob!“

„Sie müssen nämlich wissen, Herr Solum, sie pflegte zwei Gesellschaften hinter einander zu geben, an einem Tag

eine für die Reichen, und am nächsten Tag, zu den Ueberresten der Tafel . . .“

„Praktische Dame, das!“

„Da lud sie uns Andere ein. Aber sie gab es bald auf, sie belam so viel anzuhören, daß . . .“

„Ja, Sie waren böshaft gewesen gegen sie, Frau Holmsen!“

„O, nicht mehr als die Uebrigen . . .“

„Sie verstanden so gut, ihr Alles mitten ins Gesicht zu sagen . . .“

„Nun, ist dies heute die Erstentags- oder die Zweitentags-Tafel, Frau Dahl?“

„Nein, wirklich, blieb Ihnen gestern so viel übrig, Frau Dahl?“

„Ja, sie machte nicht wenig durch.“

„Dahaha, Frau Holmsen ist wichtig!“ schob Solum ein;

„Nicht umsonst haben Sie so eine gezeichnete Tochter, Frau Holmsen.“

„Ja richtig, wie sagt sie zum Buchbinder Lundsström?“

„Es endete damit, daß Solum um Erlaubniß bat, einmal kommen und sich „den Krauskopf ansehen“ zu dürfen.“

„Ja“, sagte Frau Holmsen, „wenn ich nur in den Verhältnissen wäre, Leute aus der Hauptstadt zu empfangen!“

„Ach, darüber noch zu reden, gnädige Frau!“

„Die ganze Nacht hindurch lag aber Frau Holmsen wach und dachte an die Kinder.“

Ihr mütterliches Gewissen war aufgeschreckt und die Frage um die Rettung der Kinder wurde verzweifelter und dringlicher denn jemals.

Ja, wer ein Mann wäre und in Holz spekuliren könnte! Alle Holzspekulanten wurden heutzutage reich. Mit dem Eiben und Nöhen kam man zu nichts. Ein halber Thaler oder drei Mark für das Kleid, was konnte dabei herauskommen? — Die eleganten Toiletten nahm man gewöhnlich von Kristiania. Welche Dummheit von ihr, zu glauben, daß sie selbst die Kinder je würde versorgen können; es war ja nicht einmal für Janny genug! Was die Kleine alles brauchte, war ja schrecklich. Kleider und Schuhwerk fielen ihr förmlich vom Leib, kaum daß sie hatte,

und wenn sie nun nach einem Jahr so weit kam, daß sie in die Schule mühte, da mochte Gott allein wissen, wie es gehen würde. Man konnte es doch nicht verantworten, das Kind in die Freischule zu senden!

Außer allem Anderen hatte Frau Holmsen auch noch an ihre Schulden zu denken. Eine Kleinigkeit da und eine Kleinigkeit dort, das machte zusammen einen ganzen Haufen aus. Diesen ekelhaften Dinkle-Michel mußte sie jedenfalls los zu werden suchen. Er war in der letzten Zeit so widerwärtig geworden, daß es durchaus nicht mehr auszuhalten war. Seit damals nur Weihnachten, als sie bei ihm war und mit ihm freundlich sprach, um Brot für ihre Kinder zu bekommen, glaubte er vermüthlich, daß die alte Beschichte vergessen sei, und daß die Armut sie nachgiebiger gemacht habe . . . psui! Nein, da nahm sie lieber ihre Kinder und ging ins Meer! Solch ein Haufenstock wie er — krumm und krank, mit einer Frau und erwachsenen Kindern . . . es war unerhört!

Ja, wer einen ordentlichen, angenehmen Menschen fände, einen Menschen mit Vermögen und Gemüth, den man für die unglücklichen Kinder zu interessiren vermöchte! Sie suchte unter ihren Bekannten; jedoch sie konnte keinen von ihnen gebrauchen. Einen von denselben gerade heraus um Hilfe bitten, das war sie nicht im Stande; überdies hatten sie ihr ja alle schon vorher hinlänglich geholfen. Diese neue Bekanntschaft von heute Abend, Solum, — an ihn hätte man wohl denken dürfen; er war ja reich, ein Kinderfreund und gewiß in jeder Hinsicht ein braver Mann; allein was nützte es, nachdem man ihn nicht näher kannte . . .

Plötzlich fiel ihr ein, man vermöchte doch ihn näher kennen zu lernen. Er hatte ja davon gesprochen, sie zu besuchen; jedenfalls würde man ihn wieder treffen. Angenommen, man wäre im Stande, ihn zu gewinnen, ein Freundschaftsverhältnis mit ihm einzuleiten . . .

Keine Liebelei! Das war überflüssig. Sie durfte ihm nur nicht gleichgiltig sein; ihre Angelegenheiten mußten ihn ein wenig beschäftigen; sie warfen mit dem Geld ja nicht umher, diese Reichen! Weshalb sollte sie ihn nicht gewinnen können? Ihn wie Andere? Und wenn es um der Kinder willen geschah —?

wurde, so begannen die Arbeiter zu lärmern, so daß die Polizei einschritt und fünf Verhaftungen vornahm — was bekanntlich die einfachste Lösung der Arbeitslosen-Frage ist. Und ein neues Telegramm aus Mailand besagt:

„Gelegentlich der Verteilung von Lebensmitteln an unbeschäftigte Arbeiter kam es heute zu argen Unruhen. Die Arbeitslosen wurden tumultuarisch, da ihnen die Brotkrumen zu gering bemessen schienen. Militär trieb die Menge auseinander. Die Polizei nahm fünf Verhaftungen vor. Die Regierung beschloß, die nicht in Mailand heimathberechtigten Arbeiter in ihre Heimath abzuschieben.“

Das alte Heilmittel kümperhafter Regierungen und Behörden. Statt den Hunger zu stillen und das Elend aus der Welt zu schaffen, schafft man die Hungernden und Elenden aus dem Weg — wo möglich aus der Welt.

Ein Telegramm, wie das vorstehende, liefert hinreichendes Anlagematerial zur Beurtheilung nicht bloß eines Ministeriums, sondern eines Systems. —

Besser klingt folgendes Telegramm:

„Infolge des strengen Winters und der dadurch gesteigerten Noth in den ärmeren Klassen, haben die Schulbehörden die Einrichtung getroffen, den bedürftigen Kindern der unteren Bürgerschulen jeden Morgen ein warmes Frühstück in der Schule kostenfrei verabfolgen zu lassen.“

Also wird aus Braunschweig gemeldet. Und wir wollen hoffen, daß es in anderen Städten ähnlich gehandhabt wird. Die Leiden, welche dieses so hartnäckig andauernde Frostwetter in allen Ländern Europas über die ärmeren Klassen verhängt, spotten jeder Beschreibung — und ganz besonders haben die Schulkinder viel auszuhalten.

Was uns an der Maßregel nicht gefällt, ist, daß sie bloß vorübergehend und vereinzelt ist. Wie wir früher bereits an anderer Stelle ausgeführt haben, erheischt der Schulzwang überhaupt eine längere Anwesenheit der Kinder in der Schule, als bis jetzt üblich ist, und damit ergibt sich die Nothwendigkeit der Schülererpeisung in der Schule von selbst. Aber auch bei den heutigen Schuleinrichtungen würde eine solche Maßregel sich empfehlen, denn die Noth der ärmeren Klassen ist nicht auf den Winter beschränkt und, wie seinerzeit aus verschiedenen Städten auf Grund amtlich festgestellter Thatfachen mitgeteilt wurde, wird der Zweck des Schulunterrichts auch in seiner heutigen mangelhaften Form wesentlich dadurch beeinträchtigt, daß ein großer Theil der Kinder hungrig in die Schule kommt. Jedenfalls aber sollte eine Erpeisung der Kinder wenigstens für den Winter, so wie es jetzt in Braunschweig geschieht, allgemein eingeführt werden. —

Die Nachwahl in Bochum ist vorüber. Die Nationalliberalen wie das Centrum haben die größten Anstrengungen gemacht, die Majorität zu erringen. Mit einem Vorsprunge von 1202 Stimmen bei 52 536 abgegebenen Stimmzetteln die Nationalliberalen. Demnach scheint der größte Theil der sozialistischen Wähler in der Stichwahl sich der Stimme enthalten zu haben. Augencheinlich haben Centrum und Nationalliberale ihre sämtlichen Reserven mobil gemacht. Wie viel die Nationalliberalen dem Druck der Kohlenbarone verdanken, wird man wohl in den nächsten Tagen erfahren. —

Schon im Laufe der nächsten Woche — wie es heißt Mittwoch — soll die Interpellation Richter betreffend den Lucius-Skandal im Abgeordnetenhaus zur Besprechung kommen. Der „widerpenfliche Todte“ in Friedrichsruh wird der Debatte wohl nicht in heiterster Stimmung entgegensehen.

Apropos an dem Ex-Kanzler, als einem vortrefflichen Versuchskörper, werden jetzt von der Kem-Fiß, die sich sehr gründlich mit ihm beschäftigt, die Nachteile des Parteidirektors in wahrhaft lotharischer Manier der zuschauenden Welt ad oculos demonstrirt.

Das Parteidirektorat à la Bismarck ist ja außerordentlich bequem. Sie volo sie jubeo, stat pro ratione voluntas — so will ich, ich beschle es, mein Wille ist Grund genug — und wer einen anderen Willen hat und den Grund nicht zureichend findet, der wird gearnimmt oder auf sonst eine Art ins Gefängniß oder in die Kumpfkammer geworfen.

Die Verhältnisse bei Jungfer Kaberg kannte er. Daß es einer Mutter schwer fallen müsse, ihre Kinder in solch einem Hause zu haben, das würde er begreifen; vielleicht blieb ihm da etwas für die Mutter übrig, — was waren ein paar Hundertthaler-Scheine heutzutage für einen Dolghändler?

Ach — vielleicht fand sie hier einen Ausweg!

Es mußte möglich sein, ihn zu gewinnen. Sie war noch nicht zu alt, und dann mußte man sich ein wenig heraus und war lebenswürdig. Gefallen hatte sie den Herren von jeher, eher zu viel als zu wenig, und wenn er auch älter und geschärfter war, so gleich er doch wohl so ziemlich den Anderen. Nur keine Art von Koketterie, — Verliebtheit und dergleichen, davon hatte sie ihrer Zeit genug gehabt. Gewiß hatte er sie schön gefunden. Und im Grunde war sie es ja auch, wenn sie sich wohl befand: vielleicht hatte sie auf ihn schon Eindruck gemacht, daß er „Fanny sehen“ wollte. hm! wer weiß: Männer liebten nicht oft Kinder. Ob es nicht eben so gut sie sein konnte, die er wiederzusehen Lust empfand? Das traße sich ja ausgezeichnet.

Nach und nach wurden ihre Gedanken milde und gingen in Phantasien über.

Herrgott, und wenn nun das Unglück wollte, daß er sich ein wenig verliebte, — er war ja in der Möglichkeit, bald frei zu sein! Und warum... warum... konnte es da nicht ebenjogut sie sein, wie eine Andere?

Es geschah ja so vielerlei in der Welt, und mancherlei das wunderlicher war als das. Wenn er sich in sie verliebte und wenn er eines Tages sagte: „Ich kann nicht leben ohne Sie; wollen Sie mein werden, sobald ich einmal... in die Lage komme? — Es wäre nicht zum erstenmal, daß so etwas passirte! Mehr als ein Ehemann hatte sich dergestalt verlobt. Und nicht bloß verlobt... Die Leute nahmen dergleichen nicht so hoch auf, wie man glaubte. Es ging so Mancherlei vor, das ärger war. Von den Männern nicht zu reden; diese thaten, wozu sie Lust hatten; aber auch die Frauen; wir brauchen nicht all diesen anständigen Damen zu trauen, die so still herumgingen... es ist wahrhaftig nicht alles Gold, was glänzt.

„Alles ist gut und recht, was ich will.“

„Herrlich! Und das Publikum ruft auch Bravo! Und die nicht „ankündigen Leute“, welche für mich schreiben, verkünden den Büßern der Erde, daß ich ein großer Mann — und, wenn ich ihnen (aus der Tasche der Steuerzahler) doppelte und dreifache Löhnung verabreichen lasse, sogar daß ich der größte Mann des Jahrhunderts, ja aller Zeiten bin (je nachdem die Löhnung erhöht wird). —

„Alles ist recht, was ich thue — es ist recht, weil ich es thue. Und wer das nicht anerkennt, wer zweifelt oder kritisiert — er wird zermalmt.“ —

O gewiß — das geht herrlich, so lange es geht.

In dem Augenblick aber, wo es nicht mehr geht, wenden alle Waffen des Parteidirektors sich gegen dasselbe.

Das erfährt jetzt der Ex-Kanzler, wie vor ihm noch Keiner es erfahren hat. Niemand hat in puncto des Parteidirektors so viel gefündigt wie er — Niemand vor ihm ist so grausam bestraft worden. Schier bestend vor Wuth, vollgepumpt mit Gift und Galle, möchte er all seine Widersacher zermalmen, wie er weiland gethan, als er noch etwas zu sagen hatte. Allein bei jeder Handbewegung, bei jedem Schritt stößt er auf bräunende Stahlspitzen, erweist er an lächerliche Fingerringe, die er selber eigenhändig für seine Widersacher angefertigt hat. Jedes Wort, das er spricht, läßt einen der vielen Strafgesetze-Paragrafen emporschnellen, vermittelt deren er selber in der Zeit der Macht Herrlichkeit seine Widersacher mundtot gemacht hat.

Wie viel Duhende von Jahren Gefängniß wären dem Ex-Kanzler schon erwachsen, wenn seine aufreizenden, beschimpfenden, beleidigenden, den öffentlichen Frieden störenden, Umsturz vorbereitenden u. s. w. Aeußerungen mit dem Maße gemessen würden, das er weiland für seine Widersacher hatte?

Und zweifelt der Ex-Kanzler etwa an der Verurtheilung im Fall einer Strafverfolgung? Wohl kaum. Denn sicher weiß Niemand besser als er, daß die Rechtspraxis, welche er geschaffen, spielend von jedem Machthaber gegen jeden Widersacher gewandt werden kann. Und das Bewußtsein, nur der Gnade oder Noblesse seiner tödtlich gehaßten Feinde es zu verdanken, daß er frei herumlaufen, und ungehindert schimpfen kann, so viel er will, steigert natürlich seine ohnmächtige Wuth. —

Ob aber die Lektion von den Machthabern begriffen und beherzigt wird? Es ist sprichwörtlich sehr schwer, aus sich selbst rauszutreten und sich und die eigenen Handlungen vom Standpunkt eines Andern aus zu beurtheilen. Datum ist die Gerechtigkeit so schwer. Jedenfalls steht aber die Thatfache fest, daß jedes Parteidirektorat für seine Nachfolger und Gegner arbeitet, und daß es sich für die Zeit, wo es die Macht nicht mehr hat, des Rechtschutzes beraubt.

Wir Sozialdemokraten haben die Bismarck'sche Rechtspraxis an uns erfahren — und erfahren sie noch; wir wissen, daß jeder unserer politischen Gegner genau mit der gleichen Argumentation, genau nach der gleichen Schablone zu den schwersten Strafen verurtheilt werden kann. Und wir — wir ziehen die Mora, daraus. —

Die Herren Stöcker und Bismarck haben wieder verschiedene Reden gehalten — jener auf einer Volksversammlung — dieser in den Phonograph eines Interviewers. Der Stöcker meint, die Sozialdemokratie sei nicht „wahrhaftig“ (der Stöcker!), weil sie in Halle den Herrgott nicht abgesetzt hat, und der Ex-Kanzler meinte, die Großmacht, welche das beste Pulver hat, welche zuerst das absolut beste Pulver hat, werde den Krieg anfangen — ein sehr weiser Ausspruch, wenn nämlich eine Großmacht das wissen könnte. Unter allen Umständen ist es gut, daß die „alte Raketenliste“ in Friedrichsruhe kalt gestellt ist, und das „absolut beste“ Pulver nicht zur Explosion bringen kann. —

Bezüglich des russischen Spigel-Attentats in Konstantinopel wird jetzt eine, von der russischen Gesandtschaft in Konstantinopel ausgehende Notiz veröffentlicht, nach welcher Lutzky ein gemeiner Verbrecher gewesen sei, die Tärkei also keinen Grund gehabt habe, seine Auslieferung an Rußland zu verhindern. Aber das ist ja eine unverkämpfte Fälschung des Sachverhalts. Erstens ist

Es machte sich auch niemand etwas daraus, wenn es nur keinen allzu großen Skandal gab. Das ist Ihre eigene Angelegenheit, wie Pastor Brandt schrieb.

Phui, phui! Häßliche Dinge mußte unser Herrgott manchemal mit ansehen. Gott sei Dank, so etwas sollte bei der Königin von Preußen niemals in Frage kommen.

— Denke Dir, wenn das eine Rettung wäre. Es ließ sich kaum glauben. Wenn sie es einmal noch dazu brachte, daß sie ruhig sein dürfte! Ruhig über die Kinder! Ruhig über sich selbst! frei von dieser ewigen Sorge, diesen endlosen Sorgen! O, dies hieße neu auflieben, aus einem Kerker kommen, aus dem Grab erstehen! Allein das geschah natürlich nicht; keine Idee, keine Idee.

Es würde übrigens unterhaltend werden, zu sehen, was Fanny von ihm hielt.

VI.

Fanny's Freundinnen, Gina Wittig und Ebba Lehmann, begannen diesen Herbst Frau Kabers höhere Töchterchule zu besuchen, und daher wollte auch Fanny hin, obgleich sie noch nicht das richtige Alter hatte.

„Nun, verlaßte es!“ jagte schließlich Mama; „wenn Frau Kabers es Dir erlaubt, so steht Dir meinerseits gewiß nichts im Weg.“

Eines Morgens begleitete also Fanny ihre beiden Freundinnen in die Schule und wurde von ihnen Frau Kabers vorgestellt. Vor dieser großen Dame geriet Fanny aus dem Konzept; sie knikte nur und knigte wieder und wieder, mit dem Finger im Mund.

„Sie will in die Schule gehen, sie will in die Schule gehen!“ erklärte die kleine schwarzhaarige Ebba eifrig; Gina nickte.

Frau Kabers hob die sich tief verbogende Fanny auf ihren Schoß und strich ihr mit der Hand durch die widerspenstigen Locken.

„Mama hat gesagt, daß ich hier bleiben darf“, sprach Fanny.

(Fortsetzung folgt.)

Lutzky kein gemeiner Verbrecher, und zweitens hat es sich nicht um die Auslieferung Lutzky's gehandelt, sondern um eine banditenmäßige Abfangung Lutzky's, d. h. um ein niederträchtiges, völkerrechtswidriges Verbrechen, das von russischen Spiegeln auf türkischem Boden verübt wurde, und für das die russische Regierung der türkischen Genugthuung zu geben verpflichtet ist. Wir werden die Angelegenheit aufmerksam weiter verfolgen. —

Ueber den schottischen Eisenbahnstreik werden von der Bourgeoispreffe aller Länder die allerersten Lügen verbreitet. Wenn man diesen Zeitungen glauben wollte, müßte halb Schottland in Blut schwimmen. Thatsächlich hat, mit Ausnahme der durch die Unmenslichkeit der Herren Eisenbahndirektoren hervorgerufenen Szenen bei gewaltsamer Räumung der Cottages (Häuschen) auf dem gesellschaftlichen Kriegsschauplatz keine irgend erwähnenswerthe Ruheförderung stattgefunden. Und das Organ des Lord Shaftesbury spricht sich sehr energisch wider das Ansinnen der Herren Eisenbahn-Dividendler und Kuponabschneider aus: Die Regierung solle sie gegen die Streikenden unterstützen. Die Sache der letzteren steht vortrefflich und John Burns bethätigt sein ungemeines Organisationstalent und seine bewundernswürdige Ruhe. —

Die zweideutige Haltung der belgischen Liberalen in der Frage der Verfassungsrevision kann diesen sehr gefährlich werden. Vor wenigen Wochen einigten sie sich mit den Radikalen auf Grund von Zugeständnissen an letztere in Sachen der Verfassungsrevision und der Erweiterung des Wahlrechts. Jetzt bereiten sie den Rückzug vor. Ein Telegramm berichtet hierüber:

Der Generalkonvent der Ligue libérale verbreitet ein Manifest gegen das allgemeine Stimmrecht und zu Gunsten des Systems Woeite, wonach der Handmetzlerhändler zünmberechtigt ist. Diese von politischen Notabilitäten herrührende Erklärung brant die Radikalen in Verwirrung. Das allgemeine Stimmrecht stößt übrigens auf immer größeren Widerspruch, so daß man davon zweifelt, daß es zu Stande kommen wird.

Es ist die alte Treulosigkeit der Liberalen, über die sich nur jene wundern können, welche die Geschichte des Liberalismus seit 1848, seitdem er zum politischen Ausdruck der Bourgeoisklasse geworden ist, nicht kennen. —

Ein internationaler katholischer Kongreß findet am 8. September in Mecheln (Belgien) statt. Das Präsidium auf dem Kongreß, welcher fünf Tage dauern soll, hat der belgische Staatsminister Jacobs übernommen. Die einzelnen Sektionen des Kongresses werden sich beschäftigen mit Werken religiöser Natur, Wohlthätigkeit, sozialen Angelegenheiten, Unterrichts- und Bildungswesen, Künsten, Wissenschaften und Literatur.

Es ist verwunderlich, daß die Ultramontanen nach dem großen Fiasco ihres letzten internationalen Kongresses, des Sozialkongresses in Lüttich schon wieder einer internationalen Kongreß einberufen wollen. Nun uns kann dies ja nur lieb sein, man bekommt dann wenigstens bald wieder etwas Heiteres zu hören. —

Der portugiesische Arbeiterkongreß hat am 7. Januar seine zweite Sitzung abgehalten. Es entspann sich in derselben zwischen der Versammlung und dem Vorsitzenden eine lange Debatte über die Frage, ob man sich mit Positiv beschäftigen solle oder nicht. Endlich wurde mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, demzufolge die Regierung aufgefordert wird, in den Worten einen Gesandten zur Abänderung der Bestimmungen einzubringen, denen zufolge jeder Ausstand unter Strafe gestellt ist. —

In Rußland ist wieder eine nihilistische Verschwörung entdeckt worden. Der Staatsanwaltsbeamte Seidler, der bei der Verchwörung betheilig gewesen sein soll, erhängte sich. Vielleicht erfahren wir bald Näheres über den Fall, obgleich auch die russische Regierung ängstlich darauf bedacht ist, derartige Nachrichten zu vertuschen. Was sie aber trotz aller Bemühungen nicht vertuschen kann, ist die Thatfache, daß Rußland einem Vulkan gleicht, auf dem Jar und Regierung das Wohnen kaum behaglich finden können, der jeden Moment seinen Schlund aufstun und alle vernichten kann. —

Neue Unruhen scheinen in Kreta bevorzuziehen. Seitdem Delgannis wieder griechischer Ministerpräsident ist, steigen die Hoffnungen der Griechen unter der türkischen Herrschaft. Ein Telegramm aus Athen meldet:

„Eine Abtheilung griechischer Freischaren unter Führung des bekannten Insurgenten Gtiapis ist in Kandia, der Hauptstadt von Kreta, gelandet und hat sich in die Berge geschlagen.“

Also wieder neuer Krach im türkischen Reich. — Das wird Väterchen recht freuen.

Neueste Nachrichten. Nach Schluß der Redaktion läuft noch folgendes Telegramm aus Athen ein:

Die Meldungen über Ruhestörungen auf Kreta sind grundlos. Es ist im Gegentheil eine allgemeine Beruhigung erkennbar, welche nach der erfolgten Lösung des Patriarchat-Streites noch mehr hervortritt. Die Beziehungen zwischen der hiesigen und der türkischen Regierung werden als die freundlichsten bezeichnet.

Die nächsten Tage werden zeigen, welcher Nachricht mehr Glauben zu schenken ist.

Dem in Paris verstorbenen Herzog von Leuchtenberg, einem Urenkel der Kaiserin Josephine, der ersten Frau Napoleon I., will die französische Regierung wegen seiner Angehörigkeit zur russischen Kaiserfamilie ein ganz außerordentlich pomposes Beichnungsbegräbniß veranstalten. Aber dem stimmt die Bevölkerung, die, wie wir schon oft betont haben, nicht russophil ist, nicht zu. Man bestrachtet Verhöhnung des Trauerzugs, was eventuell sogar diplomatische Verwicklungen zur Folge haben könnte. Ein Pariser Telegramm meldet: Im Publikum hört man vielfach Aeußerungen des Mißfallens über die dem Herzog von Leuchtenberg erwiesenen Ehren, die man als sonderbar und übertrieben bezeichnet. Man bestrachtet, daß die Ueberführung der Leiche des Herzogs nicht ohne bedauerndwerthe Rundgebungen sich vollziehen werde.

Theater.

Sonnabend, den 10. Januar. **Opernhaus.** Oberon, König der Elfen. **Schauspielhaus.** Was ihr wollt. **Lesing-Theater.** Auf der Höhe des Jahrhunderts. **Berliner Theater.** In der Mark. **Deutsches Theater.** Die Kinder der Erzellenz. **Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Die Gondoliere. **Wallner-Theater.** Zalmi. **Residenz-Theater.** Der selige Loup. **Viktoria-Theater.** Die sieben Raben. **Sellenkianze-Theater.** Mein Freund Lehmann. **Offend-Theater.** Vor Sonnenaufgang. **Adolph Ernst-Theater.** Unsere Don Juans. **Thomas-Theater.** Der Soldatenfreund. **Kaufmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung. **Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung. **Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung. **Gebr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung. **Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c. **Clara Conrad,** Lieder- und Walzerfängerin. **Jenny Reimann,** Kostüm-Soubrette. **Max Menzel,** Gesangs-Komiker. **Mr. Koberstein,** Malabarist. **Mc. Lean Brothers,** Amerikan. Pagan-Excentric. **Gebr. Willmo,** musikalische Clowns. Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr. Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablissement Buggenhagen

am Moritzplatz. Täglich: **Grosses Concert.** Direktion A. Rödman. Dienstag und Freitag: Walzer-Abend. Wochentags 10 Pf. **Entrée** Sonn- und Festtags 25 Pf. Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf. 641 **F. Müller.**

Gratweil'ige Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Täglich: **Grosses Concert** mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor S. Sanftleben. Wochentags: **Frei-Concert.** Sonntags Entrée 20 Pf. Empfehle auch zugleich 8 Billards, 8 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen. 708 **F. Sodtke.**

Castan's Panopticum.

Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium. **Amazonen-Truppe** a. b. Erlebnisse des Königs von Dahomey. Weihnachts-Ausstellung. **Damen-Kapelle.** Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf. u. 9 Uhr Morg. bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.

100 neue Gruppen und Figuren. Spezialitäten-Vorstellung. Entree 50 Pfennig. Geöffnet v. 10 Uhr Vorm. b. 11 U. Ab.

Kaiser-Panorama.

Passage 1. Et., v. 9 Uhr bis 10 Uhr. Diese Woche: 1. Reise auf der Insel Hügen. 2. Wanderung d. Rusland. 1. Cycl. Pariser Weltausstellung. **Hertha-Reise.** Eine Reise 20 Pf., sind nur 10 Pf., Abonn. 1 M.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 21 **Pollak,** Jehu Georgenrichstr. 24, 11. Auch Sonn- u. Feiertags geöffnet. **Zwei Vereinszimmer** mit Pianinos von 20-30 Personen sind zu vergeben. **J. Jezierski,** Zimmerstr. 37.

Circus Renz.

Karlstraße. Sonnabend, den 10. Januar 1891, Abends 7 Uhr: Zum ersten Male in dieser Saison: (Gefährlich geschützt.) **„Japan“** (Gefährlich geschützt.) oder: **Die neckischen Frauen des Mikado.** Großes equestrisches Ausstattungs-Divertissement nebst einer mimischen Handlung in 2 Abtheilungen. Neu arrang. u. in Szene gesetzt v. Direktor E. Renz. Ausstattung vollständig neu. Außerdem: Eine Schulantrille, ger. v. 8 Herren. Galgenstrick, Fuchsbengel, ger. von Fr. Clotilde Sager. 6 irländische Jagdspferde (Non plus ultra der Pferdedressur), zus. dress. u. vorgef. v. Herrn Franz Renz. Mr. J. F. Clarke, phänomenaler Reikünstler. Auftreten der Damen Fris. Abdele u. Zephora, sowie der Herren Rodgers u. Burnell Willis u. Komische Entrees u. Intermezjos v. sämtl. Clowns. Morgen, Sonntag: 2 Vorstellungen: Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei). „Razappa“. Abends 7 1/2 Uhr: „Japan“. **E. Renz,** Direktor.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer. Heute Abend 7 1/2 Uhr: **Große Vorstellung** mit neuem vorzüglich gewähltem Programm. Zum Schluß der Vorstellung: **Eine ländl. Hochzeit.** **Circus unter Wasser.** Sensationelle Wasser-Pantomime. Spezialität: 4 Wassernymphen. Sonntag, den 11. Januar, 2 Vorstellungen, Nachm. 3 1/2 Uhr und Abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen die sensationelle Wasser-Pantomime.

A. Scheffer's Tanz-Institut.

Anfängerstr. 10. Sonntag, 11. Jan. Nachm. 4 U., beg. ein neuer Kursus. [5 J]

Evorabräu

vom Faß 2888 à Glas 10 Pf., 1/2 Liter 20 Pf. **Bruno Feige,** Vertr., Marktstr. 31, a. d. Frankfurterstraße

Bestes Berl. Weissbier

aus der 2426 **Brauerei Hildebrandt u. Co.**

wird ohne jeden Wasserzusatz bei folgenden Berliner Schankwürsten (die große Weiße zu 20 Pf., die kleine Weiße 10 Pf.) verabreicht: **Emil Böhl,** Frankfurter Allee 74. **Heinrich Hoffmann,** Kaiserstr. 4. **Ernst Wagner,** Kraussstr. 13. **Adolf Scholz,** Kastanien-Allee 35

F. Stenzel's

Elegante Masken-Garderobe, 118 Dresdener-Strasse 118, empfiehlt sich den Lesern des „Vorwärts“ zu billigsten Preisen. 111

Masken-Garderobe

höchst elegant. 54 **A. Tilgener,** Prinzessinnenstr. 15 11. Den Genossen empfehle meine reichhaltige Masken-Garderobe. (2 J) **A. Fay,** Köpnickstr. 51/52, 1 Et

Teppich-

Ausverkauf! Wegen Abriß des Hauses verlaufe: **Sophateppiche** à 4, 6, 8-15 M. **Salon-teppiche** à 12, 15, 18-30 M. **Haalteppiche** à 22, 25, 30-50 M. in nur besten Qualitäten und neuen Mustern. Reichhaltige Auswahl in Vorhängen, Gardinen, Tischdecken, Küstertüchern u. weit unterm Kostenpreis. **Teppich-Fabrik Leipzig** Leipzigerstr. 31. Bitte genau auf „Nr. 31“ zu achten.

Möbel, Spiegel und

Polsterwaaren. eigener Gr. Lager, bill. Preise. **Fabrik Emil Heyn,** Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Danksagung. Allen Freunden und Bekannten, sowie dem Trauerverein, dem Sängerverein der Pöcher, und dem Sängerkorps sagen wir hiermit für die erwiesene Theilnahme am Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Bruders und Schwagers, **Anton Ludwig,** besten Dank. Die Hinterbliebenen. [5 J]

General-Versammlung der Kranken- u. Sterbe-Unterstützungs-Kasse der Bergolder

und Berufsgenossen (E. S. Nr. 19) am Sonntag, den 25. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Kautenberg,** Wasserthorstraße 54. Tages-Ordnung: 1. Jährlicher Kassensbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.** 327

Leje- und Distriktsklub „Fenerbad“.

Am Sonnabend, den 10. Januar, Abends 9 Uhr, bei Schröder, Reichensbergerstraße 24, Sitzung. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. 209 **Der Vorstand.**

Mitglieder-Versammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler

(Centrale Verwaltung Berlin 6) Sonntag, den 11. Januar, Vormittags 11 Uhr, bei **Solmann,** Andreasstr. 26. Tages-Ordnung: 1. Bericht vom freien Hilfskassen-Kongress. 2. Anschluß an den Metzerverband. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nötig. Mitgliedsbuch legitimirt. [306] **Die Ortsverwaltung.**

Große öffentliche Versammlung sämtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen

beschäftigten Arbeiter am Sonntag, den 11. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei **Säger,** Grüner Weg 29. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Lütgenau über das Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz. 2. Diskussion. 3. Abrechnung der Werkstatt-Kontrollkommission. 4. Wahl einer Agitations-Kommission. 5. Bericht der Delegirten der Berliner Streifen-Kontrollkommission. 6. Verschiedenes und Fragelasten. 147 **Die Werkstatt-Kontrollkommission.**

Versammlung des Vereins der Wäschezusneider

und verw. Berufsgenossen am Montag, den 12. Januar, Abends 9 Uhr, in der **Brauerei Pfefferberg,** Schönhauser Allee. Tages-Ordnung: 1. Vierteljahresbericht. 2. Jahresbericht. 3. Diskussion. 4. Wahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes. 6. Fragelasten. **Der Vorstand.** 8 J

Männergefang „Enefelder“

Sängerschaft nach Heiligensee am 18. Januar 1891. Treffpunkt: Weddingpark, Weddingplatz. Kollegen, die gewillt sind, sich an der Partie zu beteiligen und noch nicht in den Listen eingetragen sind, wollen sich bis spätestens Montag, d. 12. d. M., schriftlich melden bei **M. Obier,** N. Brunnenstr. 88 v. [1 J] **Der Vorstand.**

Jahrgänge von sozialdemokratischen Blättern und Broschüren sozialdemokr. Richtung aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz werden zu kaufen gesucht. Gest. Offerten sub J. K. 5774 an **Rudolf Mosse,** Berlin SW. M

Polirte Rohrstühle

kauft man 50 bis 100 pCt. billiger aus erster Hand, als in den Möbelgeschäften am Plage. Ich offerire: Einfache Rohrstühle a Stück 2.- M. Bessere Sorten „ „ 3 1/2 „ Runde Wiener Stühle „ „ 4 1/2 „ Gehrleite „ „ 5.- „ B. Rohr-Lehnstühle „ „ 6.- „ Tafelstühle „ „ 7.- „ Sämtliche Stühle sind solid und dauerhaft gearbeitet. Versandt nur gegen Nachnahme. Verpackung wird nicht berechnet. Illustrierte Preisverzeichnisse franko. 13 J

Reinhard Rossleben,

Poliermeister, **Hilmsdorf** bei Beringwalde i. S. **Meyer's Lexicon,** wissenschaftl. Wörter, Brohm, Weltgeschichte kauft **A. Hannemann,** Kochstraße 56, Fernsprecher 1e 4027. 75

Öffentliche Versammlung für Männer u. Frauen des Leseklubs „Karl Marx“

am Sonntag, den 11. Januar, Abends 6 Uhr, auf der Berliner Bockbräuerel. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Lütgenau** über: Die Stellung der Sozialdemokratie zur Kirche? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nachdem geselliges Beisammensein mit Tanz. **Der Vorstand.** 10 J

Große öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

am Sonntag, den 11. Januar, Abends 6 Uhr, in den „Zentral-Festhallen“, Oranien-Strasse No. 130. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Der Kampf um das Dasein im Arbeiterleben“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Geselliges Beisammensein. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein **Die Beauftragten.** 153

Gauverein Berliner Bildhauer.

General-Versammlung am Dienstag, den 13. Januar 1891, bei **Fensterstein,** Alte Jakobstrasse 75. Tages-Ordnung: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes. — Die Versammlung wird pünktlich um 7 1/2 Uhr eröffnet. **Der Vorstand.** 116

Berein der Eisen- und Metaldreher Berlins und Umgegend. Beschließende Versammlung

am Sonntag, den 11. Januar 1891, Vormittags 10 Uhr, bei **Keller,** Bergstrasse 68 (oberer Saal). Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Alwin Förster.** 2. Diskussion. 3. Abrechnung pro 4. Quartal 1890. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Anträge und Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.** 144

Große öffentliche Versammlung sämtl. Textilarbeiter u. Arbeiterinnen.

als da sind: **Weber, Wirker, Spinner, Sticker, Färber, Seiler, Posamentirer,** am Sonntag, den 11. Januar, Vorm. 10 1/2 Uhr, im grossen Saal des Herrn **Joël,** Andreas-Strasse No. 21. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu unserem Fachblatt „Der Textilarbeiter“. Referenten **A. Behr-Gera** und **Alfons Freyer-Kottbus.** 2. Kontrollmarke für deutsche Textilarbeiter. Referent **A. Reichelt-Gemmy.** 3. Verschiedenes. — Alle Textilarbeiter und Arbeiterinnen, sowie alle Wollwaaren-Händler sind zu dieser Versammlung, weil dieselbe besondere Wichtigkeit für dieselben hat, eingeladen. **Der Einberufer.** 7 J

Erste grosse General-Versammlung des Vereins der Plätterinnen und verw. Berufsgen. Berlins

am Montag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, in „**Bötzow's Brauerei,** Prenzlauer Allee.“ Tages-Ordnung: 1. Vierteljahresbericht. 2. Jahresbericht. 3. Geschäftsbericht des Vorstandes. 4. Wahl des Gesamtvorstandes. 5. Berathung über den Antrag des **Frl. Wurzel** und Gen. 6. Verschiedenes. 243

Große öffentliche Versammlung d. Steindrucker, Lithographen u. Berufsog., Schleifer u. Präger,

sowie der in der Branche beschäftigten Arbeiterinnen am Mittwoch, den 14. d. M., Abends 9 Uhr, im **Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee No. 11-13.** Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Diätenfonds. 2. Bericht der Delegirten vom Kongress. Referenten **Kollege Mescha** und **Rose.** 3. Diskussion. 4. Bericht der Delegirten der Streifen-Kontrollkommission. Referent **Kollege Seidel.** 5. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt. 261 **Der Einberufer.**

Reinickendorf. Große öffentliche sozialdemokratische Volksversammlung

Sonntag, den 11. Januar, Nachmittags 1 1/2 Uhr, im Restaurant „**Seeschlösschen,** Märk-Strasse No. 2.“ Tages-Ordnung: 1. „Die Segnungen des Aberglaubens“. Referent Herr **Vötkel-Magdeburg.** 2. Diskussion. 3. Gründung eines Arbeiter-Bildungs-Vereins. 4. Wahl eines Vertrauensmannes für Reinickendorf. 5. Verschiedenes. — Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.** 154

Vereinigung der Drechsler Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin).

Januar-Versammlungen: **Jahrestelle I:** Sonntag, den 11. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei **Rehner,** Annenstraße 16. Vortrag des Stadtd. Jubel über die Bedingungen zur Altersversorgung. **Jahrestelle II:** Sonntag, den 11. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei **Deigmüller,** Alte Jakobstraße 48 a. **Jahrestelle III:** Mittwoch, den 14. Januar, Abends 8 Uhr, bei **Solmann,** Andreasstraße 26. **Jahrestelle IV:** Dienstag, den 13. Januar, Abends 8 Uhr, bei **Snadt,** Brannenstraße 38. **Jahrestelle V:** Dienstag, den 13. Januar, Abends 8 Uhr, bei **Seeger,** Grüner Weg 29. Vortrag. **Jahrestelle VI:** Montag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, bei **Jeuter,** Mäuzstraße 11. **Jahrestelle VII:** Montag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, bei **Reyer,** Alte Jakobstraße 83. Vortrag. Um zahlreichen Besuch bitten **Die Bevollmächtigten.** NB.: Am 18. Januar, Vormittags 10 Uhr, findet Annenstraße 16 eine kombinierte Mitglieder-Versammlung, und am 31. Januar ein Maskenball in der Unions-Brauerei statt. 156

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren,

reelle Waaren zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt **Franz Tutzauer,** S.-O., Köpnickstr. 23, nahe d. Köpnick-Brücke.

Parlamentarisches.

In der am 8. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats legte der Vorsitzende, Vizepräsident des Staatsministeriums, Staatssekretär des Innern Dr. v. Bötticher, ein Schreiben des Präsidenten des Reichstags vor, wonach der letztere die ihm vorgelegte Denkschrift über die Ausführung des seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetzes zur Veranlassung gezogen und anerkannt hat, daß durch die Vorlegung der Denkschrift den Bestimmungen der betreffenden Gesetze genügt worden ist. Die Vorlage wurde auf den Vorschlag des Vorsitzenden dem Ausschuss für Rechnungswesen überwiesen. Mit der bereits erfolgten Ueberweisung der Gesetzentwürfe über die Kosten in Grundbuchachen, sowie über Wasserbenutzung und Wasserschuld für Elbstadt-Vorbringen und der Vorlage, betreffend Formulare zur Ausfertigung der Genehmigungs-urkunden für bewegliche Dampfschiffesessel pp. an die zuständigen Ausschüsse erklärte sich die Versammlung einverstanden. Von der Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der See-Verfügungsoffen-schaft für das Jahr 1889 nahm dieselbe Kenntnis. Dem Gesetzentwurf, betreffend die kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika, dem Entwurf eines Vertrages zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Aufhebung des Abkommens über die Abfahrtsgebühren (wie wir schon in der vorigen Nummer an gleicher Stelle kurz berichteten), und den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elbstadt, Vorbringen für 1891/92, wurde die Zustimmung erteilt. Einmal wurde über den Sr. Maj. dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschlag wegen Wiederbesetzung der erledigten Stelle eines ständigen Mitgliedes im Reichs-Verfassungsamt Beschluß gefaßt. Mit der Vorbereitung des Vorschlags an Sr. Majestät für die Wiederbesetzung der Stelle des Präsidenten des Reichsgerichts wurde der Ausschuss für Justizwesen beauftragt.

Korrespondenzen und Parteinarbeiten.

Heute gelangt zur Ausgabe die 2. Nummer der „Gazeta Robotnicza“, unseres polnischen Bruderorgans. Dieselbe enthält einen Leitartikel über die Arbeiterschutzes-Gesetze, einen zweiten Artikel mit der Ueberschrift „Bete und arbeite“. Der Rubrik „Wie geht es den Arbeitern?“ enthält eine Schilderung der Lage der Bergarbeiter in Oberschlesien und Notizen über Streiks. Die politische Rundschau enthält Notizen: den Stempelsteck zu Gunsten des Herrn von Lucius, über die ruthenische radikale Partei in Galizien und polemische Ausfälle gegen die polnische Bourgeois-press. Das Feuilleton enthält eine kleine Erzählung „Am Weihnachtabend“. Abonnementsanmeldungen sind zu richten an den Verleger, Genossen Wladislaus Kurowski, Berlin SW., Douth-straße 2, 4 L.

Arnswalde, N. M. Hier im äußersten Osten der Provinz, zwischen Pommern und Westpreußen, wo der Großgrundbesitz die Hauptrolle spielt und auch die Großindustrie schon vertreten ist, hat man immer gesagt, daß hier keine Sozialdemokratie existiere. Aber schon die letzte Wahl am 20. Februar hat gezeigt, daß auch hier nicht alles Gold ist, was glänzt betreffs der Arbeiterverhältnisse. Denn hier wurde zwar nur eine Versammlung abgehalten, und doch war schon der achte Teil aller abgegebenen Stimmen sozialistisch, was damals allgemeines Aufsehen erregte. Wir hatten am Sonntag, den 4. Januar d. J., eine große öffentliche Volksversammlung, in welcher Genosse Millarg-Berlin über den Parteitag in Halle Bericht erstattete. Solche Arbeiter-Versammlung hat Arnswalde noch nicht erlebt, es waren wohl 300 bis 400 Personen anwesend, ohne diejenigen, welche außerhalb des Saales an den offenen Fenstern standen und ohne die, welche fortgegangen waren, weil sie keinen Platz im Saal erhielten, der schon eine halbe Stunde vor Anfang der Versammlung gesperrt war. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in treffender Weise, oft von lebhaftem Beifall unterbrochen, in ungefähr 2 1/2 stündiger Rede. Derselbe hat zur vollen Zufriedenheit seiner hiesigen Mandatgeber gewirkt und durch die passenden Hinweise auf unsere hiesigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die hiesigen Arbeiter, sowie die ländlichen Arbeiter von den umliegenden Gütern für unsere Sache gewonnen. Der Erfolg der Versammlung war noch weiter, daß beschlossen wurde, einstimmig einen Arbeiter-Bildungsverein zu gründen. Es wurden auch gleich 4 Genossen gewählt zur Ausarbeitung von Statuten. Dann wurde die Genossen Karl Prochnow aus Bernsee als Vertrauensmann für den Arnswalder Kreis und Albert Semmrich aus Arnswalde,

Stavinstroße 9b, als Vertrauensmann für die Stadt Arnswalde einstimmig gewählt. Diskussion fand nicht statt da sich, trotz mehrmaliger Aufforderung, Niemand von den anwesenden Gegnern meldete. Gegen 100 polnische Zeitungen (Probenummer der „Gazeta Robotnicza“) wurden verteilt, dieselben wurden von den polnischen Landarbeitern förmlich verschlungen. Wir haben damit hier ein ausgezeichnetes Agitationsmittel in Händen zum Kerger unserer Gegner. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Ottensen. Eine Hausdurchsuchung wurde vorgestern in der Expedition der hiesigen „Norddeutschen Volkszeitung“ vorgenommen. Dieselbe verlief aber resultatlos. Die Polizei suchte eine Korrespondenz aus Kiel, welche in der Zeitung abgedruckt war und eine Beleidigung des Kieler Krankenhaus-Kollegiums enthalten soll, wegen welcher gegen den Redakteur Stengels eine Anklage erhoben worden ist.

Düsseldorf, 8. Januar. Am 7. Januar wurde hier der Genosse Menzler, Vorsitzender des deutschen Schneiderverbandes, und die Birthin, wo der Verband tagt, zu je 20 M. verurteilt, weil in der außerordentlichen Mitgliederversammlung, wo Frau Jeyer gesprochen hatte, Gäste anwesend waren.

Salzstadt, N. Berg. Redakteur der „Sonntags-Zeitung“, wurde wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Blankenburg zu 100 M. Geldbuße ev. 20 Tagen Haft verurteilt.

Leipzig-Anger, 8. Januar. Der Genosse E. Eger in Leipzig-Anger ist in Untersuchung genommen worden erstens wegen des Vergehens gegen die Verordnung vom 14. Juli 1849 (Tragen republikanischer Abzeichen), ferner wegen unerlaubten Sprechens am Grabe. Der Anklage liegt folgender Vorgang zu Grunde: Anfang November wurde ein Parteigenosse begraben, Eger trug einen Kranz mit rother Schleife; am Kirchhof angelangt, war der Geistliche noch nicht da, deshalb sprach Eger bei der Niederlegung des Kranzes ungefähr wie folgt: „Du warst uns ein treuer, braver Genosse, ruhe in Frieden.“ Da trat der Geistliche heran und Eger war ruhig.

Braunschweig, 8. Januar. In der heutigen Sitzung des Landgerichts, Saalnummer II, wurde gegen den Tischler Ebeling aus Hamburg wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen. Der Staatsanwalt Hüstedt hatte 1 Jahr 8 Monate beantragt, das Gericht erkannte der Jugend des Angeklagten wegen auf 1 Jahr. Die Untersuchungs-Zustand währte 7 Wochen. Nachdem die Öffentlichkeit wieder hergestellt war, bat der Angeklagte um Strafschub, ihn auf freiem Fuß vorläufig zu lassen, da er seine Mutter noch vor Antritt seiner Strafe besuchen wollte. Dies wurde seitens des Gerichts abgelehnt.

Chemnitz. Die in Nummer 5 unseres Blattes gebrachte Notiz über die Verweigerung von Ueberweisung unseres hiesigen Partei-Organs seitens der Chemnitzer Post ist zwar richtig, falsch sind aber, wie uns geschrieben wird, die Konsequenzen, welche aus dieser Thatsache gezogen werden. Die Post ist nur verpflichtet, in einem bestimmten Verhältnisse zu den abonnierten Exemplaren Ueberweisungen anzunehmen. Da das Verhältnis überschritten war, so war die Post im formellen Rechte, weitere Ueberweisungen nicht anzunehmen. Wir bedauern über den Fall unzutreffend berichtet zu haben.

Mey. (Neue Schrauben.) In der Sitzung der Strafkammer des kaiserl. Landgerichts Mey vom 18. d. Mts. wurde Genosse Beck zum zweiten Male wegen unerlaubter Kolportage prozessiert — und freigesprochen! — weil er das Abonnement der „Arbeiter-Chronik“ für eine Anzahl Genossen befragt hatte. Nach dem mündlich gesprochenen Urtheil ist jedoch, entgegenge-setzt dem Ertrichter, die Anwendbarkeit des Art. 8 des Gesetzes vom 27. Juli 1848 auf Zeitungen ausgesprochen worden, welche in Deutschland resp. Elbstadt-Vorbringen erscheinen und von der Post befördert und verteilt werden, und ist Genosse Beck nur wegen unzureichender Thatumstände zum zweiten Male freigesprochen worden. Die beschlagnahmten Zeitungen wurden nicht zurückgegeben, weil die Staatsanwaltschaft wahrscheinlich noch Revision einlegen will. Es ist deshalb vom Genossen Beck Beschwerde erhoben.

Zu solchen Prozeduren giebt aber das Gesetz, welches in Artikel 6 die besondere beständige Erlaubnis ausdrücklich nur für Bücher, Schriftstücke, Flugblätter, Stich- oder Steindrucke vorschreibt und die entsprechende Behandlung von Zeitungen und

Zeitschriften ausdrücklich anderen Vorschriften unterwirft, keinen Anhalt, während die Hauptfragen über Existenz, Erscheinung und Verteilung der Zeitungen und Zeitschriften durch besondere Ge-setze geregelt erscheinen.

Es ist bisher auch nie von einer französischen oder deutschen Staatsbehörde eine solche Interpretation versucht worden und widerspricht eine solche Auslegung dem Sinn und Wortlaut des Gesetzes, der Natur der Sache und den gesetzlichen Rechten, sowie den Rechten der Staatsbürger als auch der Staats- und Postverwaltung, welche eben solche Präferenzdistinktion nicht kennen und frei, ohne Kontrolle, diejenigen Zeitungen und Zeitschriften, welche den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen und deshalb den Post-Debit erhalten haben, verteilen dürfen resp. verteilen lassen dürfen. Gleichwohl dürften die neuen Vorkommnisse in Kolmar mit diesem Versuch der fraglichen Gesetzesbestimmung einen unrichtigen Sinn unterzuschleichen, zusammenhängen, worauf wir die rechtsländischen Genossen hiermit aufmerksam gemacht haben wollen.

Herr Rechtsanwalt Heyder, welcher den Genossen Beck ver-theidigt hat, hob alles dieses energisch hervor, er bewies, daß frühere derartige Verfolgungen niemals auf Art. 6 des gedachten Gesetzes, sondern auf Art. 2 des Gesetzes vom 17. Februar 1852 über Behandlung ausländischer Zeitungen basirt sind und pro-testirte insbesondere gegen den Polizeibericht und die staats-anwaltschaftliche Anklage, welche in gesetzlich keineswegs zu recht-ferdigender Weise die Zugehörigkeit Beck's zu einer gewissen politi-schen (nämlich zur sozialdemokratischen) Partei als Thatumstand für Anwendung des Gesetzes geltend gemacht habe.

Lokales.

Zum Kapitel der Wohnungsnoth unter den Arbeitern liegt in den Zahlen des städtischen Verwaltungsberichts pro 1889/90 ein neuer sehr interessanter Beitrag vor.

| | |
|---|---------|
| Danach betrug die | |
| Zahl der Grundstücke in Berlin 1889/90 | 21 974 |
| „ „ „ „ 1888/89 | 21 262 |
| ergiebt ein Plus von 712 | |
| Gesamtzahl der Wohnungen und Gelassen 1889/90 | 380 966 |
| „ „ „ „ 1888/89 | 361 834 |
| ergiebt ein Plus von 19 132 | |
| Von obigen Wohnungen und Gelassen waren ver-miethet 1889/90 | 371 010 |
| Von obigen Wohnungen und Gelassen waren ver-miethet 1888/89 | 353 818 |
| ergiebt ein Plus von 17 692 | |
| Das heißt, die Gesamtzahl der unvermienteten Woh-nungen und Gelassen betrug 1889/90 | 9 956 |
| „ „ „ „ 1888/89 | 8 516 |
| ergiebt ein Plus von 1 440 | |

Mit anderen Worten heißt das: Das soziale Elend unter der ärmeren Bevölkerung hat in dem Jahre der künstlichen Preis- und Fleischvertheuerung so enorm zugenommen, daß die Zahl der in Berlin leerstehenden Wohnungen in unverhältnismäßigem Um-fang zur Zahl der neugeschaffenen Wohnungsgelegenheiten und der zugezogenen Personen zugenommen hat, wie wir gleich aus-führen wollen.

Das Jahr 1890 war ein für Entfaltung der Bauhätigkeit notorisch ungünstiges. Die anziehende Geldkrise und die Theu-erung der Materialien führten zu einer zeitweise gänzlichen Stockung der Bauhätigkeit. Der Jahresbericht eines bekannten Hypothekengeschäfts konstatirt, daß die Bauhätigkeit in Berlin sich stark abschwächte, weil die Inhaber von Baustellen zu ferne-rem Verkauf ohne Auszahlung nicht zu bewegen waren und weil dem Bausgeschäft die früher so kräftig einwirkende Stütze der Grundkredit-Banken entzogen wurde, welche ihre eigenen Pfand-briefe nicht unterbringen und daher keine Bausgelder ausleihen konnten. Es ist also feststehend, daß die Anzahl der Neubauten im Jahre 1890 gegenüber früheren Jahren eine sehr verminderte war. Wenn trotz dieser Einschränkung der Bauhätigkeit und trotz des kolossalen Bevölkerungszuwachses, wie er durch die Volkszählung festgestellt ist, die Anzahl der leer gebliebenen Woh-nungen sich neuerdings um 1440 vermehrt hat, dann bedarf es kaum eines neueren Beweises für die materielle Verschlechterung der Lebenshaltung der unteren Volksschichten.

Jedenwo geblieben müssen die Arbeiterfamilien doch sein, welche ihr Wohnungsbedürfnis in Berlin nicht befriedigen konnten. Sie haben sich einfach den Außenbezirken, den Vor-

Rothemburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525.

Von Wilhelm Bloß.

(32. Fortsetzung.)

„Das glaub' ich nicht,“ meinte Schäferhand.
„Weil Ihr die Weisheit eines hohen Rath's nicht er-fasset,“ sagte der Junker mit lächelnder Ueberlegenheit. „Denn die Stadt soll dem Tuschfischen viertausend Gulden Brand-schätzung geben, auf daß er sie nicht überzieht. Solche Steuer aber zahlt Niemand gern, und so hat ein ehrbarer und weiser Rath den Menzinger beauftragt, die Brand-schätzung einzutreiben. Da schreien denn die Gevatter, daß der Menzinger, der sonst doch ein Anführer und Redner, sie plündern will. Wisset, ein hoher Rath kennt sein Stadtoolk.“

„Ah, sehr fein,“ sagte der Schäferhand schmunzelnd.
„Da werden sie freilich den Menzinger in der Bräbe fieden lassen.“

„Das will ich meinen,“ antwortete der Junker.
Es pochte an die Thür und ein Mann trat ein in zer-lumpter Kleidung; mit scheinbar gleichgültiger Miene, ein Bettler von Profession.

„Was bringst Du?“ frug der Junker. Der Zerlumpte war ein Spion.

„In des Menzingers Haus stehen Pferde gefattelt,“ antwortete der Randschäfer; der Menzinger selbst ist mit der Menzingerin und dem Fräulein von Badell in der Jakobs-kirche, um die Predigt zu hören. Die Badell wohnt bei ihm, er hat sie aufgenommen.“

„Das Bestere wissen wir,“ sagte Junker Kunz barsch,
„weist Du nichts von dem Doktor Karstadt?“

„Rein!“

„So such, wo er verborgen liegt!“

„Die Herren denken sich solch ein Fürnehmen auch leichter als es ist,“ sagte der Spion und hielt seine Hand hin.

Der Junker zog den Beutel und ließ ein Stück Geld in die Hand des Spionen fallen, worauf der Zerlumpte verschwand.

„Wir greifen den Menzinger, wenn er aus der Kirche kommt,“ sagte Schäferhand. „Denn er wittert Unrath und will entretten. Die Predigt wird ihm schwerlich frommen.“

„Ich thu' mit,“ sagte Junker Kunz, „ich hab' eine Freude dran, wenn wir ihn demüthigen.“

Dann wandte er sich an die Stadtknechte:

„Wenn Alles glatt geht und der Menzinger im Thurm liegt, dann soll ein Jeder einen großen Krug Wein haben!“

„Topp!“ schrie einer der Knechte, ein wüster Gesell mit einem gemeinen, aufgedunsenen Gesicht, „den Krug Wein wollen wir uns verdienen!“

Sie wappneten sich.

Derweilen hörte Stefan von Menzinger in der Jakobs-kirche andächtig der Predigt zu; neben ihm saß seine Haus-frau und neben ihr Agnes von Badell, die im Menzingerschen Haus eine Zuflucht gefunden. Das gab den Leuten wieder Manches zu reden; doch kamen in dieser bewegten Zeit zu viel solcher Dinge vor, als daß man sich allzu lang dabei aufgehalten hätte. Die ganze alte Ordnung schien ja aus den Fugen gegangen zu sein; da mochte wohl auch die Tochter eines alten Geschlechts verstoßen und auf Gast-freundschaft angewiesen sein, und die mäßigen Jungen hatten noch andere Beschäftigung.

Es predigte an diesem Sonntag der Doktor Deutschlin zu der Gemeinde. Die Vornehmen waren zu Haus geblieben; sie waren dem Volksprediger lange gram, der ihnen anwies, wie sie sich an dem armen gemeinen Mann versündigt. Aber die ärmeren Bürger, die strömten zusammen und lauschten begierig dem Hauptpfarrer. Er sollte ihnen Trost spenden in dieser schweren Zeit, da der Stern der Freiheit kaum am Himmel aufgegangen und schon wieder mit trüben Wolken verhüllt war.

Doktor Deutschlin sprach ihnen Muth ein. Jetzt müßten die christlichen Brüder, die Bauern draußen auf dem Lande,

schweres Ungemach erdulden, sprach er, der Uebermuth der Herren, die noch jüngst so klein gewesen und sich geduckt, sei wieder geschwollen, wie dem Kampfahm der Kamm. Aber nicht die Bauern selber hätten verschuldet, was ge-kommen, sondern die Herren mit ihrem Stolz und ihrer Gier, die den gemeinen Mann also bedrückt, daß ihm das Joch unerträglich geworden. Und so kam der brave Pfarrer ins Feuer und seine Worte wurden derb, wie es damals bräunlich war, denn er sprach, die den armen Leuten wollten an Allem die Schuld aufladen, die wären Hunde und Schweine.

Grobheit erfrischt gar manchmal verzagte Gemüther und so auch hier. Die Gemeinde ward sichtlich durch des Haupt-pfarres Predigt gehoben. Als der Gottesdienst zu Ende war, da vernahm man allerlei Redensarten, während die Menge hinausströmte, da sprachen sie davon, daß der Pfarrer von Neusitz gepredigt habe, er vermöge einen Rebel zu machen, daß dreihundert Mann ungesehen in die Stadt kommen müßten.

Das Wäfflein hat wohl selbst einen Rebel in seinem Kopf!“ rief Meister Pfreim, der Schneider, der erst zur neuen Lehre gestanden war, jetzt aber wieder zum Rathe neigte.

„Meint Ihr, Meister Windsahne?“ sagte Kilian Etzschlich, der Tuschfischer. „Wir gedenken wohl noch mehr, denn dreihundert Mann in die Stadt zu bringen.“

„Das wird man einem hohen Rath anzeigen,“ rief Meister Pfreim.

„Pfiu, Spion!“ antwortete Kilian Etzschlich.

In diesem Augenblick trat Stefan von Menzinger mit seiner Hausfrau und mit Agnes von Badell aus dem Portal der Kirche.

Alle schauten auf ihn und seine stattliche Erscheinung. Er trug sein Haupt stolz wie immer; der prächtige schwarze Kamlotmantel, der von seinen Schultern fiel, ließ seine Gestalt noch größer und aufsehender erscheinen.
„Lasset doch den Schneider!“ sagte er zu dem Tusch-

orten Berlins, zugewendet. Das stimmt nicht nur mit unseren eigenen Wahrnehmungen, das bestätigt auch der eingangs erwähnte Jahresbericht, der den Großhandel in zünftigen Bauräumen um Berlin herum — auch unbeeinträchtigt von dem Stande des internationalen Geldmarkts und den sonstigen Fährlichkeiten des Baugeschäfts — eine bedeutende Zukunft voraussagt, da das Ergebnis der Volkszählung dem Großhandel zu Statten komme. Das bestätigen auch die zahlreichen neuen Projekte, welche eine fröhliche Spekulation auf Tapet bringt und von denen wir vor Kurzem erst einen charakteristisch haben.

Aus der Statistik erfahren wir ferner, welcher Art die neu geschaffenen Wohnungen waren. Denn dieselbe giebt das Plus des Mietwerts der vermieteten bzw. von den Eigenthümern benutzten Wohnungen auf 14 080 372 M. an, was auf obige 17 692 mehrvermietete Wohnungen einen Durchschnittsbetrag von 799 M. pro Wohnung darstellt.

Man sieht also auch aus der Statistik, daß die neu geschaffenen Wohnungen nur dem Wohnungsbedürfnis der Bourgeois zu Gute kommen.

Wie arg die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung sich zuspitzen haben müssen, erhellt endlich daraus, daß selbst der „Rück“ — Pardon „Fortschritt“ — der städtischen Kommunalverwaltung sich genötigt sah, den famosen Baumheiser Wohlgenuth einen, die Wohnungsverhältnisse betreffenden, Antrag einbringen zu lassen.

Die Folgen dieses Antrages werden wir ja bald spüren. Jetzt wird sich die Kommunalverwaltung wohl mit der Frage — fast hätten wir „befassen“ gesagt. Nein, befassen im praktischen Sinne werden sich unsere Stadtoäter kaum mit der Angelegenheit.

Im günstigsten Falle dürfen wir wohl darauf rechnen, daß „Erhebungen“ angefertigt werden.

Solche Erhebungen sind eine sehr gute Gelegenheit über den Kern der Sache hinwegzuschleichen.

Auch die Regierung läßt seit längerer Zeit schon Erhebungen anstellen über die Wohnungsverhältnisse der unteren Beamten in Kachen, Breslau, Köln, Elberfeld, Barmen, Magdeburg, Hannover und Altona, in der Absicht, selbst Wohnungen für ihre gering besoldeten Beamten zu bauen. Die Erhebungen der Regierung erstrecken sich auf die Bedürfnisfrage, das Verhältnis der Gehaltsbezüge zu den Wohnungspreisen, die Heizbarkeit, Ueberfüllung der Wohnräume und Entfernung der Wohnung von dem Ort der Thätigkeit der Beamten.

In welcher Richtung sich die Erhebungen der Stadtverwaltung bewegen werden, wissen wir nicht. Wahrscheinlich wird man zunächst die Bedürfnisfrage erörtern, — was alle Welt mit Händen greifen kann, ohne Statistik und ohne Erhebungen, sondern mit Hilfe des Organes der Echthätigkeit —, um dann vielleicht überzugehen auf eine Erhebung über die Zahl der disponiblen städtischen Grundstücke, die Lage der eventuell zu expropriierenden Terrains etc.

Wie aber, wenn nun die „Erhebungen“ ergeben werden, daß die Mißstände nicht zu beseitigen sind durch den Regiebau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen, weil keine genügende Anzahl von Terrains erreichbar wäre? Und, wenn selbst diese Frage zu Gunsten der Regiewohnungen ausfallen wird. Was wird geschehen, wenn die Erhebungen ergeben sollten, daß die Möglichkeit der Herstellung billiger Wohnungen zwar vorhanden ist, aber nicht die Deckung der hierfür notwendigen Mittel mit Sicherheit in Aussicht steht. Dann wird wohl nichts geschehen. Dann wird man sich wohl mit dem Bewußtsein abfinden, daß das Gute einmal gewollt zu haben. Lange hat es ja gedauert, ehe die „Rück“ — Pardon — „Fortschritt“-Versammlung im hohen Hause überhaupt aus ihrer Selbstorgie hinsichtlich der Wohnungsangelegenheit erwachte. Wir fürchten sehr, die ganze Sache ist jetzt, nachdem die Bauspekulation und die Aktienpekulation das Bett abgeschöpft haben, schon post festum. Wer wird auch glauben, daß die Gemeindeverwaltung für derartige gemeinnützige Schöpfungen Gelder opfern werde. Sie braucht ihre Ueberschüsse ja zu Fest- und Zweckgelagen.

Wir erhalten folgendes Schreiben: In Erwiderung Ihres Artikels vom 23. v. M. betreffend die „Fabrikordnung“ der Zigarrenfabrik von W. B. in der Reichenbergerstraße erlauben sich Unterzeichnete zu erklären, daß der Passus: „Arbeiter, welche im Laufe der Woche willkürlich ihre Arbeit verlassen, haben keinen Anspruch auf Lohn,“ sich nur auf Arbeitsbüchsen bezieht, da es wiederholt vorkommt, daß dieselben bei schönem Wetter, Paraden und dergleichen ihre Arbeit willkürlich verlassen und so die übrigen Arbeiter gezwungen sind 1 bis 2 Tage stille zu stehen, wodurch dem Prinzipal ein erheblicher Schaden erwächst. Auf Veranlassung des Personals ist obengenannter Passus dahin abgeändert, daß er sich nur auf Arbeitsbüchsen und Stein- schleifer haben mit oben Gesagtem nichts zu thun, sondern haben sämtlich 14 tägige Kündigung. Eine Fabrikordnung besteht im Geschäft überhaupt nicht. Um Ausnahme des Artikels im Interesse der Arbeiter bitten:

H. Becker, C. Metten, A. Karthäuser, R. Seeland, R. Große, Eug. Strieder, C. Mundhaf, F. Fehlow, M. Jarmuszewicz, G. Haber, Rahn, Handke, Friebe, C. Becker, D. Hofmann, G. Steuert, R. Klingberg, F. Kappe, A. Schulze, J. Nielas, W. Tagermann, H. Heindel, F. Groth, J. Pötting, Meißner, D. Schuhr.

scheerer, „der wird die evangelische Sach nicht auf den Kopf stellen!“

Die Nächsten lachten; Meister Kilian aber in seinem Zorn rief:

„Er ist ein Aufpasser und Zuträger des Rathes!“

„Das mag er sein“, antwortete Herr Stefan, „was kümmern uns seine Mäckenstücke!“

Sie gingen der Herrengasse zu. Unterwegs sah die Menzingerin, wie ein Goldschmied seinen Laden aufthat. Alle traten hinzu; die Menzingerin und Agnes besahen das Geschmeide und den Schmud, während Stefan von Menzinger mit dem Tuchscheerer in eifrigem Gespräch blieb.

Der Goldschmied hatte schöne Ringe ausgestellt.

„Möchtet Ihr wohl den Ring mit den schönen Granatsteinen haben?“ fragte die Menzingerin, Agnes anschauend.

Agnes witzelte.

„Ach, mir ist die Lust an solchem Tand vergangen,“ sprach sie.

„Nicht so trübe, liebes Kind“, sprach die Menzingerin, „Auch zu Euch wird eines schönen Tages der Rechte kommen mit einem Ringlein.“

„Jawohl, er wird kommen,“ scholl eine rauhe und rohe Stimme, „der rechte Mann, der Hecker, der Euch einen Ring an das Bein schmieben wird.“

Die Frauen lachten zusammen. Es war Junker Kunz Kreglinger. Hinter ihm blühten Helme, Harnische, Speiße und Schwert; die Stadtknechte brachen aus einem Seitengäßlein hervor, wo sie auf der Lauer gelegen.

„Greifet den Aufseher!“ rief Kunz Kreglinger.

Im Nu war der Menzinger umzingelt; der Tuchscheerer entfloß schnell. Herr Stefan vermochte nicht mehr seine Wehr zu ziehen; die Stadtknechte fielen ihm in den Arm. Er rang mit ihnen und der schöne Ramlott-Mantel fiel von seinen Schultern; das Barett mit der schönen, langwallenden weißen Feder ward unter die Füße der Stadtknechte getreten. Schreckensbleich standen Agnes und die Men-

Die über die Obersee führende Waisenbrücke liegt in einem der bedeutendsten Verkehrswege Berlins: gleichwohl ist dieselbe, wie die meisten aus früherer Zeit herkommenden Brücken als hölzerne Fachbrücke mit beweglichen Klappen hergestellt, und besitzt zwischen den Geländern nur eine Breite von 6,9 Meter, von denen der Damm 4,8 Meter, die beiderseitigen Bürgersteige je 1,1 Meter einnehmen. Daß bei dem stetigen wachsenden Verkehr die an der Brücke alljährlich erforderlich werdenden Ausbesserungen sich an Umfang und Kosten entsprechend vergrößern, daß ferner die durch solche Reparaturarbeiten, sowie durch das Ziehen der Klappen hervorgerufenen Störungen des Verkehrs bei der Zunahme des letzteren sich immer fühlbarer zur Geltung bringen, bedarf nur der Erwähnung. Unter solchen Umständen und da auch die Breite der Brücke den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen nicht mehr genügt, so ist schon seit geraumer Zeit die Stadt-Bauverwaltung mit dem Gedanken umgegangen, die besprochene Brücke zu beseitigen und durch eine mit festem Unterbau versehenen Bauwerk zu ersetzen. So lange indessen die Frage der Verbesserung des Spreelaufes im Inneren Berlins und mit dieser die Senkung des Hochwasser-Spiegels in der Ober- und Untersee nicht zur endlichen Erledigung gelangt war, konnte auch bei dieser Brücke, für welche die schwebende Regelung der Vorfluthverhältnisse eine Senkung von ca. 1,5 Meter in Aussicht stellte, der immer dringlicher werdende Umbau nicht in Angriff genommen werden. Nachdem jedoch die in Ausführung begriffene Spreeregulierung die angeordnete Vorfrage zu einer bestimmten und befriedigenden Lösung geführt ist, haben die städtischen Behörden sich dahin schlüssig gemacht, mit dem Bau einer neuen Brücke an Stelle der jetzigen Waisenbrücke vorzugehen. Die Mittellinie der Brücke schneidet die Richtung des Stromes unter einem Winkel von 90 Grad. An der Brücken-Vaustelle beträgt die Breite der See zwischen den zukünftigen Normaluferlinien gemessen 72 Meter. Die Breite der Brücke beträgt zwischen den Stützen 21 1/2 Meter; zwischen den Geländer-Rinnenkanten 20 Meter; von dieser nachbaren Breite wird der Fahrdamm 12 Meter und je 4 Meter die beiden Bürgersteige in Anspruch nehmen. Die Kosten für die Brücke einschließlich der die Aufrechterhaltung des Verkehrs erforderlichen Hilfskonstruktionen, sowie der Rampenanlagen u. v. w. sind auf 1 050 000 M. veranschlagt; hieron wird die Herstellung des eigentlichen Brückenbauwerks 885 000 M., die zur Aufrechterhaltung des Verkehrs während des Baues an der alten Brücke erforderlichen Veränderungen 40 000 M. und eine Anhebung und Regulierung der angrenzenden Straßen und Plätze 225 000 M. in Anspruch nehmen. Die Kosten für die Befestigung der Hochwassermauern sind in dem angegebenen Gesamtbetrag jedoch nicht enthalten. Der von der Stadt-Verordneten-Versammlung niedergesetzte Ausschuss zur Vorbereitung dieses Projekts hat dasselbe mit einer unwesentlichen Änderung genehmigt.

Die Generalversammlung der Medizinischen Gesellschaft war nur schwach besucht. Das Hauptinteresse des Abends nahm Birchow's Vortrag in Anspruch, den derselbe nach Untersuchungen an einer Reihe von Präparaten über die Wirkungsweise des Koch'schen Mittels hielt. Die Anschauungen des Pathologen über den wichtigen Punkt differieren nach verschiedenen Richtungen hin mit denen Professor Koch's. Herr Birchow hält dafür, daß die Meinung, die Koch'sche Injektion zerlöse das tuberkulöse Gewebe, zwar möglich, aber nicht erwiesen ist. Freilich zeigen sich in den untersuchten Theilen Zeichen des Zerfalls, es sei aber nicht über allem Zweifel erhaben, daß diese Wirkungskommission aus der Injektion selbst resultiren, da sie auch bei solchen Patienten gefunden wurden, welche niemals mit Koch'scher Lymph behandelt sind. Echte Tuberkel hat Birchow selbst in vielen Fällen untersucht, aber eine deutliche Veränderung an ihnen nicht gefunden. Zugleich trat der Vortragende der Ansicht verschiedener Beobachter entgegen, als rege die Lymph des Ausbrechens von Tuberkeln an, d. h. als erweise sie die Infektion von Stellen des Körpers, von der man ohne Injektion keine Vorstellung hatte. Birchow ist vielmehr der Meinung, daß dieser so viel unstrittene Vorgang sich auf folgende Weise besser erkläre. Daß die Injektionen eine Zerstörung an besonders alten, aber noch nicht abgestorbenen tuberkulösen Geweben hervorruft, ist, wenn auch nicht direkt zu beweisen, so doch sehr wahrscheinlich. Soviel steht fest, daß zu den affizierten Theilen ein mächtiger Blutzufluß stattfindet, durch welchen theils allein, theils in Verbindung mit der angenommenen Veränderung der tuberkulösen Gewebe ein Freiwerden von Tuberkelbazillen sehr wohl erklärlich ist. Diese Keime werden dann durch die Lymphgefäße verschleppt und siedeln sich an anderen Stellen an, so daß man eigentlich von einer neuen Infektion sprechen kann. Ueberhaupt ist Birchow der Meinung, daß die Injektion Koch'scher Flüssigkeit bei denjenigen Kranken schlecht wirken muß, von denen man von vornherein annehmen kann, daß ihnen die Kraft fehlt, die veränderten Massen auszuheften. Wenn die Patienten diese Expektoration nicht bewerkstelligen können, so ist es klar, daß die Bazillen, welche vor der Beweiskraft des Gewebes ruhig lagen und nun in Bewegung gekommen sind, neues Material für die Injektion bilden können, ja, sogar bilden müssen, wenn sie durch die Atmung in tiefere Lungentheile hinabgezogen werden. In Folge dessen fählt sich Professor Birchow verpflichtet, davor zu warnen, solchen Kranken Koch'sche Injektion beizubringen, deren Kräftezustand ein sehr niedriger ist, denn wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, daß sie von der Injektion zingieren; die letztere stürzte auf ihren Gemahl zu, ward aber von einem der Stadtknechte mit brutalem Fauststoß zurückgeschleudert.

„So helfet doch, ihr christlichen Brüder, helfet!“ schrie Menzinger dem zusammenströmenden Volke zu. Aber Alle blieben gaffend stehen, keine Hand rührte sich für den gefangenen Volksführer. Freig und ohne Ehrgefühl sahen sie zu, wie man Herrn Stefan abführte in die Gefangenschaft des Rathes, in einen festen Thurm den Mann zu werfen, der für die evangelische Freiheit das Wort geführt. Noch einmal rief der Menzinger: „Christliche Brüder!“ Aber unter der Menge standen auch Ehrbare von den Geschlechtern und Einer rief:

„Vieher, die Bruderschaft hat ein End!“

Da vermeinte Herr Stefan, der Ruf käme vom Volk und alle Hoffnung schwand ihm; er ergab sich in sein Geschick und die Stadtknechte führten ihn weg.

Die Menzingerin verzweifelt und wüthend, wollte dem Gatten nachstürzen, Agnes hielt sie zurück.

„So redet doch Ihr zu dem Volke!“ rief die Verzweifelte Agnes zu, „auf daß sie meinen Herrn befreien aus solch schimpflicher Gefangenschaft!“

Agnes schlug die Augen nieder.

„Das hilft nichts bei solchem Volke“, sprach sie. „So redet!“ rief die Menzingerin, die sich wie eine Ertrinkende an einen Strohhalm an diese Hoffnung anklammerte, „so redet doch zum Volke, sie werden Euch hören!“

„Ich kann nicht“, meinte Agnes. „Das wäre Sache eines Mannes.“

„Oh“, rief die Menzingerin, „Ihr habt ja auch die Sturmflut gegen das Würzburger Schloß getragen, wie ein Mann; drum möget Ihr auch reden!“

„Ich kann nicht!“ sagte Agnes.

„Ihr könnt nicht!“ sagte spöttlich Kunz Kreglinger, der in der Nähe gelieben war. „Out für Euch, daß Ihr nicht könnt, Jüngsterlein! Das würde Euer Raab voll machen oder gar überlaufen lassen!“

selbst sterben, was aber immerhin möglich ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sie der erneuten Gefahr einer zweiten Injektion ausgesetzt werden. In diesem Punkte stimmt also die von Birchow aus den Beobachtungen an Leichenstücken mit der von Klinikern am Krankenbette gewonnenen Anschauung überein, während über die Art der Wirkung der Koch'schen Lymph noch weitere pathologisch-anatomische Untersuchungen angefertigt werden müssen, ehe sich ein klares Bild und eine genügende Erklärung der an Lebenden gemachten Beobachtungen erzielen läßt.

Ueber die Kriminalstatistik Berlins hat das statistische Jahrbuch der Stadt Berlin für das Jahr 1888 aus den Erhebungen des kaiserlichen statistischen Amtes, sowie aus den Akten der Ministerien, des Polizeipräsidenten u. s. folgende interessante Daten festgestellt: In jenem Jahre sind hieselbst 12 719 Personen wegen Verbrechen und Vergehen verurtheilt worden, ganz abgesehen von den wegen Uebertretungen Verurtheilten. Von den 12 719 Personen waren 4089 (32,2 pCt.) vorbestraft. Die Verurtheilung erfolgte bei 2084 Personen (darunter 167 Frauen) wegen Verbrechen und Vergehen gegen Staat, Religion und die öffentliche Ordnung, bei 4171 (darunter 997 weibl.) wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Person, bei 8433 (1511 weibl.) wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen und gegen 32 Personen (2 weibliche) wegen Verbrechen und Vergehen im Amte. Was speziell die Arme der Berliner Spigubden betrifft, so wurden im Laufe des Jahres 3238 Mitglieder derselben verurtheilt, darunter 313 wegen schweren Diebstahls und 3 wegen Raubes. — Die Zahl der verbrecherischen Frauen war, abgesehen von dem fast ausschließlich diesem Geschlecht eigenen Verbrechen wie Kindesmord, Aufsehung u. s. überwiegend bei Todtschlag (2 Frauen unter 3 Verurtheilten), Menschenraub und Entführung, Brandstiftung, dann besonders bei Kuppelei (221 oder 49 pCt.), Beleidigung (506 oder 34,3 pCt.), einfacher Hehlerei (68 oder 26,5 pCt.), einfachem Diebstahl (709 oder 24 pCt.) u. s. — Weniger als 18 Jahre alt waren 1085 der Verurtheilten. Ein besonders hohes Kontingent stellte diese Altersklasse zu den Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen (16 pCt.); insbesondere war sie bei schwerem Diebstahl mit 108 oder 82 pCt. aller Verurtheilten betheilig. — Dem Kriminalkommissariat waren im Laufe des Jahres überhaupt 34 296 Anzeigen über vorgekommene Verbrechen und Vergehen erstattet worden. Unter 2091 wegen Diebstahls eingeleiteten Personen befanden sich 459 Einbrecher. Das Verbrecher Album enthält 5923 Photographien und zwar von 40 Mördern, 1342 Einbrechern, 574 Taschendieben, 271 Laden dieben, 478 Schlafstehlen, 247 Bauernfängern, 498 Betrügnern und Hochaplern, 256 Boden-, Koll- und Palettdieben, 596 Prostituirten, 441 Zuhältern, 144 Landstreichern und 1046 Verbrechern verschiedener Art. Unter Polizei-Aufsicht standen 900 Personen, unter sittenpolizeilicher Kontrolle 3892 Frauenpersonen. Bettler wurden im Polizeibezirk Berlin 15 888 aufgegriffen, darunter 1156 Weiber und 209 Kinder. Davon wurden 1524 mit Korrektionshaft belegt, d. h. dem Arbeitshause überwiesen.

Den Kolonialwaaren-Händlern ist bei Einkauf von gepulverten Anisatblüthe eine besondere Vorsicht anzurathen. Es kommt eine Sorte dieses Gewürzes in den Handel, welche nach dem Gutachten des Gerichts-Chemikers Dr. Wein etwa 70 pCt. einer fast weithlosen Masse, Pulver von sogenannter „Bombay-Mocis“ enthält. Es ist gegen eine Anzahl Händler, welche dies verälfachte Gewürz feilhielten, Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz erhoben worden.

Für die reichliche Zufuhr von Wild, die gegenwärtig nach Berlin stattfindet, ist das anhaltende Frostwetter sehr vortheilhaft. Die Wildstücke kommen sämtlich in vollständigem gestrorenem Zustand hier an, so daß die so beschaffenen Rohleichen auf die Beine gestellt werden können; die Wildhändler benutzen diese Gelegenheit, um solche Wildstücke auszustellen, was keineswegs immer schon ausreicht. Für die Käufer solcher gestrorenen Wildstücke empfiehlt sich aus diesem Anlaß Folgendes. Es passiert in den Markthallen fast täglich, daß Frauen, welche Hasen kaufen, das seltsamere Bild unter den Arm nehmen, was manchmal recht drollig aussieht. Hier beginnt dann aber der Hase, in Folge der austretenden Körperwärme der Käuferin aufzuhauen und das gestrorene Blut im Innern des Thieres wird dadurch wieder flüssig. Zu Hause angekommen, manamal auch schon unterwegs, machen dann die Frauen die unliebsame Entdeckung, daß der toote Hase die Kleiderstücke der Käuferin mit grossen, schwer zu beseitigenden Blutflecken bedeckt hat.

Unter den in der Neujahrsnacht Sibirten befindet sich auch ein Taubstummer. Derselbe ist aber nicht etwa irrthümlich sehgenommen, sondern wirklich wegen Spektakelmachens eingestrichelt worden. Durch das Ausstopfen unartikulirter Töne, wie sie ja Taubstummer hervorbringen können, verursachte der Mann einen solchen Höllenlärm, daß sich schließlich ein Säugmann seiner erbarnten mußte. Der Kubelstörer hat ein Strafmandat erhalten. Verhütet er sich nicht dabei, so wird sich in nächster Zeit das Schöffengericht mit der auf den ersten Blick etwas seltsam klingenden Frage: „Kann ein Taubstummer wegen Erregung ruhestörender Lärms bestraft werden?“ zu beschäftigen haben.

Zwei hiesige Schlächterfamilien sind dadurch in große Betrübniß versetzt worden, daß ihre Ernährer, zwei Brüder L.,

„Sie kann nicht reden!“ schrie wild verzweifelt die Menzingerin dazwischen. „Alles verläßt mich!“

„Na, reden wird das Jungfräulein, trotz all ihren Hochmuth, schon, wenn sie der Büttel auf der Folter strecken wird, damit ein ehrbarer Rath ersehen mag, was für Conspiraciones und andere böse Künste sie getrieben.“ So sprach Junker Kunz mit rohem Lachen.

Agnes erbleichte. Sollten die Herren vom Rath vor solchen Gewaltthaten gegen ein Mädchen nicht zurückschrecken? Kunz Kreglinger, der wüste Geißel, sah, wie sie bei dem Gedanken erbebt.

„Ah“, spottete er, „es ist Euch nicht wohl bei der Aussicht auf eines hohen Rathes Justiz. Aber tröstet Euch, der Hecker hat einen hübschen jungen Knecht aus Welschland angenommen; wenn der Euch auf der Leiter streckt oder Euch die Daumenschrauben anzieht, mag's wohl etwas säufstlicher sein, als bei dem alten Meister.“

Agnes war von Entsetzen erfüllt ob solcher Rohheit; in diesem Augenblick aber trat ein junger Mann mit raschen Schritten heran und stellte sich drohend vor dem Junker Kunz auf.

„Glender!“ sagte er, „der ein schuhloses Mädchen schmählt und beschimpft!“

„Na“, meinte Kunz Kreglinger, „ich dächte, Ihr brauchtet Euch nicht so in's Zeug zu legen für die Dame, die Euch vor dem Altar so hat ablausen lassen.“

Jörg Spelt — denn er war der Neugekommene — erröthete leicht.

„Was kann das Euch kümmern?“ antwortete er. „Das geht nur sie und mich an.“

„Befreiet meinen Herrn!“ schrie die Menzingerin dazwischen.

„Das ist jetzt nicht möglich“, antwortete Jörg Spelt. Agnes sah ihn erkannt an; seine Haltung war männlich und entschlossen; sein sonnengebräuntes Gesicht hatte einen entschlossenen Ausdruck.

(Fortsetzung folgt.)

In der Brückenstraße und Bellealliancestraße wohnhaft, plötzlich vom Wahnsinn befallen sind. Der ältere Bruder zeigte seit der Steigerung der Viehpreise ein sehr aufgeregtes Wesen, beständig beschäftigten der Gedanke, wo er billige Bezugquellen für Schlachtvieh sich eröffnen könne. Seinen Geschäftsfreunden erzählte er, daß er mit rumänischen und bulgarischen Agenten in Verbindung trete, daß er durch deren Mittel große Mastereien eröffnen werde, und daß demnächst tausende von Mastochsen für ihn hier eintreffen würden. In Berlin und einigen Vororten kaufte der Kernsische Willen und Grundstücke in großer Zahl, und erst als die Verkäufer Anzählungen und notarielle Abschlüsse verlangten, wurden der Frau des Hauses über den Geisteszustand ihres Mannes Bescheid gegeben. Nachdem der im besten Mannesalter stehende Unglückliche in eine Heilanstalt gebracht worden war, wurde der jüngere Bruder in der Bellealliancestraße von Schwermuth über das traurige Geschick seines Bruders demüthet, daß auch er einer Irrenheilanstalt dieser Tage übergeben werden mußte.

Zahlreiche Unglücksfälle hat die durch den Schneefall verursachte Stille herbeigeführt. Wie groß deren Zahl gewesen sein muß, geht am besten aus der Chronik einer einzigen im Südwesten gelegenen Sanitätsstation hervor, auf welcher, nach der Mitteilung eines Berichterstatters, allein seit Eintritt des Schneesturms neun Personen eingeliefert wurden, die durch Ausgleiten von Armen und Weibchen, beziehungsweise Verrenkungen davongetragen hatten. Eine junge Dame brachte man am vorgestrigen Abend in voller Wolltülle an. Allen Warnungen zum Trotz war sie von der in voller Fahrt befindlichen Pferde-Eisenbahn gesprungen, auf dem glatten Pflaster ausgeglitten und mußte nun, statt in den Wollsaal, den Weg zur Klinik antreten, da sie durch ihr leichtsinniges Beginnen einen Bruch des linken Fußes sich zugezogen hatte. Der Berichterstatter betont, daß die junge Dame allen Warnungen zum Trotz von der Pferdebahn herabgesprungen ist und dadurch den schweren Unglücksfall selbst verschuldet hat. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Damen allen Warnungen und auch diesem neuesten Unfall zum Trotz ruhig fortfahren werden, während der Fahrt von der Pferdebahn zu springen resp. verkehrt abzustiegen.

Heißbare Droschken! Ein Unternehmer läßt zur Zeit eine heißbare Droschke bauen, welche allerdings in diesem Winter nicht mehr zur Benutzung kommen dürfte. Die Droschke, ein Koupé erster Klasse, ist elegant ausgestattet und besitzt etwas höhere Achsen als die übrigen Koupés. Die Heizung wird mittelst eines Doppeltastens vorgenommen, welcher sich unterhalb der Droschke zwischen den beiden Achsen befindet; der aus Eisen hergestellte Kasten wird in der unteren Abtheilung mit Preßhölzern gefüllt, während in der oberen Schicht sich Wasser befindet. Von der letzteren aus führen 2 Röhren durch den Wagenboden ins Innere der Droschke in 2 aus Blech hergestellte Kanäle, die sich unter den Sitzbänken befinden. Der sich inzwischen verdickende Dampf wird sodann durch eine kleine Röhre in einen dritten unterhalb des Aufsteigens befindlichen Kanale geleitet. Wie wir hören, so schreibt die „Berliner Abendpost“, soll die heißbare Droschke in etwa 8 Wochen dem öffentlichen Fahrwesen vorgestellt werden. — Da werden sich die Bourgeois natürlich die Kassen nicht mehr ersparen.

Polizeibericht. Am 8. d. M. Vormittags wurde der Arbeiter Barve in seiner Wohnung, Bergstr. Nr. 47, bewußlos im Bette liegend aufgefunden und nach Anstellung von Wiederbelebungsvorhaben nach dem Kaiser-Wald-Krankenhaus gebracht. Es liegt anscheinend Vergiftung durch Kohlendunst aus einem mit Steaks geheizten Ofen vor. — Abends fiel eine Frau vor dem Hause Wägenstraße 14—15 beim Verlassen eines in langamer Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde und erlitt dabei eine so bedeutende Verletzung an der Hüfte, daß sie nach ihrer Wohnung gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 9. d. M. wurde der Hausdiener Schwobow in der Wohnung seines Dienstherrn, Große Frankfurterstraße Nr. 16, durch Kohlendunst bewußtlos aufgefunden und nach Befestigung des von ihm im Zimmer aufgestellten brennenden Koforbes und Öffnen des Fensters wieder ins Leben zurückgerufen. — Am 8. d. M. und Morgen des 9. fanden 8 kleine Brände statt.

Berichts-Beitrag.

Eine Anklage wegen einer, vor einer öffentlichen Menschenmenge ausgesprochenen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze beschäftigt gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Schmidt. Auf der Kallagebank hatten der Sigarenhändler und Stadtorbener Otto Klein, der Schlosser Franz Wegner und der Schneider Oskar Schiller Platz zu nehmen. Am 8. April v. J. fand in der Habelschen Brauerei eine Versammlung der Arbeiter der Königl. Eisenbahn-Werksstätte zu Tempelhof statt. Es handelte sich um Stellungnahme zu dem für den ersten Mai von der sozialdemokratischen Partei proklamirten Arbeiterfeiertag. Der Angeklagte Klein trat als Redner auf. Er erklärte, das von den Delegirten auf dem Pariser Kongresse beschlossen worden sei, den ersten Mai als Feiertag zu betrachten. Eine große Parade der Arbeiter solle zeigen, daß dieselben eine verminderte Arbeitszeit wollten. Der Beschluß des Kongresses müsse von jedem Arbeiter hochgehalten werden. Sie möchten sich nicht durch frechtliche Zuruth abhalten lassen, zu feiern, die königliche Regierung sei in erster Linie verpflichtet, den Wünschen der Arbeiter Nachachtung zu tragen.

Dem Angeklagten Klein folgte der Angeklagte Wegner als Redner. Derselbe behandelte ebenfalls die Frage des 1. Mai und soll dabei nach dem Berichte des überwachen Polizeidienstmanns geäußert haben, daß etwaige Maßregeln gar nicht so schlimm seien, denn schlimmer wie zur Zeit könne die Lage der Arbeiter gar nicht werden. Die Parole heiße: „Wer für uns ist, den reichen wir die Hand, wer wider uns ist, den erschmettern wir.“ An demselben Tage fand in der Frankfurterstraße eine Versammlung statt, zu der sämtliche Arbeiter der Eisenbahn-Werksstätte Berlins und Umgebung eingeladen waren. Hier trat der dritte Angeklagte, Schiller, als Redner auf und suchte die Anwesenden zu bewegen, einer Resolution beizutreten, wonach der 1. Mai als Feiertag betrachtet werden solle. Wer für Freiheit und Gleichheit sei, der müsse an diesem Tage feiern. Die Anklagebehörde nimmt an, daß den sämtlichen Beschuldigten bekannt war, daß die in den Königl. Werksstätten beschäftigten Arbeiter ihre Arbeit nicht beliebig aufhören oder unterbrechen können, sondern kontraktlich verpflichtet sind, eine 1stägige Kündigungsfrist tun zu halten, sobald sie länger als 4 Wochen beschäftigt worden sind. In den Ausführungen zum Kontraktbruch und demzufolge zur Aufhebung gegen ein Gesetz. Die Beschuldigten bestritten, daß ihnen von einer gesetzlichen Kündigungsfrist etwas bekannt gewesen, sie wollten jerner in Auge gehabt haben, daß die Arbeiter sich mit ihren Vorgesetzten in Verbindung setzen sollten, um eine Erfüllung ihres Wunsch zu erzielen und bestritten schließlich, daß die Versammlungen als öffentliche anzusehen seien, da nur eine bestimmte Gattung von Arbeitern eingeladen war. Im Uebrigen seien die Resolutionen in keiner der Versammlungen angenommen worden.

Staatsanwalt Hagen stellte sich auf den Boden der Anklage und hielt die Einwendungen der Beschuldigten nicht für stichhaltig. Eine einfache Aufforderung zum Kontraktbruch sei nicht immer strafbar, aber im vorliegenden Falle sei sie es. Der erste Mai solle eine Kraftprobe darthun, es sollte ein Druck auf die Regierungen und die Arbeitgeber ausgeübt werden und alle Angeklagten hätten Aeußerungen fallen lassen, woraus ersichtlich sei,

daß eventuell der Zweck mit Gewalt erreicht werden solle. In Berücksichtigung des Umstandes, daß mancher Arbeiter, der sich beeinträchtigen lasse, seine Existenz verlieren könne, beantragte er gegen die Angeklagten je einen Monat Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, führte aus, daß das betreffende Gesetz, gegen welches verfochten sein solle, nur auf das Rechtsverhältnis zwischen Staatsgewalt und Staatsbürger Bezug habe und bei einem bürgerlichen Abkommen, als welches ein Kontrakt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzusehen sei, eine Anwendung nicht finden könne. Der Verteidiger führte mehrere Beispiele an, die zu sonderbaren Konsequenzen führen würden, wenn die Anschauung des Staatsanwalts als durchgreifend angesehen würde und schloß in der Erwartung eines freisprechenden Urtheils.

Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Verteidigers. Der betreffende Paragraph sei so anzulegen, daß es sich nur um eine Verletzung solcher Gesetze handeln könne, welche ein bestimmtes Gebot oder Verbot zum Schutze des Staats betreffen. Die Freisprechung habe deshalb erfolgen müssen.

Eine Privatklage, welche in kaufmännischen Kreisen Aufsehen erregt hat, wurde gestern in zweiter Instanz vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Der Privatbeamte H. H. H., welcher beim Schimmelpfeng'schen Anstaltsbureau angestellt ist, hatte gegen den in der Heiligengeiststraße wohnenden Kaufmann J. H. H. einen Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Der Beklagte ist Anfangs vor. J. in Konkurs gerathen. Es wurde ein Zwangsvergleich angedacht. Zwei auswärtige Gläubiger des Schuldners beantragten die Firma Schimmelpfeng mit der Vertretung ihrer Interessen und diese übertrug wieder die Wahrnehmung der Geschäfte bei dem Zwangsvergleich ihrem langjährigen Beamten H. H. Am 18. Juli fand Termin statt. Der Vergleich scheiterte aber daran, daß H. H. seine Zustimmung Namens der von ihm vertretenen Gläubiger verweigerte. Nach dieser Erklärung, die den übrigen Anwesenden höchst überraschend zu kommen schien, bat der Schuldner Harwig um's Wort. Er erklärte, daß er seine Gläubiger nicht würde zusammenrufen haben, wenn er nicht der Zustimmung sämtlicher Theilhaber sicher gewesen wäre. Und das sei er bis zu diesem Augenblicke gewesen, denn H. H. habe ihm bei allen früheren Verhandlungen versichert, daß er plein pouvoir besitze und für den Abschluß stimmen werde. Am Tage vor dem Termine sei H. H. wieder zu ihm gekommen und habe ihm unter dem Hinweis, daß er, Harwig, nun ja 10 000 Thaler Schulden los werde, um 150 M. gebeten. Er habe den Wittsteller vertrieben müssen, weil er die verlangte Summe nicht besessen habe, dann habe H. H. aber furchtbar gellacht, daß nächstens der Geburtstag seiner Ehefrau sei und er keinen Pfennig Geld im Hause habe. Dadurch sei er veranlaßt worden, dem H. H. ein Zehmarstück in die Hand zu drücken. Er müsse nun annehmen, daß die plötzliche Sinnesänderung desselben auf die Nichterfüllung seines Wunsches in Betreff der 150 M. zurückzuführen sei. Nach dieser Erklärung des Schuldners Harwig erhob sich in der Gläubigerversammlung ein Sturm der Entrüstung gegen den Beschuldigten, der den Vorwürfen eine auffallende Ruhe entgegensetzte und sich entfernte, ohne zu widersprechen, oder sich zu rechtfertigen. H. H. hat dann gegen Harwig den Klagevermerk bestritten. In der Verhandlung vor dem Schöffengerichte behauptete der Kläger, daß die ganze Beschuldigung gegen ihn aus der Luft gegriffen sei. Der Beklagte habe ihm zwar aus freien Stücken Geld angeboten, er habe die Bestechungsversuche aber mit Entrüstung zurückgewiesen. Dagegen hielt der Beklagte die Beschuldigung in allen Punkten anrecht und da verschiedene Umstände für die Wahrheit derselben sprachen, und zumal erwiesen wurde, daß der Geburtstag der Ehefrau H. H. in jenen Tagen stattfand, welches der Beklagte nicht wissen konnte, so hielt der Gerichtshof den vom Beklagten angetretenen Wahrheitsbeweis für erbracht, wies den Kläger ab und legte ihm sämtliche Kosten auf. Hiergegen wurde seitens des Klägers Berufung eingelegt. Im geistigen Termine fanden sich die Anwälte der Parteien wieder diametral gegenüber und ein großer Zeugenbeweis war von beiden Seiten aufgebracht worden, um Klärung in die Sache zu bringen. Dem Kläger stand Rechtsanwalt Dr. Sello, dem Beklagten Rechtsanwalt Hugo Sachs zur Seite. Der Kläger erklärte sein auffälliges Verhalten bei der in der Gläubigerversammlung wider ihn erhobenen Beschuldigung damit, daß er im Jahre 1888 eine ihm gewordenen wörtliche Verleumdung in thätlicher Weise erwidert habe und hierfür eine Freiheitsstrafe habe verbüßen müssen. Er habe sich das Wort gegeben, sich in einem ähnlichen Falle nicht wieder hinreichend zu lassen. Die Inhaber des Schimmelpfeng'schen Bureau stellten dem Kläger das Zeugnis aus, auch wurde erwiesen, daß derselbe in geordneten Verhältnissen lebe. Kabinetsrath Schimmelpfeng bezeugte, daß der Beklagte nach dem Termine zu ihm gekommen sei, und um eine Unterredung gebeten habe. Harwig habe mit der Bemerkung begonnen, daß es sich um die Ehre des Schimmelpfeng'schen Instituts handele und dann habe er unter Hinweis auf die Ablehnung des Schimmelpfeng'schen Vertreters erzählt, daß er dem letzteren Tage zuvor 10 M. gegeben habe, dies sei dem Herrn aber wohl nicht genug gewesen. Der Zeuge hat ihm dann voller Entrüstung die Thür gewiesen, ohne sich mit ihm einzulassen. Dagegen traten die Schwefler, der Hausdiener und ein Freund des Beklagten als Zeugen auf, welche bezeugten, daß Harwig ihnen gleich nach dem Fortgange des Klägers den Inhalt der Unterredung in derselben Weise erzählt habe, wie es Tage darauf im Termine vor den Gläubigern geschehen sei. Rechtsanwalt Dr. Sello führte sodann aus, daß der von dem Beklagten angetretene Wahrheitsbeweis als mangelhaft zu betrachten sei, während der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Sachs, das Ergebnis der Beweisaufnahme zu dessen Gunsten auslegte. — Der Gerichtshof entschied sich zu Gunsten des Klägers H. H. und erachtete den angetretenen Wahrheitsbeweis nicht für geführt. Da der Kläger bereits am Tage vor dem Termine angewiesen war, gegen den Vergleich zu stimmen, ist nach Ansicht des Gerichtshofes, nicht anzunehmen, daß sich derselbe das Versprechen, für den Vergleich zu stimmen, mit 150 M. bezahllen lassen wollte. Der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von 500 M. verurtheilt und dem Kläger die Publikationsbefugnis in der „Voss. Ztg.“ zugesprochen.

Soziale Ueberblick.

Au die Mitglieder der freien Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend. Kollegen! Alle diejenigen, welche arbeitslos sind und ihre neuen Adressen den Hilfskassen noch nicht angezeigt haben, werden gebeten, in den nächsten Tagen mit ihren Mitgliedsbüchern nach dem Verzeichnissort zu kommen. Besonders gilt dieses für folgende Kollegen, d. h. insofern dieselben jetzt in Berlin anwesend sind: Grünberg, Aug. Geste, Gubnow, Jernig, Neumann, Carl Wast, Herrmann Löcher, Gustav Müller, Wange, Witte, E. Wast, G. Wast, H. Wast, W. Konrad, W. Wast, G. Wast, G. Wast, W. Otto, G. Wast, H. Zimer, J. Wast, H. Wast, H. Wast.

Da es häufig vorkommt, daß Kollegen, welche Schlafstellen inne haben, dieselben des öfteren wechseln, bitten wir, uns jeden Wohnungswechsel sofort anzuzeigen, oder den Hilfskassen freiwillig davon Mittheilung zu machen. Mit kollegialischem Gruß Julius Wernau. Verzeichnissort: Restaurant Kuhlman, Rosenstraße 30, Ecke Neue Friedrichstraße.

Au die Mitglieder des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes. Filiale Berlin. Diejenigen Mitglieder, welche ihre alten Mitgliedsbücher zur Ausfertigung der

neu noch nicht an den Kassier gefandt haben, werden hiermit nochmals aufgefordert, dieses sofort nachzuholen. Auch haben die Mitglieder, welchen die Fachzeitung zugestellt wird, das Porto fürs erste Quartal 1891 im Betrage von 35 Pf. zu entrichten. — In folgenden Stellen werden Beizüge, sowie Mitglieder-Aufnahme angenommen: Krausenstr. 11, (täglich von 8—12 Vormittags); Grenadierstr. 33 bei Seefeld, (Montag Abends von 8—10); Ankenstr. 9 bei Broh, (Mittwoch Abends von 8—10); Perlebergerstr. 26a (Moabit) bei Heinrich, (Montag Abds. v. 8—10); Davelbergstraße 1, part. bei Gustav Wasten; Straßburgerstraße 40, Hof 2, bei Kulowski, (Sonntag von 11—2 Uhr Mittags) und Friedrichstr. 13, Hof links 4 Tr. bei Johann Wilt. — Laut § 11 des Statuts erlischt die Mitgliedschaft, wenn Mitglieder mehr als 13 Wochen reziren. Wir sind verpflichtet, streng darnach zu handeln, und bitten die Mitglieder dieses zu beachten. Die Lokalverwaltung des D. Schneider- und Schneiderinnenverbandes, Filiale Berlin I.

NB. Am Dienstag den 18. Januar, Abends 9 1/2 Uhr, 80. Waldemarstr. 75: Große Mitgliederversammlung.

Au alle Albumarbeiter und Arbeiterinnen Berlins! Kollegen und Kolleginnen! Da die heutige Zeit gebieterisch fordert, daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum Zweck der Erreichung besserer Arbeits- und Lohnverhältnisse vereinigen und gegenseitig sind, zur Erhaltung des Erlangten die Vereinigungen zu kräftigen und zu stärken, da letzteres nur durch eine starke, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen mindestens ein und derselben Branche umfassende Vereinigung möglich ist, so appellieren wir auch an Euch, Albumarbeiter und Arbeiterinnen, daß Ihr erwacht; wir appellieren an Euer Solidaritätsgesühl; zeigt, daß Ihr willens seid, nicht hinter anderen Arbeitern zurückstehen zu wollen; zeigt, daß es Euch ernst ist, eine, sämtliche in der Albumbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen umfassende Vereinigung zu bilden, eine Vereinigung, welche nur im Kapital ihren einzigen Feind sucht und nur diesen Feind bekämpft.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist nun wohl des Oefteren und zwar mit Recht darauf hingewiesen, daß die Versammlungen nur dazu da seien, persönlichen Haß und Zankereien zum Austrag zu bringen; es ist dies thatsächlich häufig der Fall gewesen und auch von solchen Leuten eingesehen worden, denen des Oefteren ein diesbezüglicher Vorwurf gemacht wurde; es ist dadurch zur Genüge bewiesen, daß zur geistlichen Entwicklung einer Arbeiterbewegung solches unterbleiben muß. Es muß der Arbeiter begreifen lernen, daß er seinen Feind nicht unter seinesgleichen, sondern nur in den Annahmungen des Kapitals zu suchen und nur die Uebergriffe desselben zu bekämpfen hat; ferner muß er wissen und erkennen lernen, daß ein jeder Arbeiter nicht nur seines Lohnes werth ist, sondern, daß kein Arbeiter berufen oder berechtigt ist, sich wegen seiner augenblicklich vielleicht besseren Stellung über seinen Mitarbeiter zu erheben; lernen wir bedenken, daß alle Arbeiter ohne Ansehen der Person nur einen gemeinsamen Feind haben, dessen Uebergriffe wir Hand in Hand bekämpfen müssen; gehen wir den Kollegen gegenüber von dem Standpunkt aus, daß, wer als Freund uns nichts nützt, uns als Feind viel schaden kann. Bedenken wir, daß viele Wenig ein Viel anmachen, daß alle Arbeiter Eins sind, kämpfen wir ohne jeden Eigennutz, so wird und muß uns der Sieg werden.

Und nun noch ein Wort an Euch, Arbeiterinnen!

Kolleginnen! Auch Ihr seid verpflichtet, Euer Loos bei jeder Euch sich bietenden Gelegenheit zu verbessern zu suchen, verlaßt Euch darauf, daß Ihr von Euren männlichen Kollegen bei jeder gerechten Sache unterstützt werden müßt und auch unterstützt werdet, da auch Ihr berechtigt seid zu verlangen, als gleichberechtigte Wesen jedem männlichen Arbeiter gleichgestellt zu werden, da ein jeder Arbeiter gleiches Recht genießen soll und genießen muß. Bedenkt aber ebenfalls, daß, sollte Ihr Eure Lage zu verbessern die Absicht haben, Euch dieses nur mit Hilfe Eurer männlichen Kollegen gelingen kann, aber auch gelingen muß. Arbeitet mit Euren männlichen Kollegen Arm in Arm gegen den gemeinsamen Feind, die Profitwuth des Kapitals, indem Ihr erwägt, daß es Eure eignen Väter, Mütter, Brüder und Söhne sind, mit denen Ihr für die Erzielung besserer Lebensbedingungen kämpfen sollt.

Also Kollegen und Kolleginnen! Sasset allen Streit und Hader draußen und kommt Alle, die Ihr willens seid, für obige Zwecke eine „freie Vereinigung sämtlicher in Albumarbeiten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“ zu gründen, nach dem am 20. Januar 1891, Abends 8 1/2 Uhr in Reus' Salon, Raumnstraße 27, stattfindenden großen öffentlichen Versammlung sämtlicher Albumarbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Tagesordnung: 1. Die Nothwendigkeit der Organisation; Referent Stadtorbener Fritz Jubel. 2. Diskussion. Mit kollegialischem Gruß Der Einrufer. — Flugblätter sind bei Herrschel, Adalbertstraße 4, zu haben.

Au die Berliner Arbeiterschaft, Gemeinl., Gefang u. s. w. Vereinsvorstände und Vergütungskommissionen! Der von den Delegirten der Berliner Streit-Kontrollkommission auf Antrag der Unterzeichneten gefasste Beschluß, die Organisation der Kellner unter dem Namen: „Verein Berliner Gastwirthsgehilfen“ (nicht zu verwechseln mit anderen, ähnlich sich neunenden, nicht auf dem Boden der allgemeinen modernen Arbeiterbewegung stehenden Kellnervereinigungen) dadurch in ihrem außerordentlich schweren Kampfe gegen die Prinzipale und gegen die frei- und stumpfsinnige Kollegenchaft zu unterstützen, daß die Delegirten der verschiedenen Gewerkschaften sich verpflichteten, bei ihren Gewerkschaften dahin zu wirken: 1. bei Gabe von Tringeldern an Kellner nur diejenigen zu berücksichtigen, welche das von den Kellnern eingeführte Erkennungszeichen auf Verlangen vorzuzeigen im Stande sind, hat seine Wirkung, soweit er zur Durchführung gelangte, nicht verfehlt. Dank dem Solidaritätsgesühl einiger Berliner Gewerkschaften, welche den genannten Beschluß zu dem ihrigen machten, ist der Verein Berliner Gastwirthsgehilfen von 150 in kurzer Zeit auf über 400 Mitglieder angewachsen, welche 1 M. Eintrittsgeld, 30 Pf. pro Monat Beitrittsgeld zu zahlen und das Fachorgan: „Der Gastwirthsgehilfe“ zu halten verpflichtet sind.

Leider ist nun aber zu konstatiren und das veranlaßt uns zu diesem Appell, daß der 2. Punkt der Resolution, nach welchem die Angehörigen der Berliner Gewerkschaften dahin zu wirken verpflichtet wurden, daß bei Veranstaltung von Versammlungen, Festlichkeiten u. s. w. nur solches Bedienungspersonal verwendet werde, welches dem Arbeitsnachweis des Vereins, An n e n z. 14, entnommen ist, noch wenig oder gar nicht zur Durchführung gelangte.

Die Berliner Arbeiterschaft veranlaßte vor und während der Weihnachts-, Sylvester- und Neujahrsfeiertage eine große Anzahl von Vergütungen, zu welchen die bestehenden wuchermäßig betriebenen und die Lohnrückerei fördernden Arbeitsnachweisbureaus für Kellner, die bei solchen Gelegenheiten immer nöthigen Hilfskräfte zu Kellnern, den Auftrag hatten, so daß also die Arbeiterbrüder es unterließen, von den Wirthen zu verlangen, die „Lohnkellner“ aus dem unentgeltlichen Arbeitsnachweis, Ankenstraße 14, zu entnehmen und das Resultat davon war, daß es uns, den Unterzeichneten, nicht möglich wurde, einen von so vielen arbeitslosen, zum Theil aus von Arbeitgeber-Vereinen gemahregelten darbedenden Kollegen, Mitgliedern unseres Vereins, Arbeitsarbeit nachzuweisen.

Arbeiter Berlins! Wir richten daher an Euch die Bitte, zeigt, daß Ihr auch und gegenüber ein Solidaritätsgesühl besitzt, unterstützt und in unserem Kampfe um eine Besserstellung der Lage unserer Gewerkschaften! Wenn man an Euch das Verlangen stellt, einen Versammlungs- oder Festsaal zu mieten, dann sorgt gleichzeitig für Arbeit für Eure Kampfgenossen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu unserem Verein gemahregelt, von ihren eigenen Kollegen „Haulenzer“ und „untaugliche Elemente“ geschimpft

werden, wie es faktisch die Kellner im Etablissement Buggenbogen durch das Unternehmernorgan „Das Geschäft“, Nr. 109, gethan. Es ist kein unerfüllbares Verlangen, welches wir an Euch stellen, nur um eine thätigste, kostenlose Unterstützung unserer berechtigten Bestrebungen bitten wir, welche Ihr uns gewähren könnt und wodurch Ihr Euer Angehörigkeitgefühl zu unseren noch sehr geknechtet dastehenden Berufsgenossen beweisen sollt und wofür wir gegebenen Falls und gern erkenntlich zeigen werden. Mit brüderlichem Gruß Die Vertreter der Interessen der Angestellten im Gastwirths-Gewerbe und Delegirten der Kellner zur Berliner Streik-Kontrollkommission. J. A. Louis Ebert, Kellner, Berlin, im Januar 1891.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Verfammlungen.

Die freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend hielt ihre Generalversammlung am 8. d. M. ab. Da es die erste Versammlung im neuen Jahre war, so eröffnete der Vorsitzende, Kollege Bernau, dieselbe mit einer entsprechenden Ansprache. Nach dem Kassenbericht für das verlossene Vierteljahr belief sich die Einnahme auf 1207 M. 47 Pf., die Ausgabe auf 1067 M. 68 Pf., der verbleibende Bestand auf 139 M. 89 Pf. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuss von 101 M. 21 Pf. In die Wahl des Kollegen Grothmann zum Revisor knüpfte sich die Erwählung des Ausschusses, nachdem zuvor Kollege Sägeler den Jahresbericht erstattet hatte. Nach demselben war Kollege Triple wegen Körperverletzung angeklagt, wurde jedoch freigesprochen; Kollege Nikolaus wurde wegen Uebertretung des § 306 zu 3 M. Geldstrafe verurtheilt. Kollege Braun war wegen Uebertretung des § 153 der R. G. O. in erster Instanz zu 4 Wochen Gefängnis, in zweiter Instanz zu einer Woche Gefängnis verurtheilt worden. Derselbe starb jedoch noch vor Antritt seiner Strafe. Die Kollegen Kamjule und Wagner waren des Vergehens gegen die Gewerbeordnung angeklagt in erster Instanz freigesprochen worden; auf Berufung des Staatsanwalts hin in zweiter Instanz zu je 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Kollege Vary wegen Vergehens wider den § 240 des St. G. B. angeklagt, wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Kollege Massow wurde wegen Verletzung nicht freier Arbeiter in erster Instanz mit 4 Wochen, in zweiter Instanz mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. Die Kollegen Neumann, Siefert und Köpcke erhielten, von der Anklage wegen Drohung und Körperverletzung in erster Instanz freigesprochen, in zweiter Instanz je 1 Monat Gefängnis. Dem Koll. Käppl wurden wegen Verbreitung von Druckschriften 10 M. Geldstrafe zubilligt. Koll. Goldow wurde, in erster Instanz zu 5 M. Geldstrafe verurtheilt, in zweiter Instanz freigesprochen. Die Kollegen Nikolaus und Krieg sind in erster Instanz wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Mißhandlung zu 8 Wochen Gefängnis verurtheilt worden; das Verfahren in zweiter Instanz schwebt noch. Kollege Winkel erhielt wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung 3 M. Geldstrafe. Kollege Kaufmann wurde in erster Instanz wegen Körperverletzung zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. In zweiter Instanz noch nicht entschieden. Gegen die Kollegen Dahms, Jede und Platzed ist Strafbefehl wegen Sammelns eingeleitet. Noch nicht entschieden. Kollege Neumann erhielt wegen Körperverletzung in erster Instanz zwei Monat, in zweiter Instanz zwei Wochen Gefängnis. Kollege Noack klagte eine Lohnforderung ein. Beklagter wurde verurtheilt. Anklage Pfeiffer ist wegen Verdröhung und Beschimpfung seiner Kollegen zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt. Kollege Heize klagte wegen Entlassung und auf Herausgabe seines Kassenbuchs. In erster Instanz zurückgewiesen, in zweiter noch nicht entschieden. Kollege Kowalski hatte eine Lohnklage. Vom Gewerbegericht abgewiesen, verurtheilte er die Kollege Schneider Lohnklage. Noch nicht entschieden. Kollege Klimm ist seitens seines Arbeitgeber wegen Sachbeschädigung denunziert. Eine Gegenklage wegen falscher Denunziation ist eingereicht. Kollege Egelmann wegen Verleumdung angeklagt, wurde freigesprochen. Fünf Anträge auf Gewährung von Rechtsschutz mußten zurückgewiesen werden. Außerdem hatte der Ausschuss Streikfragen unter Mitgliedern und Unterstützungsgesuche zu schlichten bezw. zu erledigen. — Die Erziehung zum Ausschuss ergab die Wahl der Kollegen Pfeil, Sydow und Franz Schulz. Die Abrechnung vom Ver-

gütungsfonds wurde verlag und die Kollegen Grothmann, Bernau, Jezorka, Böllner und Krieg zur Revision des Statuts, die einmützig beschlossen wurde, gewählt.

Steinmeyer Berlins! Am Sonntag, den 4. d. M., hielten die Steinmeyer eine öffentliche Versammlung ab. Herr Hempel erstattete Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der für die Hamburger Streikenden gesammelten Gelder. Die Einnahme betrug 1541 M., die Ausgabe 1542,70 M. Die Revisoren erklärten, alles in Richtigkeit gefunden zu haben, und Herr Hempel wurde entlastet. Er dankte noch den Kollegen für ihre Opferwilligkeit. Herr Kolbe erstattete sodann Bericht über den Verlauf der Gewerkschaftskonferenz und meinte, die Konferenz habe nur die Wege gebahnt und gezeigt, wie die Gewerkschaften sich ferner gegen den Druck des Kapitalismus zu verhalten haben. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission eingesetzt, die die Vorarbeiten zu einem allgemeinen Gewerkschaftskongress in die Hände zu nehmen sowie die Unterstützung Streikender bis zum Kongress zu regeln hat. Beim letzten Punkt der Tagesordnung entwickelte sich eine lebhafteste Debatte über die im Jahre 1888 in Leipzig gegründete Genossenschaft, bezw. über die zum Ankauf des Geschäftes entnommenen Streikgelder. Da der Vertrauensmann vom Leipziger Streik, Herr Fr. Rißing, nicht anwesend war, und sich gegen die Beschuldigungen nicht rechtfertigen konnte, konnte die Sache keinen definitiven Abschluss finden. Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige Versammlung erklärt, daß das Verhalten des Kollegen Rißing in der Leipziger Angelegenheit nicht gerechtfertigt ist, und überträgt dem Kongress, die Sache zu regeln. Vor Schluß der Versammlung stimmte der Gesangsverein noch ein frohliches Lied an, und hierauf schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch die Versammlung.

Die freie Vereinigung der Kutscher und im Fuhrwesen beschäftigten Arbeiter hielt am Sonntag, den 4. Januar, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand Vortrag des Herrn W. Werner. Derselbe hatte sich in letzter Stunde wegen Krankheit entschuldigen lassen. Da Herr Link zugegen war, hielt derselbe auf Wunsch der Versammlung einen Vortrag aus dem Streif über „Was hat uns das alte Jahr gebracht und welche Wege wollen wir in diesem Jahre einschlagen?“. In einstündigem Vortrage führte der Redner die Entwicklung der heutigen Arbeiterbewegung der Versammlung vor Augen, speziell die wichtigen Ereignisse des letzten Jahres für die Arbeiterbewegung. Redner beleuchtete dann speziell die Verhältnisse der Kutscher und den Lohnkampf, den ein Theil derselben im vorigen Jahre mit den Fuhrwerksbesitzern zu bestehen gehabt hat. Wenn der Kampf nun nicht zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen sei, so habe er doch den einen Vorteil gehabt, daß die schon ein wenig aufgeschreckten Leute erkannt hätten, daß, wenn irgend etwas im Kampfe der Arbeiter gegen das Kapital erreicht werden soll, es nur durch eine strenge Organisation möglich sei. So ist denn die freie Vereinigung der Kutscher entstanden, dieselbe hat sich zur Aufgabe gestellt, Aufklärung der Massen und geregelte Arbeitsverhältnisse in ihrem Gewerbe zu schaffen. An den Kutschern liegt es nun, eifrig die Agitation für die Vereinigung zu betreiben und sich ebenfalls in die Reihen der Arbeiter zu stellen, welche den Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen das Kapital aufgenommen haben. Reicher Beifall wurde dem Redner zu Theil. In der Diskussion sprachen die Herren Weinig, Kießwand, Brausch, Hedtke und Rudwer. Dann wurde einstimmig mitgeteilt, daß vom Sonnabend, den 10. Januar, ab die Karten und Marken zum Reservefonds der Kutscher seitens der Vertrauensmänner aufgegeben werden und aufgefordert, daß sich Jeder rege an den Sammlungen beteiligen möge. Der wöchentliche Beitrag ist auf 10 Pf. festgesetzt. Die Herren Schütte und Bojanowsky, welche zu dieser Versammlung eingeladen waren, hatten es vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen. Nun, für uns ist die Sache damit abgethan, mögen jene Herren nur immer thun, was ihnen beliebt, und läßt es halt. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Derb Sonnabend, 9-11 Uhr Abends, Nachklub „Tornöschchen“ bei Pösch, Genuesenstraße 24.
Cantorenverein „Deutsche Eiche“, Sitzung am Sonnabend, Abends 9 Uhr, im Restaurant Teich, Waterloo-Str. 14. Aufnahme neuer Mitglieder. — Ferner findet am Sonnabend, den 17. d. M., großer Wiener Mastenball im Schöneberg'schen Festsaal, Kaiserstraße 21, statt. Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf., sind zu haben beim Beschaffen G. Sänger, Belle-Alliancestraße 20, sowie bei allen Mitgliedern. Freunde und Bekannte des Vereins sind willkommen.
Christliche Gesellschaft, Sonntag, den 11. Januar, ausnahmsweise schon Abends 8 Uhr, in den Reimnischen, Kommandantenstr. 20, Vortrag des Herrn G. Heus: „Der Kampf der Armen.“ Nachher gefällige Unterhaltung und Tanz. Gänge, Tamen und Herren, willkommen.
Achtung! Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins, sowie alle Vorstandmitglieder der betr. Gewerkschaft. Sitzung am Sonntag, den 11. Januar, Nachmittags 3 Uhr, Neue Grünstr. 14 bei Meyer. Wäntliches Erhitzen ist erwünscht.
Verein der Eisen- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend. Große Versammlung am Sonntag, den 11. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei Meyer, Bergr. 68 (oberer Teil). Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Köhler, 2. Abrechnung pro 4. Quartal 1890, 3. Aufnahme neuer Mitglieder.

4. Anträge und Beschiedenes. Gänge haben Zutritt. Im zahlreichen Erscheinen wird gebeten. — Der Arbeiterbildungsverein befindet sich seit dem 1. Januar 1891 im Saal des Herrsch. Hoftheaters, 4. im Hofen bei dem, Bergr. 68.
Vereinigung der Drechsler Berlins, Ortsverwaltung Bergr. 2 (Stollberg). Mitgliederversammlung am Sonntag, den 11. Januar, Vormittags 10 Uhr, in Zeigmüller's Salon, Neue Grünstr. 48a. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Beschiedenes. — Hierauf öffentliche Stadtarbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Vortrag über Arbeiter-Entlohnung, Referent Herr Gerich, 2. Diskussion, 3. Bericht über die Thätigkeit der Kommission und die Bedeutung des Schiedsgerichts, Referent Kollege Hildebrand, 4. Renoual der Kommission, 5. Beschiedenes. Am recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.
Achtung, Schäftebrände. Am Sonnabend, den 10. Januar, findet bei Meyer, Neue Grünstr. 14, Abends 8 Uhr, eine Vereins-Versammlung des Vereins der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schäftebrände statt. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion u. Es wird gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der gefällige Club „Proletariat“ veranlaßt Sonntag, den 11. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krüger, Große Teichstraße 29, ein gefälliges Beisammensein, verbunden mit humoristischen Vorträgen und Tanz. Freunde und Genossen sind willkommen.
Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer am Sonntag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, in den Central-Hallen, Oranienstr. 10a. 1. Vortrag über: „Der Kampf um das Tadeln im Arbeiterleben“, 2. Diskussion, 3. Beschiedenes. Gefälliges Beisammensein. Genossen und Genossinnen werden zu zahlreichem Besuch eingeladen. Zur 4. d. M. u. g. l. Die Versammlungen werden nach Verständigung mit Genossen Wänter, Vertrauensmann des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises und mit seiner Billigung einberufen.
Große öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen Berlins am Dienstag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, bei Meyer, Vor dem Vrenslauer Thor. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand des Ausschusses der Tabakarbeiter von Hamburg, Altona, Cuxhaven und Altona, 2. Abrechnung der Kommission, 3. Antrag des hiesigen Arbeitervereins auf Errichtung eines Einigungsamtes, 4. Beschiedenes. Der Reichstags-Abgeordneter Rollwahr hat das Referat zum 1. Punkt der Tagesordnung übernommen.
Eisener-Verein. Heute Abend General-Versammlung der Krankenpflege- Arbeiter-Gewerkschaft Berlins und Umgegend. Sonntag, den 11. Januar, 11 Uhr, im Hotel, Kommandantenstr. 20 (oberer Teil) Musik-Sitzung. Tagesordnung: 1. Aufnahme von Vereinen, 2. Wahl der Neuloren, 3. Ausgabe der Quotenbücher, 4. Beschiedenes. Wäntliches Beisammensein.
Achtung Kutscher! Am Sonntag, den 11. Januar, Nachmittags 4 Uhr, findet im Restaurant, 78, bei Wäntlicher eine Versammlung sämtlicher in der Kutscher- und Arbeiter- und Arbeiterinnen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag über die Frauenfrage, 2. Beschiedenes. Nachher gemütliches Beisammensein. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Gänge haben Zutritt.
Eise- und Plöschklub. Sonnabend, im Lokale des Herrn Schröder, Reichsbergstr. 24. — Gänge, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Jochim, Hornstr. 11.
Arbeiter-Gewerkschaft Berlins und Umgegend. Sonnabend, Abends 8 Uhr, Aufnahme neuer Mitglieder. Gelangereine, Freunde, Gänge, Friedländer, 48 bei Zeigmüller. — Gelangereine, Sanges-Gänge, Hallerstraße 112 bei Meyer. — Gelangereine, „Luzaria“, Unterbreitengstraße 31 bei Wäntlicher. — „Grüne Eiche“, Knechtel- und Hermannstr. 48 bei Meyer.
Gelangereine, Turn- und gefällige Vereine. Sonnabend, Gelangereine der Offenbacher „Sängertrupp“, Deutscher Hof, Sauerstr. Nr. 15, Abends 8-10 Uhr. Gänge willkommen. — Musikverein „Vormarsch“, Abends 8-10 Uhr, Ammerstr. 14, part.
Berliner Turngesellschaft & Männerabteilung. Abends 8-10 Uhr. — Sängerkreis der Turnvereine. Die 1. Vereinsabteilung tritt Abends 8-10 Uhr. Der Turnsaal befindet sich Köpenickerstraße 67-69.
Festklub „Kantisch“, gegründet 1. Oktober 1890. Abends 8 Uhr, Sitzung im Wäntlich Schütz'schen Restaurant, Wäntlichstr. 141. Genossen sind freundlich eingeladen. — Festklub „Wäntlich“, Wäntlichbergerstr. 10. — „Friedrich- Theater-Gesellschaft“, Schöneberg, im Lokal Geteronenstraße 9 bei Wäntlich. — Verein „Kantisch“, Abends 8 Uhr, Wäntlichstr. 14. — Kollischer Stenographen-Verein „Südlich Berlin“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Köhler, Wäntlichstraße 1, Unterricht und Übung.

Depeschen.

London, 9. Januar. (Telegr. des „Herold.“) Die hiesige Polizei, welche davon in Kenntnis gesetzt worden ist, daß heute möglicherweise sozialistische Unruhen ausbrechen könnten, berief die Polizeireserve von West-London ein.
Mailand, 9. Jan. (Telegr. d. „Herold.“) Zur Verhütung weiterer Arbeiterunruhen stehen zwei Bataillone in steter Bereitschaft.
(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Hamburg, 9. Januar. In dem Streik der „Vereinigten Hamburger und Altonaer Feuerleute“ ist ein halbjähriges Entgegenkommen nur seitens der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt Aktiengesellschaft gezeigt worden.
London, 9. Januar. Die streikenden Eisenbahn-Bediensteten in Edinburg, Dundee, Perth, Stirling und Greenock beharren noch immer auf ihren Forderungen und versuchen die Angehörigen der Glasgow- und Southwestern-Eisenbahn zu bewegen, sich dem Streik anzuschließen. Der Bürgermeister von Glasgow hat ein Meeting zusammenberufen, um über die Mittel zu einer Vereinbarung zwischen den Streikenden und den Eisenbahn-Direktionen zu beraten. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die beklagenswerthen Ergebnisse des Streikes hervorhebt und ein baldiges Einverständnis der streikenden Parteien anempfiehlt. Schließlich wurde ein Komitee unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Glasgow ernannt um mit den Bahndirektionen und den Streikenden zu konferieren.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstrasse 3.

Im Verlage von Wörlin & Co. in Nürnberg erschien soeben und ist in unserer Expedition vorrätzig:

Die Bestrebungen der Sozialdemokratie

beleuchtet vom
Jrrsinn Eugen Richter's.

4 1/2 Bogen 8°. Preis elegant broschürt 25 Pfennige.

Wir empfehlen diese gegen die bekannte Richter'sche Schrift „Die Verleihen der Sozialdemokratie“ gerichtete Broschüre den Parteigenossen im Reich zur ausgedehnten Verbreitung, besonders in indifferenten und gegnerischen Kreisen. Sie bietet erschöpfendes, überzeugendes Material zur Widerlegung der Richter'schen Verleihen und wird als solcher für öffentliche Volkversammlungen mit obigen Thema erprobliche Dienste leisten. Hinter dem Richter'schen Machwerk steht die Bourgeoisie, der brutale Kapitalismus, der durch seine Mittel dasselbe im ganzen Reiches losentzweit vertheilen läßt.

Zeigen wir ihm, daß wir am Platze und bestrebt sind, die wahre Erkenntnis über unsere Bestrebungen bis in den dunkelsten Winkel Deutschlands bringen zu lassen.

Für Parthiebezüge hohen Rabatt.

Gemästetes
Tafel-Geflügel

von eigener Mästung, jung, fett, täglich frisch geschlachtet, rein trocken gerupft, sauber gereinigt, mit Pergamentpapier in Postkörben 9 Pfd. netto verpackt.

| | |
|---------------------------------|----------|
| 3-4 St. harte ausgewählte Enten | Mk. 6,00 |
| 3-4 „ Suppenhühner, fett | 6,25 |
| 1 „ Bratgans (Speck) | 6,00 |
| 2 „ Puten Ia. | 7,00 |
| 4 „ Vauarden, Ia. | 6,50 |
| 2-3 Capaunen, harte, | 7,00 |
| Gänse-Flaumen à Pfd. 92 Pfg. | |

Bienen-Honig

diesjährige Ernte, selbst gezogen, naturrein, 9 Pfd. netto in Blechbüchsen.

| | |
|---|----------|
| Schleuderhonig, hart | Mk. 5,35 |
| Flumenhonig, allerfeinst. | 5,85 |
| Gellen Wabenhonig, heurigen, mit bestem Pergament-Papier in Blechdosen verpackt | 7,35 |

Alles in Emballage und portofrei verzollt gegen Nachnahme.

R. H. Nürnberg, Buczacz (Galizien).

Rohtabake

in größter Auswahl und zu den billigsten Preisen empfiehlt
Otto Grepling,
Wasserthorstr. 25a. [12]

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir
1,50 Mk.

Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Mannstr. 38, n. d. Oranienplatz

Rohtabak A. Goldschmidt,
Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt. [746]

Brehm, Weltgesch., Bücher, Lexica, Bibliotheken
kauft **A. Hannemann,** Kochstr. 56.
Telephon-Nr. 1, 4027. 111

Achtung! Empfehle allen Genossen mein **Bürsten- und Pinsel-Geschäft.** A. Leue, Bürstenmacher, Köpfigstraße 16. 102

Billige Wohnungen mit Wasserl., 40-54 Thlr.
Rixdorf, Prinz Handjerystraße 50, nahe Vereinsbrauerei. 113

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins
Andreasstr. 23, G. v.

Alle Meigenburger der Ost-Prignitz werden gebeten, wegen Gründung eines Vereins am Sonntag Abends 8 Uhr im Restaurant, Straße 6 Nr. 1, bei der Müllerstraße, zu erscheinen. Berget, Heilgehilfe, Wöcher, Brakmann, Döbler.

Jede Uhr zu repariren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens
1,50 Mark.

Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen. 1796
Gust. Blenk, Rosenthalerstr. 10. (a. d. Auguststr.)

Allen Westfalen und Freunden der rothen Erde empfehle
Gepök. Kleinfleisch à Pfd. 35-40 Pf.
Fökel-Schweinerippchen | 45 Pf.
und Eisbein
und andere Fleisch- und Wurstwaaren zu den billigsten Preisen. 2107
Zum Fest empfehle Backbutter à Pfd. von 70 Pf. an.
Westfälische Fleischwaaren-Fabrik und Niederlage,
43 Linden-Strasse 43, vis-à-vis der Zimmerstraße.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Zwei j. Beite suchen ein einf. möbl. Zim. od. Schlafz. i. d. Nähe d. Rosenstr. 23. m. Off. u. Th. K. 25 i. d. Exp. d. Bl.

Arbeitsmarkt.

Lüchtige Parodvergelder suchen
M) Kubitz & Jnberg, Kaufstr. 43.

Maschinenwärterinnen u. Lehrm. d. Wäsche verl. Köhle, Wellenallianzstr. 11.

Mamsfeld's a. Knabenanz. verl. Stein Adalbertstr. 22, 2 Tr. 86

In 8 Kilo-Postlisten liefert billigt und in bester Qualität
Landwirth. Verkehrs-Bureau
Chroustow
P. Bohdalau via Polna-Böhmen.

Butter!!! Eier!!!

Preise auf Verlangen gratis. 2250
Solide Bedienung wird zugesichert. Eigene Zucht.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Große liberale Projekte mit einer kleinen sozialdemokratischen Ergänzung.

Es ist ein Vergnügen, zu beobachten, wie der Zeitgeist mit den Menschen umspringt, gleich als ob sie Marionetten wären oder weiches Wachs, aus dem er alles zu formen vermag, was sich die Phantasie erfinden kann.

Den „Heros des Jahrhunderts“, den stolzen Adler, dessen Schwinge die Welt beschatteten — wie, wenn ich nicht irre, Müller von der Werra einmal gesungen — verpandelt er im Hundstunde in einen winzigen, altersgrämlichen Koferspäßen, dessen höchster Zorn bei seinen ehemaligen Anhängern nur noch tiefstes Mitleid, bei seinen einstigen Gegnern harmlose Heiterkeit erregt.

Ein noch viel größerer Kunststück aber hat der Geist unserer merkwürdigen Zeit an vielen liberalen Mannesleuten vollbracht, die sich früher auf ihre Freude am Behaltenden etwas zu gut zu thun pflegten, und, wenn sie in ihrem Behagen von den bösen Sozialdemokraten gestört wurden, sich an die Brust schlugen und ihrer Gemüthsregung lebhaften Ausdruck gaben, daß sie nicht seien, wie diese Utopisten und Umstürzler, die mit der „gesunden“ Entwicklung der Verhältnisse im neuen deutschen Reich sich durchaus nicht genügen lassen wollten.

Wie der Jankerer Zeitgeist dort aus dem Adler einen Spaten machte, so schuf er hier aus Kammern Wölfe oder sogar wir vielmehr, um auf Bilder und Umschreibungen zu verzichten, aus kurzschichtigen, schwachsinrigen Liberalen, weiblickende, willensmüthige Revolutionäre.

Wir freuten keineswegs, wir reden im vollen Ernst. Wenn wir vor revolutionären Gedanken und Bestrebungen zu erschrecken vermöchten, so würde uns längst unbeteiligt geworden sein. Wohin wir sehen, tauchen in den Lagern unserer Feinde Wasser-männliche Gestalten auf, welche für Bestrebungen, die weit über die Grenzen aller Parteiprogramme hinausgreifen, weit sogar über die Grenzen des Reichs und tief in die Zukunft hinein, die sich sogar an die Lösung völkerrechtlicher Probleme wagen, wie sie bisher für alle sogenannten praktischen Politiker den Stempel des aller-tollsten Utopismus an der Stirn tragen.

So bringt z. B. die „Bayerische Handelsztg.“, die Sonntagsbeilage des Münchener Weltblatts der „Allg. Ztg.“, noch in den letzten Tagen des alten Jahres einen Artikel „Zoll-Unionen“, in welchem der Verfasser mit deutlich erkennbarem Wohlwollen die kühnen Bemühungen, für die Gründung eines mitteleuropäischen Zollbundes Propaganda zu machen, schildert.

Am ausführlichsten geht er auf den Gedanken eines deutsch-französischen Zollvereins ein. Dieser Gedanke ist der Gegenstand einer 1888 in Straßburg erschienenen Broschüre, die aus der Feder eines Grafen von Weisse stammt. Der Mitarbeiter der „Allg. Ztg.“ äußert sich darüber wie folgt:

Der Verfasser sieht die ökonomische Gefahr beider Reiche und ihrer Nachbarn hauptsächlich in der immer allseitiger heran-rückenden Lebensbedrohung der Landwirtschaft, welche in Bezug auf ihre verschiedensten Erzeugnisse durch die überseeische Zufuhr ununterbrochen unterboten werde, die Weine Frankreichs, die Südrübe Italiens, ebenso wie die Wolle Schlesiens. Die daraus resultierende Vermehrung der Auswanderung werde notwendig die Ueberlegenheit der Länder jenseits Europas noch verstärken, während die Ueberforderung des Grundbesitzes bei uns auch die finanzielle Verarmung unaufhaltsam herbeiführen müsse. Graf von Weisse wies auf den heutigen Zustand Griechenlands und Kleinasiens hin, wo es im Verhältnis zu ihrer Vergangenheit so aussähe, wie in dem Frankreich und Deutschland der herankommenden Zeiten. Nur eine innige Zollvereinigung, welche ganz Mitteleuropa gegen die Fremden schütze, deren internen Waarenverkehr erleichtere und dadurch die Energie der Produktion mehre, könne vor jenem Verfall bewahren.

Zur Umhahnung einer solchen Zollvereinigung empfiehlt Graf von Weisse zunächst einheitliche Grenzölle für Rohstoffe, Getreide u. s. w. mit Aufhebung der Zwischen-Zolllinie und Errichtung eines Zentral-Zollbureaus (in Frankfurt a. M.), in weiterer Folge dann einheitliche Industrieölle, gemeinsame Eisenbahntarife u. s. w.

Alsdann geht der Mitarbeiter der „Allgemeinen“ zu andern, ähnlichen Bestrebungen über, indem er schreibt:

Einer der lebhaftesten Vorkämpfer für die Idee eines mitteleuropäischen Zollbundes ist seit längerer Zeit der österreichische Volkswirth Dr. A. Peet. Derselbe bedingte diese Nothwendigkeit namentlich aus der nach seiner Ansicht immer stärker werdenden Konsolidation der großen wirtschaftlichen Weltmächte, nämlich Amerika, Großbritannien mit seinen Kolonien und Rußland, und empfahl eine wirtschaftliche Einigung Deutschlands mit Oesterreich, welchem Bund jedoch, damit Oesterreich nicht allein dem Anpress der deutschen Industrie ausgesetzt sei, womöglich Italien und die Balkanstaaten beitreten müßten.

Als jüngste hervorragende Kundgebung in dieser Richtung ist endlich die Resolution des im September des Jahres 1890 abgehaltenen land- und forstwirtschaftlichen Kongresses in Wien zu verzeichnen, welche den Traditionen des Vöckerkongresses von 1885 folgend, gleichfalls die Bildung einer mitteleuropäischen Zoll-liga und Abmachungen zwischen den Elgstaaten behufs Aus-schließung wechselseitiger Schädigung durch die Handels-Politik forderte, freilich ohne zur Befestigung der inzwischen gegen den Grundgedanken der Zollunion von verschiedenen Seiten erhobenen Bedenken viel beizutragen.

Der Umstand, daß solche Projekte dem Verdachte hal-tloser utopischer Spekulationen ausgelegt sind, stört den Mitarbeiter der „Allgemeinen Zeitung“ keineswegs. Er schließt mit dem Ausdruck des Vertrauens auf die Zukunft: „Mag man die Zoll-Unionenprojekte heute noch als utopisch be-zeichnen, so hat die Geschichte der politischen Einheitsbestrebungen doch gezeigt, daß sich aus Utopien mit der Zeit sehr reale Ge-bilde entwickeln können, und hieraus mögen die Vorkämpfer der verschiedenen Zollunionen Rath zur Verfolgung ihrer Projekte entnehmen.“

Es fällt uns nun an dieser Stelle nicht im entferntesten ein, auf die Besonderen dieser Projekte näher einzugehen. Es er-scheint uns auch ziemlich gleichgültig, ob über kurz oder lang dieses oder jenes derselben seiner Verwirklichung näher kommt. Daraus aber wollen wir aufmerksam machen, daß alle derartigen Bestrebungen zu Schritten auf dem Wege drängen, dessen Ziel die bisher als schlimmste und ungeheuerlichste Utopie bezeichneten „Vereinigte Staaten von Europa“ sind.

So wie in einandergreifende Interessenverknüpfung, wie sie die sogenannten Zollbündnisse der gedachten Art mit sich bringen, muß bei unserer hohen wirtschaftlichen Entwicklung und der ständig steigenden Intensität unseres Verkehrs zu allmählicher Befestigung der wirtschaftlichen Gegenseite und zu immer innigerer Annäherung und Befestigung der Völker führen. Je mehr sich aber die Völker einander nähern, je umfassendere wirtschaftliche Koalitionen sie bilden, desto überflüssiger wird,

desto unnützlicher erscheint die Ueberhärdung der Völker Europas mit jenen Militärkosten, für welche alsdann mit der Fabel un-befleglicher Völkereigenschaften die einzige halbwegs vernünftige sich ausbreitende Begründung geschwunden ist.

Um was es sich hauptsächlich in letzter Instanz bei Völk-erbündnissen der erwähnten Art handelt, darüber werden wir uns im nächsten Artikel äußern, nachdem wir noch einen Vorschlag betrachten haben, der in noch höherem Grade als jene Projekte den interessanten Wandel in den Anschauungen und Bestrebungen unserer Gegner charakterisirt und einen unserer bekanntesten liberalen Führer zum Vertreter hat.

Verfassungen.

Eine gut besuchte Volksversammlung tagte Mittwoch Abend bei Joel unter dem Vorsitz des Buch-druckers Wilhelm Werner.

Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag des Redakteurs der „Berliner Volks-Tribüne“ Paul Ernst über die Bedeutung derselben. Der Redner führte in seinem Referat aus, als daß Preswesen der Partei arg darnieder lag, daß es zuerst die „Berliner Volks-Tribüne“ gewesen sei, welche prinzipielle und ausführliche Aufsätze und Auseinandersetzungen brachte. (I) Gegenwärtig hätten sich die Verhältnisse sehr geändert, wir hätten eine hochstehende Presse, 70—80 Provinzialblätter, welche zum Theil ganz vorzüglich geleitet wären. Es frage sich da nun, ob die „Berliner Volks-Tribüne“ angesichts dieser Thatsachen, noch eine Bedeutung für die Partei haben könne. Bei dieser Erwägung seien einige Vorzüge der „Berliner Volks-Tribüne“ in Betracht zu ziehen, welche sie erheblich von anderen Blättern unterscheiden, vor allen Dingen ihre eigenthümliche Form. Zwar sei ein Tage-blatt durchaus notwendig im Kampfe mit dem Gegner, um diesem zu jeder Zeit schlagfertig entgegen treten zu können und damit der Kampf geschickt und präzis geführt werden könne. Aber in einem Tagesblatt sei es nicht möglich, größere wissenschaftliche Fragen in längeren Aufsätzen zu erörtern, man könne in einer Tageszeitung keine sich handwurmartig hin-ziehenden Artikel bringen, ohne die Leser zu ermüden. Hierfür sei hingegen in einem wissenschaftlichen Wochenblatt gerade der geeignete Raum. Außerdem bringe die „Berl. Volks-Tribüne“ in neuerer Zeit eine politische Wochenübersicht, welche den Leser in gedrängter Form noch einmal alle wichtigen Ereignisse im Gedächtnis zurückrufe, diese vertrete somit die Stelle des Leit-artikels. Ferner bringe die „Berliner Volks-Tribüne“ in längeren Artikelserien die wirtschaftlichen und sozialen Fragen zur Er-örterung, welche die Arbeiter interessieren, und gebe ihnen somit ein klares Bild von den thätssächlichen Verhältnissen. Außerdem aber erhalte die „Berliner Volks-Tribüne“ ihre eigenthümliche Form dadurch, daß sie in geschäftlicher Hinsicht in vollster Ab-hängigkeit von den Berliner Genossen stehe, da sie ein Partei-unternehmen sei. Dadurch hätten die letzteren einen entscheidenden Einfluß auf die Haltung des Blattes, welcher keineswegs zu unterschätzen sei; sie könnten infolge dessen stets ihre Ansichten in der „Berliner Volks-Tribüne“ zum Ausdruck bringen. Alle diese Punkte führten zu dem Schlusse, daß die „Berliner Volks-Tribüne“ den Berliner Genossen viel zu wichtig sein müsse, als daß eine solche Zeitung aufgegeben werden dürfte; vielmehr sei die Annahme berechtigt, daß, wenn ein derartiges Blatt noch nicht vorhanden wäre, es unbedingt gegründet werden müßte.

Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion nahm einen sehr lebhaften, theilweise sehr erregten Verlauf. Als erster Redner äußerte sich Engler, daß die „Berliner Volks-Tribüne“ voll und ganz ihren Zweck erfüllt habe. Daher müsse sie entschieden weiter bestehen, nur sei zu erwägen, ob sie nicht zweimal wöchentlich erscheinen solle.

Klinger weist darauf hin, daß die Abonnentenzahl bedenklich abgenommen habe und nun sei die Frage an die Berliner Genossen heranzutreten, ob diese die „Berl. Volks-Trib.“ auch fernerhin noch behalten wollen. Er trete hierfür mit aller Entschiedenheit ein, da das Blatt außerst nothwendig für die Aufklärung der Genossen sei. Wer die „Berliner Volks-Tribüne“ nur einigermaßen mit Verständnis gelesen habe, werde zugeben müssen, daß die „Berliner Volks-Tribüne“ unter dem Sozialistengesetz das beste Parteiorgan gewesen sei. Früher habe dieselbe mit großen Schwierigkeiten und Gegenströmungen zu kämpfen gehabt, jetzt sei das jedoch beseitigt und da hätten auch die Berliner Genossen durchaus keine Veranlassung, das Blatt auszugeben. Finanzielle Bedenken dürften hierbei nicht in Betracht gezogen werden, da es sich um ein Agitationsorgan von ungeheurem Werth handle.

Kerstan erklärt, an der „Berliner Volks-Tribüne“ nichts anzufügen zu haben. Doch bitte er in Erwägung zu ziehen, ob dieselbe nicht baldigst in ein Tagesblatt umgewandelt werden könne. Redner beiderseits über das „Berliner Volksblatt“, welches eine Mittheilung von ihm über Ausschreitungen von Unter-offizieren und Schulleuten gegen das Publikum nicht ver-öffentlichet habe und auch eine Sprechsaal-Erklärung betreffend diesen Fall nicht abgedruckt habe. Er empfehle etwaige Beschwerden über das „Volksblatt“ der Preßkommission zu überweisen, welche dann sobald sich die Fälle gehäuft haben sollten, damit vor eine Volksversammlung treten solle.

Wischke führt aus, daß gleich im Anfang die Befürchtung sich geltend gemacht habe, das „Berliner Volksblatt“ würde nicht gleichzeitig Partei-Organ und Lokalblatt sein können. Dem wurde zwar seiner Zeit entgegengetreten, doch scheine sich das nach den Vorgängen der letzten Zeit (Welche Vorgänge? Red.) doch zu bewahrheiten. Tadelnswürdig sei es, daß Berichte von Referenten, welche keinen großen Namen besäßen, erheblich gekürzt würden. Ferner müßten die Reklame-Annoncen beseitigt werden, welche auf der letzten Seite des Blattes stehen, während sie häufig in dem anderen Theile delämpft würden. Die Preßkommission müsse angehalten werden, alle diese Mängel von der „Berliner Volks-Tribüne“ fernzuhalten.

Wohl ist für das Erscheinen der „Berliner Volks-Tribüne“ in der bisherigen Form, einmalig, es liege nur die Frage vor, ob die „Berliner Volks-Tribüne“ werde weiter bestehen können. Denn bei der gegenwärtigen Nothlage könne sie nicht Jeder halten. Er empfehle, die Sonntagsbeilage des „Vorwärts“ fortfallen zu lassen und an deren Stelle die „Berliner Volks-Tribüne“ als Gratisbeilage zu bringen. Betreffs der Annoncen sei er der Meinung, daß dieselben zur billigeren Herstellung des Blattes notwendig seien.

Winter protestirt gegen die Anregung Wöhl's betreffs der Gratisbeilage, die „Berl. Volks-Tribüne“ müsse vor allen Dingen frei und selbstständig bleiben.

Werner macht darauf aufmerksam, daß nach den Hallischen Beschlüssen die Preßkommission in die Verwaltung des „Berliner Volksblattes“ nicht einzusprechen habe.

Klein fordert die Genossen auf, energisch für die „Berliner Volks-Tribüne“ zu agitiren. Wenn von einem Vorredner an-geregt sei, Gewerkschaftsberichte, welche das „Berliner Volksblatt“ wegen Raummangels nicht aufnehmen könne, der „Berliner Volks-Tribüne“ zu überweisen, so erbeie er dagegen entschieden Einspruch, dazu sei die Gewerkschafts-Preße da.

Schlüter spricht in demselben Sinne. Brunsch klagt darüber, daß das „Berliner Volksblatt“ die stützer vernachlässige, sie habe zwei Einnahmen von ihm nicht gebracht.

Engler wendet sich gegen Kerstan, daß er nicht in seinem Falle sich zunächst an die Redaktion gewandt habe, bevor er mit dem Falle an die Öffentlichkeit getreten sei. Wahrscheinlich hätte die Sache dadurch leicht beigelegt werden können. Prinzipiell sei er gegen die Annonzen überhaupt, doch ginge das nicht an, es würden dadurch die Genossen selbst geschädigt werden. Bedauerlich sei es, daß die Zahl der Abonnenten nicht den ab-gegebenen Stimmen bei der letzten Wahl entspreche. Hiergegen müsse man agitiren, dann werde auch das Weitererscheinen der „Berliner Volks-Tribüne“ möglich werden.

Engler mißbilligt es, daß hier Angriffe gegen das „Berl. Volksblatt“ erhoben seien. Es sei schwer, es allen Recht zu machen. Wenn etwas falsch gemacht werde, dann möge man sich an die richtige Quelle wenden, und man könne mit Bestimmtheit auf Abhilfe rechnen. Annoncen seien notwendig, damit ein Ueberfluß in die Parteikasse fließe.

Seindorf tritt ebenfalls für die „Berliner Volks-Tribüne“ ein, denn Jeder, der sich Sozialdemokrat nenne, müsse auch das Streben haben, sich mit den Zielen der Sozialdemokratie noch eingehender zu beschäftigen. Und hierzu reiche das „Berliner Volksblatt“ allein nicht aus, dazu sei die „Berliner Volks-Tribüne“ durchaus notwendig. Im Gegentheil glaube er, daß durch das „Berliner Volksblatt“ wohl noch Niemand zu einem Sozialdemokraten gemacht sei.

Sittin ist im Gegensatz zu Engler der Meinung, daß in jeder öffentlichen Versammlung über das Parteiorgan die Genossen sich aussprechen könnten. Er neige zu der Ansicht hin, daß der „Vorwärts“ neben seinem Charakter als Parteiorgan garnicht im Stande sein könne, als Lokalblatt die Wünsche der Berliner vollständig zu vertreten.

Vieländer erörtert die Gründe, welche zur Gründung der „Berliner Volks-Tribüne“ führten. Dies sei dadurch herbei-geführt worden, daß die Berliner Genossen damit unzufrieden waren, daß der Ueberfluß des „Berliner Volksblattes“ zum Haupttheil in die Tasche des Verlegers wanderte. Es sollte dem durch die Gründung der „Berliner Volks-Tribüne“ gesteuert werden, und zwar mit der Absicht, dieselbe später täglich erscheinen zu lassen. Daß die großen Reklame-Annoncen immer noch auf-genommen werden, sei sehr erklärlich. Durch die wiederholte Auf-nahme der Inserate erwache dem Verleger des „Vorwärts“ ein großer Vortheil, die Seher würden dafür nur einmal bezahlt und es fließe sich eben der Verleger den Betrag in seine eigene Tasche. Er sei dafür, daß eine von Berliner Parteigenossen gewählte Preßkommission auch in die Verwaltung des „Vorwärts“ ein-zusprechen habe.

Sittin protestirt dagegen, daß das „Berliner Volksblatt“ heute mit in die Debatte gezogen sei; wenn man an einem Blatte Kritik üben wolle, dann müsse man auch den Lesern derselben davon vorher Mittheilung machen, damit sie erscheinen könnten. Das während dem Sozialistengesetz mangelhaft gewesen sei, solle über-dies nach den Erwähnungen des Genossen Liebknecht in München, soweit es nicht schon geschähen sei, beseitigt werden. Rückfichtlich der „Berliner Volks-Tribüne“ wäre es ganz falsch, dieselbe als Sonntagsbeilage erscheinen zu lassen. Redigiren wäre die „Berliner Volks-Tribüne“ schon längst zu gewisser Bläthe ge-kommen, wenn sich nicht öfters eine harte Gegenagitation geltend gemacht hätte. Aus dem „Berliner Volksblatt“ müßten auch alle Annoncen entfernt werden, in denen in reklamenhafter Weise an die Genossen appellirt würde.

Engler führt aus, daß die „Berliner Volks-Tribüne“ augen-blicklich so dasteh, daß sie lebensfähig sei und auch wohl bleiben könne.

Wengels und Niebergall sprechen gleichfalls für das Weiterbestehen.

Paul Ernst giebt einen Ueberblick über den Stand der „Berliner Volks-Tribüne“. Danach wolle dieselbe zwar keine Ueberflüsse ab, habe aber auch bisher noch keine Zuschüsse er-zorlich gemacht. Freilich wäre eine Reihe von Posten in Er-fahrung, welche Creditoren in der Provinz schulden, denen es schwer sei, dort ihre Aufsenstände einzutreiben. Außerdem sei in der Provinz der „Berliner Volks-Tribüne“ bedeutende Konkurrenz durch die vielen Provinzialblätter erwachsen. Daher müsse man sehen, daß die Abonnentenzahl in Berlin steige.

Ja hn ist der Meinung, daß die Versammlung sich weniger mit der Preßkommission und der „Berliner Volks-Tribüne“ be-schäftigt habe, vielmehr eine ungenügende Kritik an das „Ber-liner Volksblatt“ geübt habe. Mängelstände haben viele bestanden, doch habe Genosse Liebknecht die Absicht kundgegeben, dieselben zu beseitigen und damit auch schon den Anfang gemacht. Redner tadelt den Redakteur Cronheim.

Grundmann: Der Kernpunkt der heutigen Verhandlung sei die Frage, ob die Berliner Genossen ein eigenes Organ haben wollen, oder nicht. Für die weitere Aufklärung der Genossen sei die „Berliner Volks-Tribüne“ außerst nothwendig, daher trete er hierfür mit aller Entschiedenheit ein.

Redakteur Baake: Angriffe seien gegen das „Berliner Volksblatt“ schon sehr häufig erhoben worden. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes hätten die Verhältnisse sich geändert. Das Blatt sei offizielles Parteiorgan geworden, es unterstehe der Chefredaktion des Genossen Liebknecht zunächst und dann dem Parteivorstand und dem Parteitag. Das, was heute vorgebracht wäre, seien fast alle „alle Kamellen“, Sachen, welche einer vergangenen Zeit angehörten, bei denen meistens nicht mehr festzustellen wäre, wer der schuldige Theil sei. Eine freie Kritik müsse zwar stets geübt werden, doch frage es sich, ob es nicht vielleicht mehr im Parteinteresse liege, wenn nicht alles gleich an die große Glocke gehängt würde. Man könne doch wohl zuerst den stillen Weg der Verhandlung suchen und dann erst an die Öffentlichkeit treten, falls das alles nicht nützen sollte. Seiner Ansicht nach müsse es schlimm bestellt sein, wenn nicht jeder berechtigten Klage ihr Recht würde. Gestagt werde gegen die Inserate, doch mache er darauf aufmerksam, daß die Parteikasse auf die Ueberflüsse der Parteipresse jetzt sehr ange-wiesen sei. Für Reklame-Annoncen sei die Redaktion nicht ver-antwortlich zu machen, jedoch habe auch hierin die Expedition strengste Anweisung, alles, was auf einen schandlichen Inhalt hindeute, zurückzuweisen. Auf die Ausführungen Vieländers an-twortete er, daß die Seher für jede Annonce entsprechend ent-schädigt würden, wenn eine Wiederholung statfinde. Weiter be-merkte er, daß es unwahr sei, daß der Ueberfluß dem Verleger zu Gute komme, vielmehr falle derselbe voll und ganz der Partei zu, ein Umstand, den Herr Vieländer entschieden wissen müsse. Betreffs der Beschwerden über den gewerkschaftlichen Theil bemerke er, daß das Augenmerk der Redaktion darauf gerichtet sein müsse, Alles, was für das gewerkschaftliche Leben von Wichtigkeit sei, herauszufinden und zu veröffent-lichen. In neuerer Zeit seien keine Berichte zurückgewiesen worden. Wenn einmal im lokalen Theil, worüber sich Kerstan beschwerte, eine Nachricht etwas später gekommen sei, so können solche Irrthümer wohl schon vorkommen. Das „Ber-liner Volksblatt“ habe ebenfalls sehr viel für die Propaganda gethan. Gerade das „Berliner Volksblatt“, als Tageszeitung, sei weit geeigneter, neue Anhänger der Partei zu erwecken, als die

„Berliner Volks-Tribüne“. Letztere könne sich nur an die vorgeschrittenen Genossen wenden. Eine jede Kritik sei gut, nur müsse sie gerecht sein und keine Spuren von Verleumdung tragen und wenn über Jemand zu Gericht gefessen werden soll, dann müsse man den Betroffenen auch einladen.

Es folgten hierauf eine Reihe persönlicher Bemerkungen, unter denen Heindorf bestritt, gesagt zu haben, das „Volksblatt“ hätte noch Niemand zu einem Sozialdemokraten gemacht. Doch sowohl durch Zwischenrufe aus der Versammlung als auch durch den Vorsitzenden wurde dem widersprochen.

Hierauf wurden folgende Anträge und Resolutionen angenommen:

I. Die Versammlung der sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins beschließt, daß für die den Berliner Genossen gehörende „Berliner Volks-Tribüne“ und „Berliner Arbeiter-Bibliothek“ eine Pressekommision zu wählen ist, und zwar so, daß jeder Wahlkreis möglichst durch einen Genossen vertreten ist. Das den Kommissionsmitgliedern übertragene Mandat erstreckt sich auf ein Jahr und unterliegen beide Unternehmungen, die „Berliner Arbeiter-Bibliothek“ sowohl als die „Berliner Volks-Tribüne“ in Verwaltungssachen einzig und allein der heute hier gewählten Kommission. Die Kommission regelt also selbstständig alle Angelegenheiten beider Zeitschriften, sowie auch die Gehälter u. s. w. der Redakteure und Expedienten. Die Versammlung spricht außerdem den Wunsch aus, daß die Kommissionsmitglieder in literarischer Hinsicht sowohl als in technischer und agitatorischer ihre volle Schuldigkeit thun.

II. Die heute hier tagende Versammlung der sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins beschließt, daß das hier erscheinende Zentralorgan der Partei verpflichtet ist, in seinem redaktionellen und Inseratenheil Empfehlungen der „Berl. Volks-Tribüne“ und der „Berl. Arbeiter-Bibliothek“ unentgeltlich aufzunehmen.

III. Die heutige Versammlung beschließt, daß die Genossen verpflichtet sind, in jeder Versammlung, gewerkschaftlicher und politischer Natur, für die Verbreitung der „Berliner Volks-Tribüne“ und „Berl. Arbeiter-Bibliothek“ energisch zu agitieren.

IV. wurde beschlossen, die übrig bleibenden Exemplare der „Berl. Volks-Tribüne“ gratis zur Verteilung zu bringen. Hierauf wurde zur Wahl einer Pressekommision geschritten; gewählt sollten werden aus Berlin IV und VI je zwei, aus den anderen Berliner Wahlkreisen und aus Teltow-Beeskow je ein Mitglied. Es fiel die Wahl auf folgende Genossen:

- Berlin I: B. Bach.
- II: Karl Gram.
- III: Otto Hamann.
- IV: Robert Schmidt, Aug. Dietrich.
- V: Otto Lamprecht.
- VI: Eugen Ernst, Emil Börner.
- Teltow-Beeskow: Albert Burbs, Rixdorf.

Sodann wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die international-revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen.

Unserer Pflicht, unsere Leser über alle Vorgänge im Parteileben zu unterrichten, können wir durch den Abdruck obigen Berichtes nach. Wir werden unserem Grundsatz, innerhalb der Partei parteilos zu bleiben, auch dann nicht untreu werden, wenn Vorwürfe gegen uns in öffentlicher Versammlung erhoben werden. Jene Vorwürfe sind von unserem Redakteur Baake, soweit sie während seiner Anwesenheit erfolgten, bereits zurückgewiesen worden.

Wir wollen seinen Ausführungen nur noch hinzufügen, daß wir es zunächst für eine einfache Anstandsspflicht halten, an dem „Vorwärts“ nur dann in öffentlicher Versammlung Kritik zu üben, wenn diese Absicht aus dem Inhalt der Tagesordnung zweifellos hervorgeht oder durch ausdrückliche Mitteilung an uns vorher festgestellt ist.

Dabei geben wir aber den Parteigenossen wiederholt zu bedenken, ob derartige Angriffe gegen das Zentralorgan sich mit dem Partei-Interesse vereinbaren lassen. Eine öffentliche Volksversammlung ist nicht der geeignetste Ort für eine sachliche und gerechte Prüfung irgend welcher Einwände gegen den Inhalt unseres Blattes, zumal die Redaktion sich niemals auf den sachlichen Unfehlbarkeitsstandpunkt gestellt und sich jederzeit sachlichen Ausstellungen, von denen man ihr persönlich Kenntnis gab, zugänglich gezeigt hat.

Wie geht es aber leicht in Versammlungen zu? Das thatsächliche Material für die Entscheidung fehlt in der Mehrzahl der Fälle, die Kritik selber wird kritisch, es wird mehr behauptet, als man zunächst behaupten wollte, und keine Fehler oder auch nur vermeintliche Fehler werden aufgepußt zu großen Verbrechen. Das entspricht der Würde unserer Partei nicht. Es giebt einen besseren Weg, auf dem die Kritik zu ihrem Rechte kommt. Unser Redakteur hat ihn in der Versammlung bezeichnet. Fühlt man sich durch eine Entscheidung der Redaktion betroffen und führt auch eine persönliche Verständigung mit ihr zu keinem Ausgleich, so wende man sich an den Parteivorstand. Damit ist vollste Sicherheit für die gerechte Entscheidung irgend einer Streitfrage gegeben, und jeder nicht böswilligen Kritik geschieht Genüge.

Mit jeder böswilligen Kritik aber werden wir selber kurzen Prozeß machen. Zu ihr rechnen wir die Angriffe des Herrn Liesländer. Wer die hundertmal widerlegte Lüge, daß die Ueberschüsse des „Berliner Volksblattes“ in irgend einer Form irgend einer Privatperson zufließen und nicht bis auf den letzten Heller in die Parteikasse kommen, wissend, daß es eine Lüge ist, wiederholt, ist ein nichtswürdiger Verleumder und ein Feind der Partei. Und wir verwahren uns dagegen, mit einem solchen Menschen auch nur das Geringste noch zu schaffen zu haben. Wir erkennen ihn nicht als Parteigenossen an.

Zum Schluß noch ein Wort zu der Resolution II, die in der Versammlung angenommen worden ist. Wir geben gern zu, daß sie recht gut gemeint ist, doch hat man unseres Erachtens dabei übersehen, daß keine Berliner Versammlung befugt ist, dem Zentralorgan der Partei irgend eine Verpflichtung aufzuerlegen. Wir sind der Gesamtpartei und ihren auf dem Parteitag in Halle eingesetzten Organen gegenüber verantwortlich und können an diesem Verhältnis ebenso wenig wie eine Volksversammlung etwas ändern. Die „Berliner Volks-Tribüne“ und die „Berliner Arbeiter-Bibliothek“ stehen zu uns in keiner anderen Stellung, als die übrigen lokalen Parteiblätter und Freigunternehmungen. Wir hoffen, daß man uns diese Klarstellung um so weniger verärgern wird, als ein Blick auf den täglichen Inhalt unseres Blattes beweist, in welchem Maße es gerade auf seine Berliner Leser berechnet ist und wie sehr es sich

bemüht, allen Anforderungen, die an eine große Berliner Tageszeitung der Sozialdemokratie zu stellen sind, zu genügen.

Die Redaktion.

Im April vorigen Jahres fand bei Josi in der Andreasstraße eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände statt, in deren Verlauf auch über das „Berliner Volksblatt“ und seine Stellung zur gewerkschaftlichen Bewegung gesprochen wurde. Bei dieser Gelegenheit soll der Schriftführer Herr Dolinski sich in beleidigenden Äußerungen gegen die Redaktion des „Berliner Volksblattes“ ergangen haben.

Die Redaktion wies die beleidigenden Äußerungen des Herrn Dolinski in einem Artikel in der Nummer vom 17. April 1890 zurück und führte aus, daß Herr Dolinski sich das Recht, die sozialdemokratische Arbeiterfrage zu vertreten, durch seine Stellung zu dem ehemaligen „Volksfreund“ und durch sein Verhalten in der Schweiz, welches ihn eigentlich veranlassen sollte, daß für ihn so wohlthätige Dunkel niemals zu verlassen, verwirkt habe.

Herr Dolinski schloß sich hierüber beschwert und verlangte eine schiedsgerichtliche Entscheidung. Das Schiedsgericht fand vor einigen Tagen unter dem Vorsitz des Genossen Gerich statt und hatte das Ergebnis, daß erkannt wurde, daß das Verhalten des Herrn Dolinski mit Bezug auf den „Volksfreund“ niemals zu entschuldigen sei; durch die Verhandlung ist jedoch festgestellt, daß die Vorgänge in der Schweiz nur aus dem Privatleben des Herrn Dolinski Bezug hätten, daß ihm also deshalb von Parteiwegen kein Vorwurf gemacht werden könne.

Der Zentralverein der Haus- und Geschäftsdienere Berlins hielt am 6. d. M. seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Wendig, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder zum neuen Jahre, worauf nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten Friß Jubel einen Vortrag hielt über das Thema: „Was sind die Ursachen der häufigen Veruntreuungen in unserem Berufe?“ Er griff zurück auf den letzten großen Hausdiener-Prozeß und die in demselben seitens des Staatsanwalts gefällte Äußerung, daß der Hausdienerstand in Berlin korrumpirt sei und legte dar, daß es nicht berechtigt sei, einen ganzen Stand, der etwa 30 000 Angehörige umfaßt, für die Vergehen Einzelner verantwortlich zu machen. Derartige Vorurteile seien in allen Berufen zu verzeichnen, ohne daß dieselben dem ganzen Stande zur Last gelegt würden. Erklärlich seien die häufig zu Tage tretenden Veruntreuungen durch die Noth, in der sich die meisten Geschäfts- und Hausdiener befinden. Bei langer Arbeitszeit und geringem Verdienste seien die Haus- und Geschäftsdienere besonders der Versuchung ausgesetzt. Bezeichnend sei es, daß die wenigsten der wegen Veruntreuung bestraften Kollegen einer Vereinigung angehören. Die heutige Gesellschaft sei Schuld an solchen traurigen Vorkommnissen, ebenso mit der Kaufmannschaft, welche die organisierten Haus- und Geschäftsdienere als Sozialdemokraten verschreie und die Anstellung solcher nach Möglichkeit vermeide. Und doch seien die Arbeiterorganisationen wohl im Stande, Eigentumsvergehen zu hindern durch die Aufklärung und Bildung, welche sie ihren Mitgliedern angedeihen lassen. Redner empfahl, treu zur Fahne der Organisation zu halten, die Organisation mit Ernst und Beharrlichkeit auszubauen und alle Mittel anzubieten, um alle Kollegen der Organisation zuzuführen. Dann würde die Hausdienererschaft der Kaufmannschaft gegenüber treten können und dieselbe zwingen, den Haus- und Geschäftsdienere ein menschenwürdiges Loos zu gewähren. (Reicher Beifall.) An den Vortrag knüpfte sich eine sehr lebhaft diskutierte, in welcher die in dem gedruckten Vortrage gegebenen Gesichtspunkte noch weiter und eingehend behandelt wurden. Allseitig wurde die Nothwendigkeit einer festen Organisation betont, um eine Besserung der Lage der Haus- und Geschäftsdienere herbeizuführen und die Vorteile einer solchen klar vor Augen zu stellen. Auch wurde konstatiert, daß fast allgemein seitens der Kaufmannschaft organisierte Kollegen entweder gar nicht angestellt, oder doch gezwungen werden, aus der betr. Organisation auszuscheiden. Nach einem mit stürmischem Beifall angenommenen Schlusssatz des Referenten gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heute am 6. Januar 1891 in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a, tagende Generalversammlung des Zentralvereins der Haus- und Geschäftsdienere Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Jubelvoll und ganz einverstanden und legt mit aller Entschiedenheit Protest gegen die Behauptung des Staatsanwalts Baake, es herrsche in der Hausdienererschaft eine tiefgehende Korruption“ ein. Die Versammlung spricht selbst einem königlichen Staatsanwalt das Recht ab, einen Beruf, der allein in Berlin ca. 30 000 Angehörige zählt, beleidigen zu dürfen. Arbeiter, die bei der Verrentenstellung eines Hausdieners, bei einer täglichen Arbeitszeit von 12 bis 15 Stunden und einer regelmäßigen Sonntagsarbeit von 8 bis 12 Stunden und einem Wochenlohn von 9 bis 18 Mark, nicht mehr Leute unter sich haben, die sich gegen die Gesetze der heiligen Moral vergehen, müssen ganz gewiß sittlich und moralisch intakt sein. Die Versammlung spricht ferner ihr Bedauern aus, daß nicht alle Hausdiener organisiert sind, um eine solche Beleidigung mit noch mehr Nachdruck zurückweisen zu können. Die Kaufmannschaft Berlins aber kann nur dann auf eine nachhaltige Besserung dieser Zustände rechnen, wenn dieselbe ihr Vorurtheil gegen die organisierten Hausdiener aufgibt und nur deren Stellennachweise in Anspruch nimmt.“

Hierauf gab Kollege Wendig bekannt, daß der Stellennachweis, Grünstraße 21, Telefonanschluß erhalten hat (Amt 1 No. 4025) und daß am 20. Januar der erste diesjährige gefellige Abend bei Deigmüller stattfindet. Für ein reichhaltiges Programm ist Sorge getragen. Der am 9. November v. J. stattgehabte Familienabend erbrachte einen Ueberschuß von 108 Mark 75 Pf. (22 Willets sehen noch aus). Der Vierteljahresbericht des Vereinskassiers ergab einen Kassenbestand von 72 Mark 19 Pf. Im Stellennachweise wurden seit Bestehen desselben 127 valante Stellen gemeldet. Davon konnten besetzt werden nur 32, und zwar hauptsächlich infolge des Umstandes, daß die Prinzipale fast ausnahmslos Branchen-Hausdiener verlangen, welches Verlangen schwer zu erfüllen ist. Trotz der scheinbar geringen Ziffer der besetzten Stellen wurde der Erfolg doch allgemein in Rücksicht auf die Jugend dieser Einrichtung und der denselben entgegenstehenden Schwierigkeiten als ein günstiger bezeichnet. Die Richtigkeit der vorgedachten Abrechnungen wurde von den Revisoren bestätigt, und die Generalversammlung erteilte daraufhin Decharge. Zur Aufnahme gelangten 34 neue Mitglieder, welche vom Vorsitzenden aufs Wärmste begrüßt wurden. Da der Maskenball in der Brauerei Friedrichshagen ein wenig günstiges finanzielles Resultat ergeben hat, so beabsichtigt der Verein ein neues Vergnügen zu veranstalten. In Aussicht genommen ist der „Frenpalast“, sofern derselbe auch zu Arbeiterversammlungen zu haben ist. Auch wurde der Kollegenschaft das Abonnement auf das Fachorgan „Einigkeit“ dringend ans Herz gelegt. Beschlüssen wurde noch, daß die Vorstandsmitglieder mit ihren Damen bei stattfindenden Festlichkeiten freien Eintritt haben sollen und wurde diesem Beschlusse rückwirkende Kraft beigelegt für den letzten Maskenball und das Vergnügen vom 9. November vor. Jahres. — Nachdem noch der Ertrag der Teilsammlung zu Beginn und Schluß der Versammlung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bestimmt und der Fragekasten erledigt worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die fernere, wie bisher erfreuliche Fortentwicklung des Vereins. Derselbe zählt gegenwärtig 261 Mitglieder.

Eine öffentliche Versammlung der in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen fand am 2. Januar unter dem Vorsitz des Herrn Krüger statt. Herr Theodor Meyner hielt einen Vortrag über „Arbeiter- und Unternehmerorganisationen“. Redner wies darauf hin, daß die Organisationen der Arbeiter, sowie die der Arbeitgeber, so lange es solche giebt, immer in Anpassung an die jeweiligen wirtschaftlichen und durch diese bedingten politischen Verhältnisse entsprechend gehalten haben. Die wohl für die Zeit der mittelalterlichen Produktionsweise berechneten Zunftgenossenschaft haben jetzt ihre Existenzberechtigung verloren. Wo sie noch existieren, gehen sie ihren Untergang entgegen. Durch die Entwicklung der Produktion geschaffen, stehen sich in der heutigen Gesellschaft zwei Klassen mit diametral entgegengesetzten Interessen gegenüber: die der Arbeiter und die der Unternehmer. Die Arbeiter haben, um den Unternehmern gegenüber ihre Interessen nachhaltig vertreten zu können, die Hilfsarbeiterorganisationen, wie wir sie heute vor uns sehen, geschaffen. Die Arbeiter haben die Unternehmern vermittelt von ihnen geschlossenen Vereinigungen illusorisch zu machen. Redner verweist auf die Erfurter Schuhmacher- und auf die Hamburger Tabakarbeiter. Nachdem er den heute noch in vielen Arbeitsbranchen unter den gelehrten Arbeitern vorkommenden Kastengeist einer mißbilligenden Kritik unterzogen und seine Richtigkeit für die heutigen Wirtschaftsverhältnisse nachgewiesen, schloß er seinen Vortrag mit der Mahnung an die Anwesenden, sich alleinstimmig einer Organisation anzuschließen. Nur wenn die gelehrten Arbeiter zusammen mit den organisierten Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen den Kampf gegen das Kapital beginnen, ist das Besamnt und dadurch das Einzel-Interesse gewahrt. (Beifall.) An der Diskussion, welche sich fast ausschließlich um den bei einem Theil der Seher und Drucker noch herrschenden Kastengeist drehte, beteiligten sich u. A. die Herren Pohlmann, Peus, Jahn, Krüger, Silberberg, Jabrowsky und Mathner. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, erblickt im Anschluß an die Allgemeinheit, speziell an die Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen das einzige und sichere Mittel zur Erringung der verkürzten Arbeitszeit und verpflichtet sich, mit aller Energie die Stärkung ihrer Organisation fördern zu wollen.“ Unter Verschiedenem wurde die Kasse für Streikangelegenheiten besprochen. Durch Provokation eines der redenden Seher kam es zu einer ziemlich tumultuarischen Szene, welche mit Hinausweisung des Störenfriedes und seiner Freunde endete. Nach Erledigung einiger die Öffentlichkeit nicht interessirenden Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Der Verband deutscher Zimmerleute, Lokaloerband Berlin, hielt am 5. d. M. seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Wie gedenken wir unsere Agitation in diesem Jahre zu entfalten? Der Vorsitzende regte mit kurzen Worten zunächst die Debatte darüber an, ob wir wieder Filialen gründen wollen oder nicht. Außer den Kameraden Schmidt und Schönsch, welche für Bildung von Filialen eintraten, sprachen die meisten Redner dagegen; auch der Vorsitzende, obgleich er seiner Zeit gegen die Auflösung gewesen ist, rief unter den heutigen Verhältnissen davon ab. Margjan führte unter Anderem etwa folgendes aus. Durch die Bildung von Filialen ist es unvermeidlich, daß bei diesem großen Beamtenapparat, welcher dazu erforderlich ist, sich Personen darunter befinden, welche nicht die Förderung der Sache im Auge haben, sondern sich persönlich als etwas Besonderes betrachten und glänzen wollen, dadurch entsteht nur Zersplitterung. Folglich ist es besser, unter einem Vorstande Sonderversammlungen abzuhalten. Ferner wünscht derselbe den Hauptvorstand zu beauftragen, eine Versammlungstabelle auszuarbeiten und dieselbe auch anderen als Arbeiterzeitungen zuzuschicken, damit sie dieselbe im Vereinsstatuten bekannt machen. So soll auch denjenigen, welche keine Arbeiterzeitung lesen, Gelegenheit geboten werden, zu erfahren, wann die Versammlungen stattfinden. Diesem Wunsche wurde von Ostland und Seigt widersprochen; wenn die Kameraden in derartigen Zeitungen ihre Versammlungs-Bekanntmachungen finden, so würden sie dadurch von dem Abonnement auf die Arbeiterblätter abgehalten. In Betreff der Versammlungsangelegenheiten wurde vom Vorsitzenden angeregt, Tafeln anfertigen zu lassen, worauf vermerkt ist, wo und wann die Versammlungen stattfinden und zugleich die Wohnung des Vorsitzenden und Kassirers angegeben ist und dieselben in entsprechenden Lokalen auszubringen. Eine derartige Einrichtung soll sich bei den Kameraden und Malern gut bewahrt haben. Hierfür sprachen noch mehrere Kameraden, ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. Hierauf wurde ein von Kamerad Gruse eingebrachter Antrag angenommen, heute den ersten Punkt der Tagesordnung fallen zu lassen und eine Generalversammlung zur Erledigung desselben einzuberufen. Ein von Seigt eingebrachter Antrag zur Deutung des Hebergs- und Seigt-Verweins eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen, welche entsprechende Vorschläge hierzu ausarbeitet und in kurzer Zeit Bericht erstattet, wurde dem Vorstand überwiesen. Von Margjan war beantragt, eine öffentliche Generalversammlung sammtlicher Zimmerleute einzuberufen. Tagesordnung: Vorkommnisse und Vorgehen der Zimmerleute im nächsten Frühjahr. Hierzu war von Gruse ein Gegenantrag eingeleitet, diesen Antrag in der nächsten Generalversammlung zur Diskussion zu stellen. Letzterer wurde angenommen. Im Verlaufe derselben wurde über das Verhalten des Herrn Feuerstein diskutiert, der seinen Saal den Kellnern zu einer Versammlung verweigert haben soll. Diese Behauptung wurde von einem Kellner des Herrn Feuerstein, welcher auch Mitglied des Kellnervereins ist, dahingehend geäußert, daß Herr Feuerstein gesagt hat, sie möchten doch auch mal erst wo anders eine Versammlung abhalten. Sein Personal werde dadurch zu sehr angegriffen, weil am folgenden Tag Ball ist und der Saal auch noch vorher gebohrt werden müßte. Kamerad Seigt antwortete hierauf, wenn die erste Behauptung richtig wäre, so würden wir auf Herrn Feuerstein keine Rücksicht zu nehmen haben und es so machen wie bei Kammern und uns ein anderes Lokal suchen. Hierauf machte derselbe noch bekannt, daß am 13. d. M. in demselben Lokal eine Versammlung der Zentraltrunken-Kasse der Zimmerer stattfand. Der Vorsitzende machte bekannt, daß das vom Genossen Kabbas zu unserem Selbstvergnügen, gedichtete Lied für 5 Pf. beim Kassierer zu haben ist.

Am 6. Januar hielt Herr Werner im Verein der Klempner Berlins und Umgegend einen Vortrag über die Alters- und Invaliditätsversicherung. Redner erörterte über seine Ausführungen lebhaften Beifall. In der Diskussion wurden noch einige Fragen durch Herrn Werner erledigt. Unter Verschiedenem regte ein Kollege die Frage an: „Wie verhält sich der Verein zu den auf dem Telegirtentage der Metallarbeiter der Provinz Brandenburg gefaßten Beschlüssen?“ Es entspann sich eine gereizte Debatte hierüber, da einige entschieden für die andere gegen die Zentralisation waren. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung wird sich mit der Organisationsfrage nach zu beschäftigen haben. Ueber die Verwendung des Unterstützungsfonds wurde eine Bestimmung getroffen, da das Vereinstatut darüber genügende Aufklärung giebt. Zum Schluß machte Seigt noch auf die grünen Unterstützungsarten aufmerksam und tadelte das Verhalten der Klempner, die sich so wenig am Sammeln von Geldern für Diefentgen beteiligen, welche im Kampfe um ihre Organisation sich aufopfern. Er machte es allen Arbeitern zur Pflicht, Geld aufzubringen, denn ohne diese Masse sei ein Krieg mit dem Unternehmer unmöglich.